

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



26. Februar 1983
Jg. 4 Nr. 4

G 7756 D Preis:
2,50

Gemäß § 14 Abs. 1 in Verbindung mit § 3 des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz) vom 05. August 1964 (BGBl. I S. 593), zuletzt geändert durch Gesetz vom 02. März 1974 (BGBl. I S. 469), erlasse ich folgende



Verfügung:

1. Die Tätigkeit der "Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)" einschließlich ihrer Teilorganisationen "HALK DER (Volkvereine)" läuft den Strafgesetzen zuwider.
2. Die "Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)" einschließlich ihrer Teilorganisationen "HALK DER (Volkvereine)" ist verboten. Sie wird aufgelöst.



Libanon/Palästina: Die Imperialisten wollen die Streitkräfte der PLO zerschlagen
Seite 7



Öffentlicher Dienst: Bundesregierung mobilisiert Dienstaufsicht gegen den Lohnkampf!
Seite 10



Wohnungsgesetz: Bereicherung der Kapitalanleger durch Förderung und höhere Mieten
Seite 13

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Wirtschaftslage: Ein „Aufschwung“ wird den Kampf gegen die Kapitalisten nicht erleichtern. Warum also dafür bluten? Seite 3

Gewerbesteuersenkung: Großkonzerne die Hauptprofiteure Seite 4

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6

Libanon/Palästina: Die Imperialisten wollen die Streitkräfte der PLO zerschlagen Seite 7

Jugend: Wege zur Schlachtung der Protestbewegung ... Seite 7

Ausländer: Weg mit den reaktionären Ausländergesetzen! Seite 8

Haftstrafen: Die Vollstreckung soll gesichert werden ... Seite 9

Erholung: Arme machen seltener Urlaub Seite 9

Öffentlicher Dienst: Bundesregierung mobilisiert Dienstaufsicht gegen den Lohnkampf Seite 10

Das Streikrecht für Beamte ist kein juristisches Problem Seite 11

Lohnbewegung Metall: Nachgiebigkeit macht Kapitalisten unverschämter Seite 11

Berufsverbote: Posthumes Urteil gegen Prof. Brückner Seite 12

Wohnungsgesetze: Bereicherung der Kapitalanleger durch Förderung und höhere Mieten Seite 13

Niedrige Löhne und hohe Reproduktionskosten zwingen zur „Ghettobildung“ Seite 14

USA: Die Besitzer von Einfamilienhäusern zahlen 40% ihres Einkommens an die Banken Seite 16

Vielfältige, aber genau gezielte Förderung des Wohnungseigentums Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Fahrzeugbau: Betriebsrat Graubremse Heidelberg setzt günstigen Sozialplan durch Seite 19

Einzelhandel: Mehr als „Inflationsausgleich“ nötig Seite 19

Rheinland-Pfalz: Industrieansiedlungspolitik der Landesregierung: 58 Mio. für Daimler-Benz Seite 20

Druckindustrie: Forderungslage für den Drucktarif Seite 21

Seehäfen: Ein Lohnraubabschluß — kampfflos eingesteckt Seite 21

Berufsschulneubau: Über 1000 Schüler demonstrierten für den sofortigen Baubeginn Seite 22

CDU-Schulpolitik in Schleswig-Holstein Seite 23

Westberlin: FDP: Generalangriff gegen Belegschaften .. Seite 23

Westdeutscher Rundfunk: CDU-Angriffe auf den WDR Seite 23

Asyl: Aktionseinheit gegen Abschiebung Seite 24

Kriegsdienstverweigerung: 18 Monate Gefängnis für Totalverweigerer Seite 24

Heimarbeit: Büroheimarbeit an Terminals nimmt zu. CDU: das ist „menschliche Arbeitswelt“ Seite 25

Bundesregierung und Land Baden-Württemberg erproben neue Formen der Heimarbeit Seite 26

Stichwort: Heimarbeit Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

Dänemark: Hafenarbeiter brechen den Streik ab. Sie führen den Kampf anders weiter Seite 29

Grönland: EG-Kommission will den Kolonialstatus befestigen Seite 29

Belgien: Gemeinsame Aktionen der Gewerkschaften ... Seite 30

Großbritannien: Erfolg der Arbeiter bei Wasser- und Klärwerken Seite 30

US-Wehrerfassung: Strafverfolgung gegen alle Gegner .. Seite 31

Eritrea/Äthiopien: Ein Jahr nach der äthiopischen Offensive Seite 31

Namibia: Der Zusammenbruch der „Turnhallen-Allianz“ — ein Erfolg der SWAPO Seite 32

Zum Stand der Namibia-Verhandlungen — aus der Presseerklärung der SWAPO vom 3.8.1982 Seite 33

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

„Die in der Fremde arbeiten“: Karikaturen über die durch Ausländergesetze bestimmte Wirklichkeit in der BRD Seite 34

Polizeikritik, von der Polizei gebilligt Seite 34

Keine Klassenversöhnung gegen Nazi-Terror Seite 34

Sich beugen oder kämpfen Seite 35

Gandhi-Film: Ein gigantisches, idealistisches Geschichtsbild Seite 35

Konzentrationslager (III): In der BRD mußten sich die Auftraggeber nie verantworten Seite 36

Portraitstudien Seite 37

Finanzen der Rentenversicherung (I) Seite 38

Kindergeld und Familienbesteuerung Seite 39

Ein „Aufschwung“ wird den Kampf gegen die Kapitalisten nicht erleichtern. Warum also dafür bluten?

Rechtzeitig vor den Bundestagswahlen hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) am 15. Februar noch einmal die Ziele der Kapitalisten in den nächsten Jahren und ihre Forderungen an die kommende Regierung festgehalten. In den „BDI-Informationen + Meinungen“ teilt er mit:

„Eine Therapie zur Gesundung der Wirtschaft muß, wenn sie Erfolg haben will, konsequenterweise dort ansetzen, wo die Fehlentwicklungen ihren Ausgang haben. Eigentliche Ursache der uns heute bedrückenden Probleme sind eine jahrelange auf Individual- und Sozialkonsum gerichtete Umverteilungspolitik. Konsumsteigerungen und Ausbau des sozialen Netzes wurden auf Kosten arbeitsplatzschaffender Investitionen forciert. Steuern und Abgaben, soziale Auflagen, Gesetze und Verordnungen etc. engten den Bewegungsspielraum der Unternehmen zusätzlich ein. Die Folgen waren absehbar: Rückgang der Erträge und der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen, Schrumpfung der gesamtwirtschaftlichen Investitionsquote von rund 25% vor zehn Jahren auf unter 20% heute. Wenn diese Entwicklung wieder zurückgedreht werden soll, ist eine ‚Rückverteilung‘ zugunsten der Kapitalbildung unerlässlich. Ohne Bereitschaft dazu ist dauerhaftes Wachstum nicht zu erreichen ... Versuche, sich an dieser Einsicht vorbeizumogeln, wären teuer und wirkungslos ...“

Woher nehmen die Kapitalisten diese Dreistigkeit? Woher der ungeniert vorgetragene Anspruch, nur die weitere Förderung ihres Wohlbefindens, nur die weitere Bereicherung ihres Geldsacks durch schärfere Ausbeutung und Senkung des Lebensstandards der Lohnabhängigen und ihrer Familien könne auch den jetzt arbeitslosen Lohnabhängigen vielleicht eine Aussicht eröffnen, wieder einen Ausbeuter zu finden? Weil nur die sichere Aussicht auf Profite sie dazu reizen könne, wieder zu investieren, und weil nur so „Wachstum“ und damit auch wachsende Nachfrage nach Arbeitskraft zu erreichen sei, antworten die Kapitalisten. Und Profite hätten sie in letzter Zeit kaum noch gemacht, behaupten sie weiter.

Wir haben, um die Anhäufung von Gewinnen allein in den großen Konzernen (also ohne die an Gesellschafter und Aktionäre ausgeschütteten Gewinne) zu verdeutlichen, in der folgenden

Tabelle die Rücklagen, Rückstellungen und das Grundkapital von 15 der größten industriellen Konzerne der westdeutschen Kapitalisten zusammengestellt.

Das Ergebnis zeigt die „Leiden“ der Kapitalisten unter der sozialliberalen Regierung im vergangenen Jahrzehnt. Tatsächlich haben die Kapitalisten in dieser Zeit gewaltige Vermögen aufgeschätzt, Vermögen nicht nur in Form von industriellen Anlagen, sondern auch in Form von Wertpapieren, Schuldverschreibungen des Staates usw. Allein im zweiten Halbjahr 1982, so meldete jetzt die Bundesbank, ist der Absatz von Wertpapieren in der BRD auf über 40 Mrd. DM gestiegen. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres hatten die Kapitalisten „nur“ für 25

Mrd. DM Wertpapiere gekauft. Der Siemens-Konzern verfügt inzwischen nach eigenen Angaben über „flüssige Mittel“ in Höhe von mehr als 11 Mrd. DM. Diese Vermögen konnten die Kapitalisten durch die Ausbeutung der Lohnabhängigen aufschätzen. Staatliche Steuersenkungen und Sozialversicherungsbeiträge, die so niedrig waren, daß die gesetzlichen Sozialversicherungen nicht nur keine neuen Reserven bilden konnten, sondern selbst die vorhandenen kümmerlichen Reserven Schritt für Schritt aufgezehrt wurden, erleichterten ihnen diese Akkumulation von Reichtum zusätzlich. Wie zum Hohn auf die erfolgreiche Ausbeutung der gesetzlichen Sozialversicherungen stellte die Mitgliederversammlung des Bankenverbandes Hes-

Konzern	Grundkapital, Rücklagen, Rückstellungen (ohne Pensionsrückstellungen)		Pensionsrückstellungen	
	1970	1981/82	1970	1981/82
VEBA	4566	12800	491	2825
VW	3529	10657	519	3475
Daimler-Benz	2482	10606	159	3250
Siemens	4246	18814	1047	5484
Hoechst	4369	7722	427	1547
BASF	2425	8907	378	2419
Bayer	5074	9410	618	2312
Thyssen	2545	4576	354	2739
GHH	1343	3476	382	835
Mannesmann	1525	3769	369	1835
AEG	1867	2577	356	1076
Krupp	873	3334	309	1260
Bosch	817	5270	269	1379
Metallges.	866	1210	113	328
Degussa	580	1221	117	424
SUMME	37107	104349	5908	31188

Alle Angaben in Mio. DM. Quelle: Geschäftsberichte 1970 und 1981/82 der aufgeführten Konzerne



„Die Wirtschaft wächst, wenn die Menschen wissen, daß sich Leistung wieder lohnt, wenn sie Vertrauen in die Zukunft haben und wenn der Staat sie nicht um die Früchte ihrer Arbeit bringt.“ (Wahlprogramm der CDU/CSU) Bild: Kohl auf dem BDI-Kongreß 1982 mit Esser und Ex-Thyssen Chef Sohl

Gewerbesteuersenkung: Großkonzerne die Hauptprofiteure

In seiner Haushaltsrede am 10.11. 1982 präsentierte der frischgebackene Finanzminister Stoltenberg den Kapitalisten ein milliardenschweres Steuerergeschenk, das sie seit Jahren lautstark verlangt hatten: „Die Steuerbelastung der Wirtschaft soll künftig stärker als bisher an der Ertragskraft der Betriebe ausgerichtet werden. Deshalb ist vorgesehen, durch eine Änderung des Gewerbesteuergesetzes die ertragsunabhängigen Grundlagen der Gewerbesteuer zu beschränken und damit gewerbliche Unternehmen fühlbar von der Gewerbesteuer zu entlasten. Ab 1984 sollen Dauerschulden und Dauerschuldzinsen bei der Gewerbesteuer nur noch zur Hälfte hinzugerechnet werden. Für 1983 ist bereits eine Kürzung der Hinzurechnung auf 60% vorgesehen.“

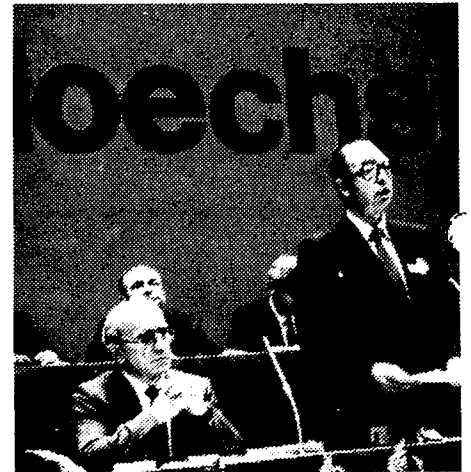
Die Gewerbesteuer, die von allen gewerblichen Betrieben (Handel und Dienstleistungen, Handwerk und Industrie) an die Gemeinden abgeführt werden muß, gliedert sich in die Gewerbekapital- und Gewerbeertragssteuer. Das zu versteuernde Betriebskapital wurde bislang unter voller Hinzurechnung des in dem Betrieb steckenden Fremdkapitals (langfristige Kredite, Anleihen, Hypotheken) zu dem ermittelten Einheitswert des Betriebes festgesetzt. Entsprechend wurde der zu versteuernde Ertrag durch Hinzurechnung der Zinsen für

Dauerschulden zum Betriebsgewinn ermittelt. Die zu zahlende Steuer errechnet sich aus dem Steuermeßbetrag (auf Kapital zwei von Tausend, auf Ertrag bis zu fünf von Hundert), multipliziert um einen Faktor, der nach den Hebesätzen der Gemeinden differiert (bei einem Hebesatz von 300 ist der Faktor = drei).

Begründet wird die Steuersenkung vor allem mit den Problemen der kleinen Betriebe, die ein besonders schlechtes Verhältnis von Eigenkapital zu Fremdkapital hätten und bei denen die Gewerbesteuer in Krisenjahren an die Substanz gehe. So rechnet das Finanzministerium vor, daß ein Einzelhandelskaufmann bei einem Betriebsgewinn von 6000 DM und 60000 DM jährlichen Zinszahlungen an die Banken etc. 1982 4500 DM Ertragssteuer zu zahlen hat (bei einem Freibetrag von 36000 DM und einem Hebesatz von 300); 1984 dagegen, wenn die Schuldzinsen nur noch zur Hälfte zum Ertrag zuzurechnen sind, keinen Pfennig Steuern. Aber bei der Siemens AG, die zum 30.9. 1981 Dauerschulden (Laufzeit mindestens vier Jahre) in Höhe von 527 Mio. DM aufwies, würde bei durchschnittlich 9% Zinsen und bei einem Hebesatz von 300 die Steuerersparnis 1984 über 3,5 Mio. DM betragen. Und bei der Gewerbekapitalsteuer würde die Siemens AG nochmals über 1,5 Mio. DM sparen. Dabei hat Sie-

mens relativ wenig Fremdkapital. Die Chemie- und Stahlmonopole haben Dauerschulden in Höhe von mehreren Milliarden.

Die Änderung der Gewerbesteuer ist maßgeschneidert für die Interessen der großen Konzerne. Nicht nur, weil oft zweistellige Millionenbeträge mehr in den Kassen bleiben und in lohnende Auslandsanlagen transferiert werden können. Sondern auch, weil damit ihre schon seit Jahren betriebene Strategie der Produktionsverlagerung in Kleinbetriebe noch lukrativer wird. So z.B., wenn die Siemens-Kapitalisten ein paar Ingenieuren, die sich selbständig ma-



Hoechst (Dauerschulden 1981: über 2,6 Mrd. DM) wird durch die Gewerbesteueränderung 1984 ca. 25 Mio. DM weniger Gewerbesteuer zahlen. Bild: Hoechst-Chef Sammet (stehend).

sen e.V. im März 1982 befriedigt fest, daß die Pensionsrückstellungen aller westdeutscher Aktiengesellschaften inzwischen mehr als 200 Mrd. DM erreicht haben. Zum Vergleich: Die Reserven der gesetzlichen Rentenversicherungen werden Ende dieses Jahres auf 10,5 Mrd. DM gesunken sein!

Diese Kapitalmassen drängen jetzt zur Anlage. Genauer: zur neuerlichen Vermehrung durch weitere Ausbeutung von Lohnarbeitern. Daher der herrische Schrei der Kapitalisten nach weiterer Lohnsenkung, nach weiteren Versicherungskürzungen und nach weiteren Steuererleichterungen. Wozu haben die Kapitalisten auch jahrelang der Bundesregierung Kredite über Kredite geliehen, wenn nicht, um hernach den Staatsapparat umso brutaler gegen die Lohnabhängigen in Marsch zu setzen!

Zudem winkt den Kapitalisten in den nächsten Jahren noch ein Vorteil besonderer Art. Der Sachverständigenrat hat ihn bereits 1981 wie folgt beschrieben: „Das Beschäftigungsproblem ... wird in den nächsten Jahren noch größer werden. Trotz einer Stag-

nation der Bevölkerungszahl insgesamt nimmt die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter noch zu, weil mehr junge Leute nachrücken als alte auscheiden. Nach den Rechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung erhöht sich das Potential an deutschen Erwerbspersonen bis 1985 auf knapp 25½ Millionen Personen ... Überdies ist auch in Zukunft davon auszugehen, daß die Anzahl ausländischer Arbeitskräfte schon deshalb zunehmen wird, weil immer mehr ausländische Jugendliche, die bereits in der Bundesrepublik leben, eine Arbeit suchen werden.“

Im Klartext: Die Kapitalisten können in den nächsten Jahren, bis etwa 1990, die Zahl der von ihnen ausgebeuteten Lohnarbeiter beträchtlich ausweiten, ohne befürchten zu müssen, daß deshalb die Zahl der Arbeitslosen auch nur nennenswert zurückgeht. Die von Regierung und Kapitalisten mit ihren „Aufschwung“-Ankündigungen geschürten Hoffnungen mancher Lohnabhängiger, daß sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt wieder entspannen könnte, sind falsch. Das wissen auch

die Kapitalisten und die Regierung. Selbst wenn die Kapitalisten in den nächsten Jahren mehr als zwei Millionen Lohnabhängige zusätzlich einstellen sollten, wird die Zahl der Arbeitslosen doch bis Ende des Jahrzehnts weit über einer Million bleiben, weil mehr als eine Million zusätzlicher Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt drängen werden. Ein „Aufschwung“ der kapitalistischen Produktion, wie ihn die bürgerlichen Politiker für die Zukunft prophezeien, wird also die Kampfbedingungen der Lohnabhängigen gegen die Kapitalisten keineswegs verbessern.

Diese für die Kapitalisten großartige Lage besteht schon seit drei, vier Jahren. So ist in den Jahren 1978 bis 1983 zwar die Zahl der arbeitslosen Lohnabhängigen um 1,5 Mio. auf inzwischen 2,5 Mio. gestiegen. In der gleichen Zeit aber blieb die Zahl der von den Kapitalisten ausgebeuteten Lohnabhängigen praktisch konstant bei knapp über 22 Mio., ging also keineswegs, wie man vielleicht glauben könnte, auch nur im annähernd gleichen Umfang zurück! Allein in den vier Jahren 1978 bis 1982 stieg die Zahl der Lohnabhängigen, die

chen und künftig als Zulieferer für Siemens Kleinteile herstellen, den größten Teil des benötigten Kapitals vorschießt. Je höher der Fremdkapitalanteil, desto mehr geht die Steuerbelastung aus der Gewerbesteuer gegen Null. Und wenn dann später einmal der Konzern die Zulieferverträge kündigt, gehört ihm der Betrieb sowieso.

1960 machte die Gewerbesteuer (einschließlich Lohnsummensteuer) noch 10,9% des gesamten Steueraufkommens der BRD aus. Der Anteil der Lohnsteuer lag damals bei 11,8%. 1970 war der Anteil der Gewerbesteuer auf 7,9% gefallen und der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen auf 22,8% gestiegen. Und für 1983 wird der Anteil der Gewerbesteuer nach den Steuerschätzungen auf 6,7% fallen und der Anteil der Lohnsteuer auf 33,9% steigen. Über 70% der gesamten Steuerlast für ihren Staat bürden die Kapitalisten in diesem Jahr den abhängig Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentnern auf, während es 1960 noch ca. 42% waren. Dazwischen lagen zahlreiche Steuersenkungen für die Reichen, in den letzten Jahren die Abschaffung der Lohnsummensteuer, die Änderung der Dividendenbesteuerung und der Körperschaftsteuer; die Plünderung der Lohnabhängigen dagegen wurde durch Steuerprogression und indirekte Besteuerung perfektioniert.

Quellenhinweis: Bundesministerium der Finanzen, Finanzbericht 1983

den Kapitalisten zur Ausbeutung zur Verfügung stehen, also die arbeitslosen Lohnabhängigen plus die beschäftigten Lohnabhängigen, um 1,5 Mio. an.

Für die Kapitalisten bedeutete das: Sie können ungeniert weitere, insbesondere jugendliche Arbeitskraft ausbeuten und gleichzeitig alte, verschlissene, kranke Lohnabhängige aus den Betrieben hinauswerfen. Sie können so den Lohnstandard weiter senken, die Intensität der Arbeit noch einmal bedeutend steigern, und sie brauchen nicht zu befürchten, daß eine neuerliche Ausweitung ihrer Geschäfte zu einer Verengung des Arbeitsmarktes führt. Im Gegenteil.

„Wir werden den Arbeitsmarkt offener und vielfältiger gestalten“, hat die CDU/CSU in ihrem Wahlprogramm den Kapitalisten versprochen und den Lohnabhängigen angedroht. Auf deutsch: Teilzeitarbeit, Job-sharing, Leiharbeit, Heimarbeit, alle diese Schönheiten eines überfüllten Arbeitsmarktes sollen aufblühen, um den Reichtum der Kapitalisten zu mehren. Denn: „Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit setzen wir vor allem auf einen

wirtschaftlichen Aufschwung. Investitionen und Innovationen sind der Schlüssel zu neuen Arbeitsplätzen ... Arbeitsplätze entstehen dann, wenn Kapital gebildet wird, Investitionen ermöglicht werden und so Nachfrage geschaffen wird.“ Siehe die Automobilindustrie! Fast 160000 Automobilarbeiter mußten im Januar kurzarbeiten. Im gleichen Monat ließ der Verband der Automobilkapitalisten mitteilen: „Die deutsche Automobilindustrie steckt in den umfangreichsten Investitionen ihrer Geschichte. Im gesamten Straßenfahrzeugbau belaufen sich die Bruttoanlageinvestitionen 1983 voraussichtlich auf 9,0 Mrd. DM. Das ist dreimal so viel wie Mitte der 70er Jahre.“

So „sichern“ die Automobilkapitalisten durch gewaltige Investitionsprogramme, daß die Lohnabhängigen in ihren Betrieben künftig noch schneller schuften müssen, noch mehr schwitzen müssen, um, wie die CDU/CSU in ihren Wahlflugblättern schreibt, „Deutschland wieder an die Spitze zu bringen“.

Auch die FDP kündigt den Kapitalisten an, ihnen einen übervollen Arbeitsmarkt sichern zu wollen. Wodurch? Na, durch weitere Lohnsenkungen und neuerliche Versicherungskürzungen! „Die Liberalen wollen Verantwortungsbereitschaft und Leistungswillen wiederbeleben, sie wollen den Mut zum Risiko freisetzen“, antwortete Genscher am 14.2. dem DGB auf seine Wahlprüfsteine unter der Überschrift „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“.

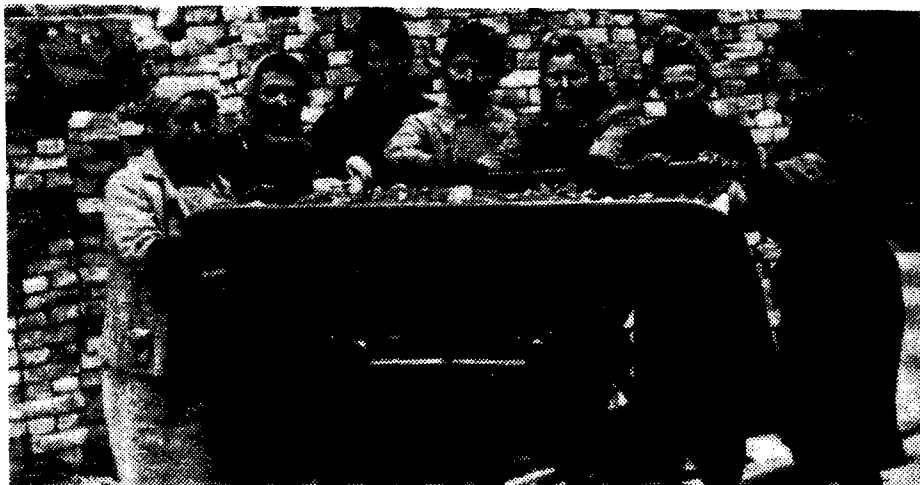
Die SPD nimmt nur scheinbar eine Ausgleichsposition ein. Sie fordert eine Ergänzungsabgabe der Kapitalisten und staatliche Beschäftigungsprogramme, um die Arbeitslosigkeit zu verringern. Nur: die Ergänzungsabgabe für die Kapitalisten wie die Steuererhöhungen und Versicherungskürzungen für die Lohnabhängigen sollen sämtlichst

den Kapitalisten zwecks „Modernisierung unserer Volkswirtschaft“ zufließen, während für die Lohnabhängigen die „Solidarität“ in diesem „Solidarpakt“ darin endet, daß sie zu gesenktem Lohn und höherer Steuerlast in den Fabriken der Kapitalisten oder als staatlich beaufsichtigte Zwangsarbeiter schuften sollen.

„Genau das müßt ihr sowieso“, schallt es von den Kapitalisten. „Denn warum sind so viele arbeitslos? Weil ihr uns zu teuer seid!“

Umgekehrt wird ein Schuh draus! Denn warum ist der Arbeitsmarkt so randvoll, das Angebot an Arbeitskraft für die Kapitalisten so hoch wie nie, trotz stagnierender Bevölkerungszahl? Doch weil der Lohn, den die Kapitalisten den Lohnabhängigen zahlen, so niedrig ist, daß diese immer größere Teile ihrer Familien den Kapitalisten so jung wie möglich und so lange wie möglich als Lohnarbeiter anbieten müssen, um über die Runden zu kommen. Gerade die Lohnsenkungen der vergangenen Jahre haben zu dieser Überfüllung des Arbeitsmarktes einen großen Teil beigetragen, weil der Druck auf die Familien der Lohnabhängigen, ihre Frauen und Kinder den Kapitalisten zur Ausbeutung anzubieten, weiter stieg. Warum also sollten sich die Lohnabhängigen dazu bereitfinden, für einen „Aufschwung“ neuerlich zu bluten? Denn eines steht fest: Wenn die Gewerkschaften nicht bald den ständigen Lohnsenkungen der Kapitalisten einen Riegel vorschieben, dann können sie sicher sein, daß das Angebot von Arbeitskraft in den nächsten Jahren umso schneller steigen wird und sich die Kampfbedingungen der Lohnabhängigen so abermals verschlechtern werden.

Quellenhinweis: BDI, Informationen und Meinungen 2/83, 15.2.83; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 2/82 und 2/83; Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1981/82 und 1982/83; Wahlprogramme von CDU/CSU und SPD; FDP, Freie Demokratische Korrespondenz, 14.2.83; Konjunkturerwartungen 1983 wichtiger stahlverbrauchender Industriezweige, in: Stahl und Eisen 2/83 vom 31.1.83.



Eine „Rückkehr zu der Leistungsbereitschaft der Nachkriegsjahre“ fordern die Kapitalisten von den Lohnabhängigen – zwecks weiterer Mehrung ihres Reichtums. Bild: „Trümmerfrauen“ 1945 in Berlin

Wählt das Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten!

Die Bundestagsparteien überschlagen sich fast in nationalistischer, chauvinistischer Mobilisierung. „Gemeinsam Deutschland in Ordnung bringen“, trommelt die CSU. „Deutschland kann Vertrauen fassen“, verheißt die CDU. Sie sagen dabei ganz offen, wie „Vertrauen“ geschaffen und „Ordnung“ gebracht werden soll, denn sie wollen das parlamentarische Votum: für beschleunigte Lohnsenkung — die deutsche Wirtschaft braucht das Geld für die Ausweitung der Rationalisierungsinvestitionen, die Steigerung des Kapitalexports, den Kampf um den Weltmarkt. Für radikale Kürzung aller Ansprüche der arbeitenden Klassen an die Sozialversicherungen und den Staat bei gleichzeitig immer neuen Steuererhöhungen — „Vertrauen“ kostet: 1983 z.B. rund 70 Mrd. DM für die Verteidigung deutscher Interessen in der Welt und nochmal zig Milliarden für den starken Staat

und die Verteidigung deutscher Interessen im Inneren. „Deutschland braucht die FDP“, sucht die FDP den nationalliberalen Anhang für dieses Programm zusammenzuscharen. Die SPD hat noch im Wahlkampf ihre ursprüngliche, schon stark chauvinistische Parole „Im deutschen Interesse — SPD“ abgewandelt in „Für die deutschen Interessen — SPD“, um zu verdeutlichen, daß sie in der Sorge um Deutschlands Größe den Regierungsparteien in nichts nachsteht. Entsprechend hält sich die SPD mit der Kritik an der reaktionären Regierungspolitik von CDU/CSU/FDP auffällig zurück und will nur die „Opfer“ „gerecht“ verteilen.

Beträchtliche Teile der Arbeiterbevölkerung werden dennoch, um eine CDU/CSU-Regierung zu verhindern, die SPD als „kleineres Übel“ wählen. Aber: Das Interesse der Arbeiterbewegung, den offenen, unverhüllten Angriff der

Reaktion auf alle Lebensbedingungen zurückzuschlagen, kann durch die Wahl der SPD nicht zur Geltung gebracht werden. Auch wenn die SPD die offene Konfrontation mit der Arbeiterbewegung vielleicht vermeiden will: im Zweifelsfall ist sie auf die „deutschen Interessen“ und ihre Erfordernisse festgelegt. Der Einzug der GRÜNEN in den Bundestag kann zur Schwächung der Reaktion beitragen; eine Partei zur Vertretung der Arbeiterinteressen sind die GRÜNEN nicht und wollen sie auch nicht sein.

Ihr Interesse an der Verteidigung und Hebung des Lebensstandards und erst recht ihr Interesse an der Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung kann die Arbeiterklasse nur im Kampf gegen die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staatsapparat verteidigen. Um diesen Kampf zu unterstützen, kandidiert das Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten von KPD und BWK zu den Wahlen am 6. März.

Ersatzlose Streichung des § 218

Ein „umfassendes Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens“ geloben CDU/CSU in ihrem Programm für die kommenden Bundestagswahlen. Dennoch beteuert derzeit der Generalsekretär der CDU und Bundesfamilienminister Geißler landauf, landab, eine Änderung des Strafparagrafen 218 sei von der CDU nicht geplant. Das sei dahingestellt. Ihr „Programm“ befördert die CDU dennoch, wenn auch vorerst mit anderen Mitteln: Bekannt sind die Pläne des Bundesinnenministers, die Beihilfen für Beamte zu streichen bei Schwangerschaftsabbrüchen, die nicht wegen Gefahr für das Leben des Kindes oder der Mutter durchgeführt werden, sondern begründet sind in den Lebensumständen der Eltern. Im September 1981 hatte eine Frau Zöller, unterstützt von der Caritas, vor dem Dortmunder Sozialgericht ein Urteil erreicht, in dem den Pflichtversicherungen verboten wird, Schwangerschaftsabbrüche und deren Folgekosten bei „sozialer“ und „eugenischer“ Indikation zu zahlen. Das Verfahren liegt dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vor. Vertreten wird die Klägerin durch den Rechtsanwalt W. Philipp, einem Mitunterzeichner des rassistischen

„Heidelberger Manifestes“. Wird das Dortmunder Urteil durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt, so sind legale Schwangerschaftsabbrüche denen vorbehalten, die den Arzt zahlen können, der die Indikation feststellt, die zweitens die Kosten der Abtreibung selbst zahlen können und die schließlich auch auf Lohnfortzahlung verzichten können. — Gegen die Vorbereitungen zur Verschärfung des Paragrafen 218 rufen Frauenzentren und § 218-Gruppen auf zu einer Demonstration am 26. Februar in Karlsruhe. Anlaß ist der achte Jahrestag des Urteils der Bundesverfassungsgerichts zum § 218. In ihrem Aufruf fordern sie: „Ersatzlose Streichung des § 218 — Volle Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen auf Krankenschein — kostenlose und unschädliche Verhütungsmittel für alle.“

BVG: Neuwahlen nur, so die Reaktion will

In der Entscheidung des BVG, der Kohlschen Parlamentsauflösung seinen Segen zu geben, seien „noch Minen vergraben“, hat BVG-Präsident Benda genüßlich das Urteil des 2. Senat des BVG kommentiert. Wohl wahr! So hat das Gericht den bürgerlichen Parteien den deutlichen Auftrag auf den Weg gegeben, sich baldmöglichst

auf eine Verfassungsänderung hinsichtlich frühzeitiger Auflösung des Bundestages zu einigen. Das BVG wörtlich: Der Art. 68 GG sei eine „offene Vorschrift“, die „der Konkretisierung“ „bedarf“. Bereits im vergangenen Oktober hatten die bürgerlichen Politiker diese Absicht durchblicken lassen, um künftig nach einer unvorteilhaft ausgegangenen Wahl den Bundestag auflösen, sodann rechtsstaatliche Mittel gegen die unerwünscht ins Parlament gewählte Partei ergreifen zu können und das Ganze auch noch durch neuerliche Wahlen absegnen zu lassen. Inzwischen haben sowohl Kohl als auch Vogel den Ball aufgegriffen, den ihnen das BVG zugespielt hat, und sich für baldige Beratungen hierüber ausgesprochen. Noch eine „Mine“ hat das Gericht gelegt. Es ließ durchblicken, daß die „Neuwahl“-Kampagne der SPD hart am Rande der Verfassung gelegen habe: „Es wäre im Hinblick auf die Bewahrung des demokratischen Rechtsstaats ... ein unverantwortliches Unterfangen, verfassungsmäßige Verfahren (wie die Abwahl Schmidts und die Wahl Kohls, d. Red.) mit der Behauptung abzuwerten oder auszuhöhlen, sie erforderten daneben weitere Legitimationen.“ Im Klartext: Neuwahlen nur, wenn die Reaktion will.

Carstens, der BND, Barbie und andere

Der Bundesnachrichtendienst, Nachfolgeorganisation der faschistischen Abteilung „Fremde Heere Ost“ des späteren BND-Chefs Reinhard Gehlen und seit Dezember 1982 geleitet von dem früheren persönlichen Referenten Gehlens, Eberhard Blum, ist eine der Organisationen der westdeutschen Kapitalistenklasse, über deren Wirken man in der Presse in der Regel wenig erfährt. Im Juni letzten Jahres war das anders. Da stattete Karl Carstens, Ex-PG und heute Bundespräsident, dem BND einen Besuch ab und fand lobende Worte über dessen Arbeit: „Der Arbeit des Bundesnachrichtendienstes gebührt Anerkennung ... Beamte, Soldaten und andere Mitarbeiter beweisen durch ihre tägliche Pflichterfüllung Loyalität zu Staat und Verfassung.“ Jetzt ist der BND erneut in die Öffentlichkeit gerückt worden. Die französische Zeitung „Le Monde“ druckte am 16.2. ein Dokument des französischen Geheimdienstes ab, wonach der endlich an Frankreich ausgelieferte frühere Gestapo-Chef von Lyon Klaus Barbie 1963 Agent des BND in Bolivien war. Sozusagen „unser Mann in Bolivien“. Bis heute hat die Bundesregierung das nicht dementiert. Sofort fragt man sich: Ist das vielleicht der Grund, warum die Bundesregierung keinen Wert auf die Auslieferung Barbies in die BRD legte? Immerhin hatte der bolivianische Innenminister aus Anlaß der Auslieferung Barbies öffentlich erklärt, daß Frankreich „das einzige europäische Land war, das bereit war, Barbie aufzunehmen.“ Die Bundesregierung hatte dies dementiert. Sie sei „nur“ nicht bereit gewesen, Barbie in die BRD zu holen. So kann man auch „dementieren“. Vielleicht ist es ganz gut, daß Barbie in Frankreich in Haft ist. Denn viele sind daran interessiert, daß Barbie redet. Aber wieviele — etwa beim BND, dessen Personal bekanntermaßen zu großen Teilen aus früheren Nazi- und SS-Größen besteht — noch mehr daran, daß er schweigt? Wie sagte noch Carstens vor dem BND im letzten Juni? „Ich bin nicht zum ersten Mal hier. Schon als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ... hatte ich mit dem Bundesnachrichtendienst zu tun“. Unter anderem, so fügen wir hinzu, im Jahre 1963.

Libanon/Palästina

Die Imperialisten wollen die Streitkräfte der PLO zerschlagen

Seit dem ersten Februar sind auch die britischen Imperialisten mit 100 Soldaten an der von den Imperialisten gestellten „Friedenstruppe“ im Libanon beteiligt. Am 16. Februar kehrte der Staatsminister im Auswärtigen Amt Möllemann von einer Reise in den Libanon zurück und teilte mit, die BRD werde diese Sorte Friedensbemühungen auf jeden Fall in Zukunft materiell unterstützen, wenn auch nicht mit eigenen Bundeswehrtruppen. Da die Bundesregierung kaum einen noch so abstrusen Verteidigungsfall konstruieren kann, müssen die BRD-Imperialisten andere Wege finden, ihren Beitrag zur Sicherung des imperialistischen Einflusses im Nahen Osten zu leisten. Unterstützung durch Materiallieferungen im Rahmen von „Übungsflügen“ der BRD-Luftwaffe bietet eine Möglichkeit, die Möllemann der libanesischen Regierung vorgeschlagen hat, zweitens haben die westdeutschen Imperialisten angeboten, den Aufbau eines libanesischen „Grenzschutzes“ zu übernehmen. Wieviele Soldaten des BRD-Bundesgrenzschutzes sich als „Ausbilder“ in den Libanon begeben werden, ist noch nicht bekannt.

Die Imperialisten in der EG wollen sich im Nahen Osten eine Position verschaffen, die ihnen erlaubt, gleichberechtigt neben den US-Imperialisten zu operieren. Zur Sicherung ihrer Kapitalanlagen in den arabischen Staaten und Israel (die BRD-Imperialisten z.B. haben ihre Direktinvestitionen in der Region in den letzten zehn Jahren fast verdreifacht) und zur Durchsetzung imperialer Ausbeutungs- und Plünde-

rungsbedingungen gegenüber den arabischen Staaten wollen die Imperialisten zweierlei erreichen: Auf jeden Fall muß die stärkste anti-imperialistische Kraft im Nahen Osten, die PLO, zerschlagen werden, und die Existenz der Siedlerkolonie muß gesichert sein.

Der politischen Niederlage, die die PLO mit ihrem Auszug aus Beirut hat hinnehmen müssen, wollen die imperialistischen Mächte die militärische Zerschlagung der Streitkräfte und die vollständige Zersetzung des Kampfeswillens der Palästinenser hinzufügen. Begins Regierung ist über die Erkenntnisse des israelischen Untersuchungsausschusses nicht gestürzt. Kriegsminister Sharon, als Hauptverantwortlicher für die Massaker in den Palästinenserlagern Sabra und Shatila benannt, hat zwar seinen Posten geräumt, gleichzeitig aber angekündigt, er werde sich nun um die seit 1967 von Israel besetzten Gebiete als Minister ohne Geschäftsbereich kümmern. Der Vorbereitung weiterer Schlächtereien im Gaza-Streifen, dem Westjordanland, Jerusalem, den Golan-Höhen und dem von Israel besetzten Teil des Libanon ist also Raum geschaffen. In den Verhandlungen mit der libanesischen Regierung fordern die US-Imperialisten und die israelische Regierung nachdrücklich eine „Sicherheitszone“ von 40 km Breite im Südlibanon, die sie bereits jetzt mit Truppen des Major Haddad auffüllen, der bekanntlich seit Jahren von der israelischen Regierung mit Waffen und Ausbilden versorgt worden ist. Wo es überhaupt möglich ist, haben die US-Imperialisten und die europäischen Im-

perialisten ein Schutzschild aus ihren eigenen Truppen um die israelische Siedlerkolonie gelegt – im Libanon steht die „Friedenstruppe“ und im Sinai stehen im Rahmen der UNO-Truppen Soldaten der französischen, britischen, italienischen und niederländischen Armeen.

In der Entschließung des Europäischen Parlamentes zur „Lage im Nahen Osten“ halten die Imperialisten fest, daß „die Palästinenser selbst ihre Vertreter bestimmen sollten und daß die PLO nur dann als legitimer Vertreter anerkannt werden kann, wenn alle Artikel ihrer Satzung, in denen explizit oder implizit die Vernichtung Israels angestrebt wird, offiziell gestrichen werden“.

Die Hoffnung auf die Spaltung der PLO ist unübersehbar. Bislang haben allerdings die Beratungen des Palästinensischen Nationalrats, der zur Zeit in Algier zusammengetroffen ist, eher bewiesen, daß die Palästinenser darauf bedacht sind, die Einheit der PLO zu erhalten.

Quellenhinweis: FAZ vom 30.1. bis 19.2.83; Deutscher Bundestag, Drucksache Nr. 9/2398; K. Kaiser, U. Steinbach (Hrsg.), Deutsch-arabische Beziehungen, München, Wien 1981

Jugend

Wege zur Schlachtung der Protestbewegung

Die Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ legte Mitte Januar 1983 ihren Abschlußbericht vor. Eines ihrer Anliegen, das Gewaltmonopol des bürgerlichen Staates zu sichern, führte zum ersten „interfraktionellen“ Vorstoß in Sachen Kriegsdienstverweigerung, wie der Vorsitzende Wissmann, zugleich Bundesvorsitzender der Jungen Union, in der Debatte über den Zwischenbericht im Mai letzten Jahres rühmte. Einmütig trieb die Kommission zur Verlängerung des Zivildienstes, zur Kasernierung und zur Vermehrung der Stellen, wo Zivildienstpflichtige als billige Arbeiter vernutzt werden können.

Die Kommission machte drei Bewegungen aus, in denen sie die Jüngeren von den Älteren abspalten will: Bürgerinitiativen, Ökologie- und Friedensbewegung, Anhänger alternativer Lebensformen. Den meisten ihrer jugendlichen Träger sei gemeinsam die Zukunftsangst. Sie strebten „nach einer gesicherten persönlichen und gesellschaftlichen Zukunft“. Denen kann geholfen werden. Die Aussteiger sollen einsteigen ins Geschäft. Beratung bei der Gründung von Existenzen bietet der Bund Junger Unternehmer an. Zusammen mit dem „Stern“ begann er eine Kampagne zur Rekrutierung von Personal, das sich weder um



Noch mehrere Tausend Palästinenser und Libanesen halten die Imperialisten im Lager Ansaar gefangen. Folterungen und Morde, mangelhafte Ernährung und kaum medizinische Versorgung sind an der Tagesordnung.

Normalarbeitstag noch Ladenschlußzeiten noch um persönliche Überarbeit schert, sondern bereit ist, mit der freien Lohnarbeit einerseits und den selbständigen Handwerkern andererseits zu konkurrieren durch Billigkeit der Arbeitskraft und allzeit bereite Einsatzfähigkeit.

Das Kalkül beruht auf der Armut der Kandidaten für dieses Experiment. Schon mit 1000 DM, höhnt der „Stern“, könne man sich selbständig machen, z.B. als Dachrinnenreiniger oder Grabbpflieger.

Rund 5000 Existenzen mal zwei Arbeitskräfte erhofft Norbert Blüm. Das wären jedoch nur 5% aller arbeitslosen Jugendlichen. Für den erheblichen Rest bietet die Kommission an: Arbeit gegen geringes Entgelt, z.B. bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und bei

Teilzeitarbeit, Befriedigung als Mensch durch nichtmaterielle Werte.

Schließlich lasse sich in der Freizeit auch etwas Sinnvolles herstellen, was man sonst kaufen müsse. Als ob es die Strickwelle noch nicht gäbe, die auf der Unerschwinglichkeit von Fertigungsbekleidung beruht. Man kann auch in der Freizeit für sich und andere mauern. Eigenarbeit im Wohnungsbau soll gefördert werden.

Um soziale Dienste und Umweltschutz nicht in Kosten ausarten zu lassen, stellt die Kommission die offenerzogene These auf, viele dieser gesellschaftlichen Bedürfnisse ließen sich „gar nicht oder nur mit ganz erheblichen Nachteilen durch bezahlte Beschäftigung ... decken“.

Quellenhinweis: Bundestagsprotokoll 9/104, Bundestagsdrucksache 9/2390, Stern vom 17.2. 1983

Ausländer

Weg mit den reaktionären Ausländergesetzen!

Am 9. Februar verbot das Innenministerium die revolutionäre türkische Organisation Devrimci Sol und den türkischen Arbeiterverein Halk Der. Die geringfügigen legalen Möglichkeiten, sich gegen die Angriffe der Kapitalisten und des bürgerlichen Staates in Organisationen und Arbeitervereinen zusammenzuschließen, sind mit der Verbotsverfügung weitreichend außer Kraft gesetzt. Die Verbotsverfügung stützt sich auf die reaktionären Ausländergesetze, die politische Betätigung „einschränken“ und „untersagen“.

Das Verbot der beiden türkischen Organisationen ist darüberhinaus eine Verschärfung der bisherigen Verbotspraxis. 1972 begründete Innenminister Genscher das Verbot der palästinensischen Organisationen GUPS und GUPA damit, die „Übertragung gewalttätiger Auseinandersetzung (in die BRD) zu hindern“, und er erklärte scheinheilig: „Mit dem Verbot werden nicht die politischen Ziele dieser radikalen Gruppen bewertet.“ Innenminister Zimmermann legte dagegen ganz wesentlichen Wert auf die politischen Ziele der beiden verbotenen Organisationen, um die Ausweitung des Verbots auf andere türkische Organisationen jederzeit zu ermöglichen und die politische Agitation vieler ausländischer, insbesondere türkischer, Organisationen, Vereine und der ausländischen Arbeiterbevölkerung unter Strafe zu stellen. Er erklärte ausdrücklich: „Sicherheitsgefährdende Aktivitäten gingen im wesentlichen von extremistischen Organisationen aus, deren Agitation sich zunehmend gegen Bestandteile deutscher Politik richtet: – Die Bundesrepublik Deutschland als NA-

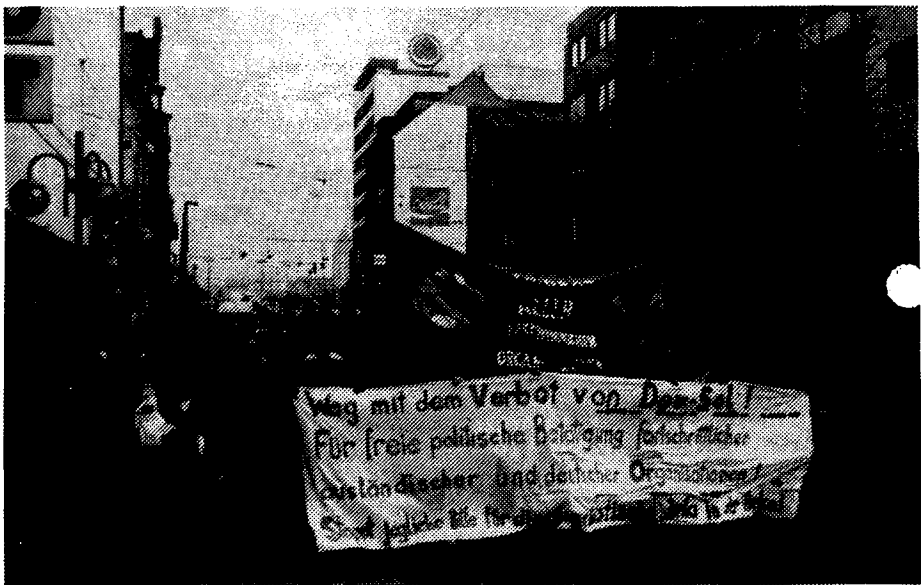
TO-Bündnispartner der Türkei – Deutsche Militär- und Wirtschaftshilfe für die Türkei – Ausländerrecht und Ausländerpolitik.“

Zur gleichen Zeit verbot die türkische Junta in der Türkei die türkische Ausgabe der Gewerkschaftszeitung Metall „metall-Haberler“. Die öffent-

und beweisbar radikale politische Ideen vertreten.“ An mehreren Orten werden Aktivitäten gegen die reaktionären Ausländergesetze vorbereitet oder haben stattgefunden. Der BWK-Bereich Mannheim berichtet:

„Mannheim. Im Zusammenhang mit dem Verbot von Dev Sol und Halk Der werden in Mannheim am 9.2. 1983 die Räume des Volksvereins Halk Der durchsucht und das Vereinsvermögen u.a. beschlagnahmt. Ebenso wird die Wohnung des presserechtlich Verantwortlichen für die „Türkei-Nachrichten“ und andere Publikationen von Dev Sol durchsucht.

Am Tag darauf einigen sich Mitglieder verschiedener Organisationen und Initiativen darauf, zu einer Besprechung über gemeinsame Aktionen gegen das Verbot einzuladen. Am 15.2. nehmen 18 Organisationen mit 40 Teilnehmern aus dem Raum Mannheim/Ludwigshafen an dieser Besprechung teil. Die Versammlung beschließt die Durchführung einer Demonstration am Samstag, 19.2. Mit einem Flugblatt, das am darauffolgenden Tag in türkischer und deutscher Sprache erscheint, rufen zu der Demonstration auf: Solidaritätskomitee mit den Völkern der Türkei und Türkei/Kurdistan; Anhänger von BIRKOM; Hal-kin Kurtulusu; Partizan; Volksfront; El Salvador-Initiative; Stadtstreicher; SAG; Kompass; GIM; Palästina-Komitee; Antifaschistischer Arbeitskreis



Demonstration gegen die reaktionären Ausländergesetze in Mannheim

liche Reaktion ist beunruhigend. Alle bürgerlichen Zeitungen unterstützten die Verbote, einige forderten weitere Verbote demokratischer türkischer Organisationen. Das DGB-Bundesvorstandsmitglied S. Bleicher unterstützte die Verbote ebenfalls. Er erklärte, „auch Organisationen der extremistischen Rechten (seien) zu verbieten“ und verlangte das Verbot aller „politischen Gruppierungen, die erkennbar

LU; BWK; Dritte-Welt-Laden. Weitere Organisationen unterstützen später auch die Demonstration, darunter KPD und MLPD.

Die Demonstration wird angemeldet und mit folgender Auflage genehmigt: „12. Den Vereinigungen Dev Sol und Halk Der steht ein Versammlungsrecht nicht zu, ebenso deren Mitgliedern. (...) Eine verbotene Versammlung ist aufzulösen.“ ½ Stunde vor Beginn der

Demonstration wird bei einem türkischen Kollegen erneut eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Am Aufstellungsort im Mannheimer Stadtteil Neckarstadt ist ein starkes Polizeiaufgebot anwesend. Schon beim Eintreffen der ersten Demonstrationsteilnehmer versuchen Polizeitrupps, einzelne Türken teils willkürlich, teils wegen Verteilens von Flugblättern herauszugreifen und die Personalien festzustellen. Sie werden nach Mitgliedschaft bei Dev Sol oder Halk Der gefragt. Weil sich einige nicht sofort ausweisen können, sollen sie abgeführt werden. Als Demonstrationsteilnehmer dies verhindern wollen, kommt es zu Rangeleien, die die Polizei mit verstärktem Einsatz beantwortet. Offenbar ist das Ziel, die Demonstration von Anfang an aufzureiben. Insgesamt werden bei etwa zehn Personen die Personalien aufgenommen bzw. erfolrgen vorläufige Festnahmen. Eine erhebliche Anzahl weiterer Angriffe wird zurückgeschlagen.

Nur mit Mühe kann sich schließlich der Demonstrationzug mit ca. 150 Teilnehmern formieren. Parolen der Demonstration sind:

Sofortige Zurücknahme des Verbots! Keine Abschiebung der inhaftierten Konsultatsbesetzer! Für freie politische Betätigung aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte in der BRD! Keine weitere Unterstützung der faschistischen Militärjunta in der Türkei und Türkei/Kurdistan durch die BRD!

Eine größere Anzahl mit den Forderungen sympathisierender Menschen, meist Ausländer, hält sich angesichts der Polizeieinsätze am Rand der Demonstrationsroute auf.

Auf der Abschlusßkundgebung in der Innenstadt wird in deutscher und türkischer Sprache zur Fortsetzung von Aktionen gegen das Verbot von Dev Sol und Halk Der aufgerufen. Bei einer Veranstaltung mit Norbert Blum am 17.2. wurde mit Flugblättern und einem Transparent die Zurücknahme des Verbots gefordert.

In der darauffolgenden Woche konnte bei einer Veranstaltung mit verschiedenen Kabarettgruppen in einer Pause ein Redebeitrag vor ca. 600 bis 700 Zuhörern gegen das Verbot gehalten werden. Auf einer Festveranstaltung der Grünen wird das Solidaritätskomitee mit den Völkern der Türkei und Türkei/Kurdistan einen Informationsstand durchführen. In den kommenden Wochen sollen insbesondere der DGB und die DKP zur Unterstützung weiterer Aktionen aufgefordert werden. Die an der Aktionseinheit beteiligten Organisationen beraten und planen weitere Schritte gegen das Verbot gemeinsam.

Quellenhinweis: Bulletin der Bundesregierung Nr. 140/1972 und Nr. 18/1983; Frankfurter Rundschau, 11.2. 1983

Haftstrafen

Die Vollstreckung soll gesichert werden

Geldmangel hat im Jahr 1982 fast 30000 Menschen dazu gebracht, Geldstrafen nicht zu zahlen und stattdessen eine sogenannte Ersatzfreiheitsstrafe abzusitzen. Der Prozentsatz der so geschaffenen Häftlinge stieg um fast 12% gegenüber 1981 bei einer ungefähr gleich gebliebenen Zahl der Geldstrafen von rund einer halben Million. F.D.P.-Justizminister Engelhard ist besorgt. Er fürchtet eine unerwünschte Vermischung von bloß armen Leuten mit solchen, denen eingebleut werden soll, daß für sie aufgrund der Schwere ihrer Tat gleich eine Gefängnisstrafe richtig ist. Diese wiederum können nicht alle, obwohl sie doch ein Recht darauf haben, sofort eingesperrt werden, weil die Gefängnisse überfüllt sind. Engelhard regte an, die Möglichkeiten, Geldstrafen in einer gemeinnützigen Einrichtung abzugelten, zu verstärken.

Der gleiche Vorschlag wurde auf der Tagung der Justizminister Ende September 1982 vom Berliner Justizsenator eingebracht. Berlin ist überhaupt vorbildlich in der Bewältigung des Staus im Strafvollzug. Nicht nur werden neue Gefängnisse gebaut und die alten weiter benutzt, sondern Überkapazitäten werden geschaffen, die die herrschende Klasse für künftige Klassenkämpfe bereithält. Entfallen kann dann die scheinbar liberale Praxis, Gefängnisstrafen, die binnen eines Jahres nicht angetreten werden können, auf dem Gnadenweg und unter der Bedingung der Bewährung zu erlassen, sowie die Methode, bei guter Führung Reststrafen auszusetzen. In Wirklichkeit wird in keinem westeuropäischen Land mit Ausnahme Österreichs soviel eingesperrt und so wenig vorfristig entlassen wie in der BRD. Derzeit liegt die Quote bei 80 Gefangenen auf 100000 Wohnbevölkerung.

Als Vorwand zur Erhöhung der Sicherheitsvorkehrungen, z.B. Errichtung von fünf Wachtürmen bei dem Ende 1983 bezugsfertigen Berliner Frauengefängnis, dienen die vermehrten Verurteilungen aufgrund von Drogenabhängigkeit. Die F.D.P. plädierte Ende Oktober im Berliner Abgeordnetenhaus dafür, drogensüchtige Straffällige nicht ins Gefängnis zu sperren, sondern in den offenen Vollzug in „therapeutischen Wohngemeinschaften“. Die SPD steuerte den Vorschlag bei, die Kurzstrafen unter einem Jahr zugunsten von Geldstrafen zu verringern, um den „Belegungsdruck“ abzubauen.

Damit wäre ein weiterer Schub bei den Kapazitäten möglich. Zunächst könnten mal alle schon Verurteilten zu ihrem Recht kommen, sodann könnten mehr verurteilt werden, weil die Kapazitäten da sind. Gelingt es dann, die zu Geldstrafe Verurteilten in anderen Zwangsarbeitseinrichtungen unterzubringen und auch die Drogenabhängigen woanders separat zu halten, könnten auch die Geldstrafen nach Bedarf der Staatskasse vermehrt werden. Das beigebrachte Geld könnte dem Zweck zugeführt werden, wieder mehr echte Sozialarbeiter zu gewinnen und den Justizsenator von der Mißhelligkeit zu befreien, bewährte Büttel auf Sozialar-



BRD: zweithöchste Haftquote in Westeuropa.

beiterstellen zu setzen, weil die anderen mangels Entfaltungsmöglichkeit reihenweise kündigen. Mit der erweiterten Personalpalette ließe sich besser der Anspruch verwirklichen, Gefangene nicht nur zu „resozialisieren“, sondern erstmals zu Menschen zu machen, sie zu „sozialisieren“, d.h. mit weniger auffälliger Gewalt dazu abzurichten, „künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen“.

Quellenhinweis: FAZ vom 10.2. 1983. Abgeordnetenhaus von Berlin, Plenarprotokoll 9/30

Erholung

Arme machen seltener und kürzer Urlaub

Das Institut der deutschen Wirtschaft behauptet, die wirtschaftliche Stagnation habe die „Reiselust der Bundesbürger gedämpft“. Die Damen und Herren ziehen diesen Schluß aus dem Urlaubsbericht des Statistischen Bundesamtes. Im Rahmen des Mikrozensus werden jährlich die Urlaubsreisen von April bis einschließlich März des folgenden Jahres erhoben. Demnach nahm die Zahl der Reisen um 4,2% ab.

Nicht wahr ist, daß die Krise den Lohnabhängigen einfach aufs Gemüt schlägt, sondern sie entscheiden die Frage Verreisen oder nicht danach, wie weit die Reproduktion der Arbeitskraft noch gelingt. Wahr ist auch nicht, daß allgemein die Urlaubs- und Erholungsreisen abgenommen hätten. Vielmehr ist die Spaltung zwischen denen, für die der Urlaub aus der Reproduktion herausfällt, und den gut Betuchten krasser geworden. In die Urlaubsreisen, die ab fünf außerhalb der Gemeinde verbrachten Tagen gerechnet werden, gehen auch Kuren und Verschickungen durch die Sozialversicherungsträger ein. Allein diese sind um fast elfeinhalb Prozent gesunken.

Miterfaßt sind ferner solche Reisen, die billig sind, da Unterkunft bei Verwandten oder Bekannten kostenlos ist. Selbst das war für Teile der Bevölkerung mit den geringsten Einkommen ausgeschlossen. Drastisch sanken die Reisen von Personen unter 14 und über 65 Jahren (-7,2 bzw. -9%). D.h. Familien mit mehreren Kindern und Rentner müssen zunehmend auf Urlaub verzichten. In den mittleren Einkommensklassen hat die Möglichkeit, mehrmals zu verreisen, abgenommen. Im Bereich der Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1600 und 2500 DM ist die Zahl von zwei und mehr pro Jahr unternommenen Reisen zum erstenmal scharf eingebrochen, während alle darunter liegenden Einkommen schon im vorhergehenden Reisejahr stark betroffen waren. Die Mehrfachreisen bei den Einkommen bis 1200 DM gingen schon 1979/80 um 22,6% zurück, 1980/81 nochmals um 14%.

Nur für Haushalte mit Einkommen ab 4000 DM ist die Aussicht, überhaupt eine Reise zu machen, im letzten Erhebungsjahr *gestiegen*, und zwar um 9,3%. Arme Familien mit vier und mehr Kindern in Großstädten zeigten dagegen die geringste Reiselust. Natürlich sind die Ärmern mehr und fallen bei der Durchschnittsbildung mehr ins Gewicht. In ähnlichen Verhältnissen hat sich die Reisedauer verändert. Inlandsreisen über drei Wochen sind um mehr als 22% zurückgegangen. Dazu ist der Unterschied in den Geldausgaben kraß. Für fünf bis sieben Tage Urlaub gaben z.B. Haushalte mit Einkommen bis zu 600 DM noch nicht einmal 500 DM aus, während bei Einkommen zwischen 2500 und 5000 DM durchschnittlich fast 3000 DM zur Verfügung standen. Was für dieses Geld zu haben ist, schwankt beträchtlich, nämlich von den Fahrtkosten zum Wohnsitz von Verwandten, die einen auf der Couch übernachten lassen, bis zu allerhand Sachen, die mit Lust eine Menge zu tun haben.

Quellenhinweis: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft vom 3.2. 1983. Urlaubs- und Erholungsreisen 1980/81, Reihe 7.3, Hrsg. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Dezember 1982

Öffentlicher Dienst

Bundesregierung mobilisiert Dienstaufsicht gegen den Lohnkampf

Wenn dieser Artikel erscheint, hat die Große Tariffkommission der Gewerkschaft ÖTV gerade über die Forderung für die Lohn- und Gehaltsauseinandersetzung 1983 im öffentlichen Dienst entschieden. Grundlage für diese Entscheidung war u.a. eine „Unterrichtungsvorlage für die Sitzung der Großen Tariffkommission am 10./11.12. 1982“. Dieses Positionspapier faßt ein Erhöhungsvolumen von 6% ins Auge und stellt bezüglich der Struktur der Forderung zur Diskussion: a) eine reine Prozentforderung von 6%; b) 6%, mindestens aber 130 DM; c) 4% plus 50 DM; d) 130 DM Festgeld. Soweit uns bekannt, hat die Beratung unter den Gewerkschaftsmitgliedern ein starkes Votum für Festgeld bzw. für einen

Gegenüber dem Deutschen Beamtenbund (DBB) hat die Bundesregierung deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die Beschränkung der Besoldungsanpassung zum 1. Juli 1983 auf 2% keineswegs gegen die Angehörigen des gehobenen und höheren Dienstes gerichtet sei. So berichtet die Februarausgabe der Monatszeitung des Deutschen Beamtenbundes: „Eine vorrangige Aufgabe sieht Kohl darin, mehr Leistungsgerechtigkeit in die berufliche Entwicklung zu bringen, um damit auch die Leistungsbereitschaft der Beamten zu erhalten und zu stärken.“

Kohls Innenminister Zimmermann referierte dann auf der 24. Beamtenpolitischen Arbeitstagung des DBB



Sitzung der Großen Tariffkommission der Gewerkschaft ÖTV am 10.12.82.

Mindestbetrag ergeben, wobei die Spanne für den Mindestbetrag von 90 DM bis 180 DM reicht.

Gegen das Interesse, insbesondere dem beschleunigten Absinken des Reallohns der am schlechtesten bezahlten Beschäftigten des öffentlichen Dienstes durch einen Mindestbetrag eine Grenze zu ziehen, versucht die Bundesregierung die Dienstaufsicht und solche, die sich für Dienstaufsicht halten, zu mobilisieren. Systematisch versucht die Bundesregierung, die Standespolitik solcher Organisationen wie die des Deutschen Beamtenbundes (DBB) und die der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) für ihre Lohnsenkungspläne nutzbar zu machen.

die „Leistungsgerechtigkeit“ triumphieren solle: „Eine weitere leistungsfeindliche Nivellierung über Sockel-, Fest- oder Einmalbeträge darf es nicht geben. Denn der öffentliche Dienst muß gerade für leistungsbereite Bewerber attraktiv bleiben.“ Die Leistung der Antreiberei, der Kontrolle, der Schikane, kurzum die Leistung, *andere* zu Höchstleistungen zu treiben, die soll durchaus belohnt werden. Für diejenigen aber, die zu diesen Höchstleistungen getrieben werden, bleibt nur Spott und Hohn. Für sie soll das 2%-Diktat mit voller Brutalität durchgesetzt werden, während der Dienstaufsicht eine Verbesserung der Besoldungsstruktur in Aussicht gestellt wird.

Das Streikrecht für Beamte ist kein juristisches Problem

Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV am 23. November 1982:

„Die noch herrschende Meinung in Politik und Rechtsprechung schließt unter Auslegung von Artikel 33 Absatz 5 Grundgesetz den Beamtenstreik aus. Danach haben Beamte nicht das volle Koalitionsrecht aus Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz wie alle anderen Arbeitnehmer. Diese Interpretation von Beamtenrechten durch Politik und Rechtsprechung in der Bundesrepublik Deutschland ist im internationalen Vergleich eine Minderheitsmeinung.“

Die Frage, ob Beamte verhandeln und streiken dürften, sei ein politisches und kein juristisches Problem. „Gelöst wird es deshalb durch gewerkschaftliches Handeln der Beamten und nicht durch Rechtsprechung.“ (1)

Bundesjustizminister Engelhard :

„Das Beamtenverhältnis sei im Interesse der Bürger im Grundgesetz vorgesehen, um die Erfüllung des Kernbereichs staatlicher Aufgaben unbedingt zu gewährleisten. Das bedeute weder eine Ungleichbehandlung des Beamten gegenüber Arbeitnehmern noch eine Einschränkung des Koalitionsrechts. Engelhard wandte sich mit gleichem Nachdruck gegen streikähnliche Maßnahmen oder Streik-

aufrufe, die ebenso wie ein Beamtenstreik nicht in Einklang stünden mit der verfassungsrechtlichen Zielsetzung, die unbedingte Aufgabenerfüllung durch Beamte sicherzustellen.“ (2)

Bundesinnenminister Zimmermann :

„Das besondere Dienstrecht der Beamten ist kein Relikt des Obrigkeitsstaates. Die Treuepflicht der Beamten steht im engen Zusammenhang mit der Volkssouveränität. Der Gesetz gewordene Wille des Volkes muß in einem demokratischen Staat unabhängig von Gruppeninteressen durchsetzbar sein. Deshalb kann es kein Streikrecht für Beamte geben.“

Dies ist für mich ein eherner Grundsatz, an dem ich von niemandem rütteln lasse. Unsere Bürger müssen darauf vertrauen können, daß die öffentliche Verwaltung stets funktionsfähig ist. Daher verhalten sich Beamte rechtmäßig, die bei einem Streik der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes auf Anordnung ihrer Dienststelle für die Allgemeinheit Dienstleistungen übernehmen.

Darin liegt keine Einschränkung des Koalitionsrechts der Arbeitnehmer. Die Sicherung der Aufgaben der öffentlichen Verwaltung entspricht der Zweckbestimmung des Berufsbeamtentums.

Wenn wir an der von unserer Verfassung vorgesehenen Gliederung des öffentlichen Dienstes in zwei Statusgruppen festhalten, so bedeutet dies keineswegs eine geringere Bewertung der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes. Das findet auch in der Ausgestaltung der Rechtsverhältnisse seinen Ausdruck. Ein Einheitsdienstrecht aber kann es schon deshalb nicht geben, weil die Verfassung das durch die Treuepflicht geprägte besondere Dienstrecht für Beamte verlangt.“ (3)

(1) zitiert nach ötv-magazin 12/82; (2) und (3) Redebeiträge auf der 24. Beamtenpolitischen Arbeitstagung des DBB, zitiert nach „Der Beamtenbund“ Februar 1983



Streikrecht für Beamte



Beamte fordern Streikrecht, Demonstration am 7.9.82 in Bonn.

Die minimalen Erfolge, die durch Festgeldabschlüsse, Mindestabschlüsse und Sockel/Prozentabschlüsse im öffentlichen Dienst in den 70er Jahren erreicht wurden, sollen wieder rückgängig gemacht werden. Das ist die Strategie, mit der die Bundesregierung den Deutschen Beamtenbund gegen den Lohnkampf im öffentlichen Dienst mobilisieren will. Und das ist auch schon ein gutes Stück weit gelungen. So kritisiert der DBB das 2%-Besoldungsdiktat nur deshalb, weil es den Kapitalisten nicht gelingt, die 2%-Marke auch gegen die Industriearbeiter durchzusetzen, und fordert eine „Anpassung von Besoldung und Versorgung an die allgemeine durchschnittliche Einkommensentwicklung“.

In die Strategie der Bundesregierung gegen den Lohnkampf im öffentlichen Dienst ist die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) ebenfalls bereits einbezogen. Einen Tag nachdem der Bundesvorstand der DAG von Kohl und Blüm empfangen wurde, veröffentlicht die DAG einen „Mustervertrag für die Vermögensbeteiligung“. Zweck dieses Unternehmens ist es, daß die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf die Auszahlung eines Teils

der Lohnerhöhung verzichten und dieses Geld dem Staat in Form von festverzinslichen Schuldverschreibungen leihen. Mit den so vorenthaltenen Lohngeldern wird der staatliche Gewaltapparat aufgerüstet, und ob der einzelne Gläubiger den Kredit zurückgezahlt erhält und die Zinsen einstreichen kann, das hängt davon ab, wie weit es dem Staatsapparat gelingt, sich das dafür notwendige Geld durch die Steuerausplünderung oder die Nichtfinanzierung sozialer Leistungen zu besorgen. Auf diese Weise sollen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ein positives Interesse an der Durchsetzung der jeweiligen Regierungspolitik entwickeln.

Gegen diese Angriffe ist die Gegenwehr der ÖTV schwach entwickelt. Wie kann die Kampfbereitschaft der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zur Aktion werden, wenn der Geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV den Lohnkampf in erster Linie damit begründet, daß von 1975 bis 1981 im öffentlichen Dienst der Anstieg der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter rund 33%, in den übrigen Bereichen der Volkswirtschaft aber 45% betrug? Daß man jahrelang schlecht gekämpft hat und deshalb die-

ses Jahr das Recht habe, besser zu kämpfen, ist ein schlechtes Argument. Dabei würden die Arbeitsbedingungen und die Lebensumstände, denen die Mehrheit der Lohnabhängigen des öffentlichen Dienstes unterworfen ist, ein reiches Reservoir für die Begründung der Lohnforderung bilden.

Quellenhinweis: Der Deutsche Beamte, Zeitschrift des DGB; Der Beamtenbund, Monatszeitung des DBB; ötv-magazin; BWK, Nachrichtenheft 05; Wirtschaft und Statistik, 8/1982

Lohnbewegung Metall Nachgiebigkeit macht Kapitalisten unverschämt

Zum 28. Februar, genau an dem Tag, an dem die Friedenspflicht in der Metallindustrie endet, hat Bundeskanzler Helmut Kohl die Gewerkschaften und Kapitalisten zum Gespräch eingeladen. Über die Absichten der Kapitalisten und der Regierung schreibt der lohnpolitische Kommentator der FAZ, Ernst Günter Vetter: „Sie (die meisten Gewerkschaftsmitglieder) sind mit einer Lohnpolitik einverstanden, die nicht mehr hohe Forderungen durch-

zusetzen versucht, sondern mit der Lebensfähigkeit der Unternehmen zugleich Arbeitsplätze sichert. Aus dieser Sicht werden Gespräche zwischen Tarifparteien und Regierung auf die Arbeitnehmer wie ein Symbol wirken, daß hier vorwiegend zu ihrem Nutzen Auswege aus der Krise gesucht werden. Auch zwischen Unternehmen und Belegschaften breitet sich in solcher Zeit oft ein Gefühl der Gemeinsamkeit aus. Beispiele mehren sich, daß Arbeitnehmer zu speziellen Opfern bereit sind, wenn ihr Unternehmen gerettet werden kann. Klassenkampf ist da nicht mehr gefragt.“

Flankenschutz für die Kapitalisten genau zu diesem Zeitpunkt erscheint der Regierung nötig, weil sich in ziemlich vielen Gewerkschaftskörpern die Anzeichen mehren, daß die Metallarbeiter durchaus gewillt wären, den Zumutungen der Kapitalisten durch Kampf entgegenzutreten. Eine ganze Reihe von Vertrauensleutenkörpern bekräftigte ihre Bereitschaft zum Streik, an den verschiedenen Verhandlungsorten haben Metallarbeiter vor und in den Verhandlungssälen demonstriert, gegen Ende der Friedenspflicht sollen in allen Tarifbezirken Vollversammlungen der IGM-Funktionäre stattfinden. Die Bundesregierung hat allerdings auch genügend Anhaltspunkte, daß sie sich mit diesem erneuten Eingreifen in die Lohnbewegung keineswegs zu weit vorwagt. IGM-Tarifexperte Janßen weiß auf das Angebot von 2,5% Lohnerhöhung ab Mai, welches auf zwölf Monate umgerechnet genau den 2% entspricht, welche die Bundesregierung für die Beamten diktiert hat, nur zu antworten: „In allen Tarifgebieten muß unsere Bereitschaft zu zügigen Verhandlungen erneut deutlich gemacht werden.“ Bisher weiß kein normales Gewerkschaftsmitglied, ob, wo und wann nach Auslaufen der Friedenspflicht gestreikt werden soll, fest steht nur, daß nach der „Taktik der neuen Beweglichkeit“ nicht einheitlich gekämpft werden soll. Hinzu kommt, je mehr von gewerkschaftsoffizieller Seite statt einer bestimmten Forderung die Forderung nach Inflationsausgleich in den Vordergrund geschoben wird, desto schneller häufen sich die Meldungen, die Inflation sinke unaufhörlich und umso offener wird, für welche Forderung nun schlußendlich gekämpft werden soll.

Die Kapitalisten testen derweil aus, wie weit sie es treiben können. Sie nutzen dabei das Zögern der Gewerkschaftsspitze, einen wirkungsvollen Lohnkampf zu organisieren, bis zur Neige aus. Deutlich sichtbar verstärken sie im Verein mit Regierung, bürgerlicher Presse und Wirtschaftsinstituten den politischen Druck auf die Gewerkschaften. Ein Abschluß von 3,5% sei

denkbar, wenn er „Öffnungsklauseln“ enthalte, die „schlechtergehenden Betrieben“ erlauben, niedriger abzuschließen. Gleichzeitig verbreitet das „Handelsblatt“ das Gerücht: „Die IG Metall soll in München angedeutet haben, daß sie bei einer Tarifforderung von 3,5% abschlußbereit sei.“

Die Propaganda des Typs: „Den Gewerkschaften laufen die Mitglieder weg, weil sie so unvernünftig hohe Lohnforderungen stellen“ oder: „Die Masse der Arbeitnehmer ist zu Lohn-



DGB-Demonstration in Stuttgart, 30.10. 1982

senkungen bereit“, kann überhaupt nur wirken, solange keine Urabstimmung für Streik stattgefunden hat.

Die Absicht der Metallkapitalisten ist, zumindest bis zum 6. März größere Streiks unter fest bezifferten Forderungen zu vermeiden. Darin besteht ihre Schwäche, die immer noch ausgenutzt werden kann.

Quellenhinweis: Handelsblatt; FAZ; Der Gewerkschafter; BWK, Nachrichtenhefte

Berufsverbote Posthumes Urteil gegen Prof. Brückner

Im Oktober 1981 wurde Peter Brückner, Hochschullehrer an der Universität Hannover, zu einer Disziplinarstrafe verurteilt, die eine 10%ige Gehaltskürzung für die Dauer von vier Jahren vorsah. Dem damals seit 1977 schwebenden Verfahren war die Suspendierung Peter Brückners verbunden mit Haus- und Lehrverbot vorausgegangen. Gründe für diese Maßnahmen sah das zuständige Ministerium in dem Inhalt verschiedener mündlicher und schriftlicher Äußerungen Brückners.

Gegenstand der „Anschuldigungsschrift“ waren: 1. ein Interview, das Brückner 1977 einem niederländischen

Journalisten gab und das auszugsweise in den Niederlanden gesendet wurde. 2. Die Veröffentlichung des „Buback-Nachrufes“ zusammen mit 47 anderen Hochschullehrern. 3. Ein Interview im Spätsommer 1977, das Brückner einer Westberliner Fachschaft gab. 4. Die Herausgabe einer Broschüre zum „Buback-Nachruf“.

Das Ministerium beantragte die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis. Nachdem das Disziplinargericht in erster Instanz diesem Antrag nicht nachkam, hätte Brückner seine Lehrtätigkeit fortsetzen können. Dazu war er aber gesundheitlich nicht mehr in der Lage – er starb im April 1982 an den Folgen eines Herzleidens im Alter von 59 Jahren. Zuvor hatte er noch Berufung gegen das Urteil des Disziplinargerichtes eingelegt.

Über diese Berufung konnte nicht mehr verhandelt werden. Trotzdem hat die niedersächsische Landesregierung und ihre Disziplinarjustiz einen Weg gefunden, das Urteil posthum mit höchstrichterlicher Weihe zu versehen. Im niedersächsischen Disziplinarrecht gibt es die Möglichkeit, die Kosten eines nicht rechtskräftigen Verfahrens den Erben eines Verstorbenen aufzuerlegen, falls kein Zweifel an den Dienstvergehen besteht. Das Gericht hatte keine Zweifel. *Allein* das der Westberliner Fachschaft gegebene Interview reicht nach dem kürzlich gefällten Beschluß der Disziplinarkammer des obersten Verwaltungsgerichtes von Niedersachsen, gegen den kein Rechtsmittel möglich ist, für die verhängten Disziplinarmaßnahmen aus. Es geht dabei ausschließlich um folgende Äußerungen:

„(Der Beschuldigte) fand für die BRD als Staat nur herabsetzende Äußerungen, indem er ihn verächtlich als das „System“, als „Klassenstaat“ und als einen Staat bezeichnet, der nur noch parteilich im Sinne der herrschenden Klasse sei, vom Parlament und der Demokratie als eine „auf das Repräsentationsprinzip gestützte bürgerliche Demokratie mit Staatsparteien“ spricht, „die in der Phantasie ihrer Vertreter die Interessen der Bevölkerung vertreten.“ (aus der Anschuldigungsschrift)

Der neue Beschluß wurde ohne öffentliches Verfahren und ohne die Möglichkeit umfassender Verteidigung gefaßt, die jetzt ohnehin unmöglich ist, weil der Disziplinierte tot ist. Eigentlich dürfte dies nicht das letzte Wort in dieser Auseinandersetzung sein. Das schon deshalb, weil es wahrscheinlich das erste Urteil in der Geschichte der BRD ist, durch das jemand nur wegen *wissenschaftlicher Äußerungen* mit Berufsverbot verfolgt wird.

Quellenhinweis: P.Brückner/A. Oestmann, Über die Pflicht des Gelehrten auch als Bürger tätig zu sein, Internationalismus Verlag Hannover, 1981

Bereicherung der Kapitalanleger durch Förderung und höhere Mieten

„Wir schützen die Mieter“ – „Die Mietenlüge der SPD“ – so tönt die CDU. „Das soziale Mietrecht muß gerade in einer Zeit schwacher Bautätigkeit unangetastet bleiben ... Die von der Rechtskoalition betriebene Wohnungspolitik auf dem Rücken der Mieter gefährdet den sozialen Frieden, ohne zur Steigerung des Wohnungsbaus beizutragen. Deshalb werden wir die von der Rechtskoalition bewirkten Änderungen rückgängig machen.“ (SPD, Regierungsprogramm 1983–87) So sucht die SPD von ihrer reaktionären Politik abzulenken.

Mit diesem Versprechen kann die SPD nur folgendes meinen: 1. Zur Begründung von Mieterhöhungen sollen nur Vergleichswohnungen herangezogen werden, die vor höchstens fünf Jahren (jetzt drei Jahren) vermietet wurden (bisher alle Wohnungen). 2. Wohnungen aus dem eigenen Bestand sind nicht zugelassen (CDU/FDP: Wohnungsunternehmen können jetzt auch Mietwohnungen aus dem eigenen Bestand zur Begründung von Mieterhöhungen heranziehen.) und 3. Staffelmieten werden nur für Neubauwohnungen zugelassen, nicht für bestehende. Angesichts der noch von der SPD/FDP beschlossenen und jetzt zusätzlich beschlossenen Maßnahmen ist die Differenz zwischen SPD und CDU/FDP sehr gering.

Betrachtet man die Maßnahmen des letzten Jahres und die neuen Maßnahmen, so fällt die eindeutige Begünstigung für Renditeobjekte auf. Fast zehn Mrd. DM werden 1983 auf Grund dieser Maßnahmen Besitzern von Mietwohnungen in die Taschen fließen, wenn der Mieterhöhungsspielraum von 30% nur zu 1/3 durchschnittlich in drei Jahren ausgenutzt wird. Andererseits müssen die Mieter mit Kürzungen bzw. Mieterhöhungen von acht Mrd. DM rechnen (vgl. Tabelle). Die selbstnutzenden Eigenheimbesitzer sind in der Summe zwar nicht belastet, aber da die steuerlichen Vergünstigungen um so größer sind, je höher das Einkommen ist, stellt sich eine Belastung zuerst bei den niedrigen Einkommen ein. Die „kostenneutrale“ Änderung der Grunderwerbsteuer (Senkung des Steuersatzes von 7% auf 2% und Abschaffung der Grunderwerbsteuerbefreiung, die nur für selbstgenutztes Eigentum galt) dient der Steuerentlastung von Renditeobjekten und belastet die selbstnutzenden Eigenheimbesitzer. Bei 200000 DM Kaufpreis eines Hauses muß jetzt der selbstnutzende Eigen-

tümer 4000 DM zahlen, der Käufer eines Mietshauses von 1 Mio. DM zahlt jetzt 20000 statt 70000 DM.

Die niedrigsten Mieten werden am stärksten erhöht und gleichzeitig wird das Wohngeld gekürzt. Z.B. ein Vier-Personenhaushalt mit einem Bruttoeinkommen von 2500 DM und 400 DM Ausbildungsvergütung (Vater erwerbstätig und 80% behindert) zahlt 600 DM

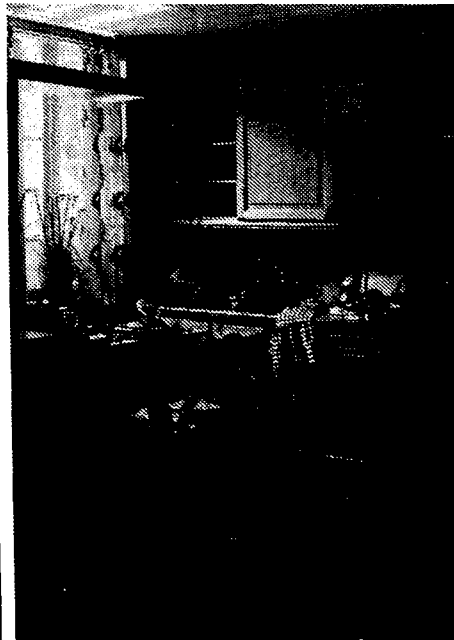
Miete und bekommt bisher 104 DM Wohngeld. Zukünftig bekommt er keins mehr. Das Wohngeld wurde bei denen gekürzt, die noch andere Sozialleistungen bekommen, also bei den untersten Einkommensgruppen.

Im letzten Jahr hat die SPD/FDP die Voraussetzungen zur Anhebung der niedrigen Mieten im Sozialen Wohnungsbau der 50er und 60er Jahre über

Finanzielle Auswirkungen 1983 der Operation 82 und 83 (in Mrd. DM)

	Rendite objekte	selbstnutzende Eigentümer	Mieter bzw. unter u. mittl. Eink.
SPD/FDP Beschlüsse:			
Kürzung Sparförderung			ca. – 1,2
Kürzung Wohngeld			ca. – 0,4
höhere Mieten soziale Wobau			– 1,4
Erhöhung degressive Abschreibung (von 3,5% auf 5%)	+ 0,5	+ 0,5	
Erhöhung Abschreibungsgrenzen	+ 0,3	+ 0,3	
Abschaffung „unechter“ Zweifamilienhäuser		– 0,4	
CDU/FDP Beschlüsse:			
Wohngeldkürzung (84: 0,2 – 0,3)			– 0,1
Mieterhöhung durch Staffelmieten, Erhöhung Vergleichsmiete usw. (bei 20% Erhöhung in 3 Jahren)	+ 4,7		– 4,7
Grunderwerbsst. von 7% auf 2% (Abschaffung Befreiung)	+ 3,0	– 3,0	
Zinshilfe Eigenheim		+ 0,5	
Schuldzinsabzug (1984: 2 Mrd.DM)	+ 0,6	+ 0,6	
Sonderprogramm sozialer Wobau (nur 2. Förderungsweg)		+ 0,8	
Summe 1983:	+ 9,0	– 0,8	– 7,8

Quelle: WSI-Mitteilungen 10/82, Bundesbaublatt 1/83, u.a.



Wer arm ist, soll in Löchern hausen. Angebot der Möbelindustrie für die enge Wohnung (links). Altbau in Hamburg (rechts).

Niedrige Löhne und hohe Reproduktionskosten zwingen zur „Ghettobildung“

1982 lag der Ausländeranteil in Hamburg bei knapp unter 10%. Hauptwohngebiete der ausländischen Arbeiter sind die alten Arbeiterviertel nördlich und südlich von Elbe und Hafen: St. Pauli, St. Georg, Altona, Wilhelmsburg und Harburg. Allein in sieben von über 100 Ortsteilen sind 35% aller ausländischen Familien konzentriert. In St. Pauli stieg der Anteil ausländischer Bewohner an der Gesamtwohnbevölkerung von 1975 auf 1981 von 20% auf über 40%.

Bereits 1975 hat eine städtebauliche Untersuchung des Senats ergeben, daß in annähernd 700 sanierungsbedürftigen Wohnblocks 36% aller Ausländer wohnen gegenüber 11% der deutschen Bevölkerung.

Als Beispiel soll im weiteren St. Pauli dienen. Die letzte Hamburger Wohnungszählung von 1969 wies für St. Pauli 69% aller Wohnungen mit einem Baudatum bis 1900 aus, 79% aller Wohnungen waren nur mit Kohle, Holz oder Torf beheizbar, 60% verfügten über kein Bad oder Dusche und fast 9% hatten keine eigene Toilette in der Wohnung. Zum gleichen Zeitpunkt betrug in Hamburg insgesamt der Anteil bis 1900 gebauter Wohnungen nur noch 12%.

Diese miserablen Wohnungen sind vielfach extrem gesundheitsschädlich. Wegen der damals üblichen Hinterhofbauweise fällt zu wenig Licht und Sonne ein, Instandsetzungen sind

seit zig Jahren nicht mehr vorgenommen worden, die Fenster und Treppenhäuser entsprechend morsch, die Wohnungen feucht und voll Schwamm. Sanierungen in diesem Gebiet haben zwar zu einer Abnahme des Gesamtwohnungsbestandes geführt und zur Verteuerung einiger Wohnungen, insgesamt aber ist das Bild wenig verändert.

Aus mehreren Gründen sind die Sanierungsgebiete Hauptwohngebiete ausländischer Familien geworden. Lange Zeit waren diese Wohnungen billiger wegen ihres miserablen Standards und ihrer geringen Größe. Wer irgend konnte, zog in besser ausgestattete, größere Sozialwohnungen. Die Reproduktionskosten vieler Ausländerhaushalte liegen aber höher als vergleichbarer westdeutscher. Es müssen Unterstützungszahlungen geleistet werden für Familienangehörige in der Heimat, die Besuchsreisen verschlingen große Summen und Rücklagen für eine mögliche Rückkehr werden auch gemacht. Zudem sind immer noch mehr als 60% aller ausländischen Arbeiter als unausgebildete Arbeitskräfte beschäftigt mit erheblich niedrigerem Lohn. All dies zwingt zu Einsparungen vor allem bei den Mietkosten.

Weitere Gründe liefert das Ausländergesetz. Für den Familiennachzug muß ausreichender Wohnraum nachgewiesen werden (acht qm je Person einschließlich Küchenfläche), ebenso für Verlängerung der Aufenthaltsge-stattung. Familiennachzug bedingt aber keine Dringlichkeit auf Vergabe

einer Sozialwohnung. Das zwingt die Arbeiter, auf dem freien Markt zu nehmen, was zu kriegen und zu bezahlen ist. Seit in Hamburg extremer Wohnungsmangel herrscht, sind gerade die ausländischen Wohnungssuchenden doppelt der Despotie der Wohnungseigentümer ausgeliefert. Dazu ein Beispiel: „Die erste Unterkunft von A. war ein Firmenwohnheim. Dort wohnte er mit fünf weiteren Personen in einem Zimmer. Danach hat er zur Untermiete gewohnt und 120 DM für ein Dreibettzimmer gezahlt. Die dritte Unterkunft war auch ein Untermietzimmer. Die vierte Bleibe war eine Dreizimmerwohnung ohne Bad und Heizung. Die Miete betrug 400 DM, er mußte einen Abstand von 3000 DM zahlen. Beim Auszug nach einem Jahr bekam er nur die Hälfte wieder. Die er-



In Hamburg sicher noch einige tausendmal vorhanden: die Toilette im Treppenhaus.

die Anhebung der Zinsen beschlossen. Dies trifft nicht nur die Mieter, die bis zu 0,70 DM je qm mehr Miete zahlen sollen, sondern auch die selbstnutzenden Eigenheimbesitzer, die in den 50er und 60er Jahren zinsgünstige Darlehen erhalten hatten. Jetzt müssen sie mit Mehrbelastungen zwischen 35 und 70 DM pro Monat rechnen.

Bei den nicht öffentlich geförderten Wohnungen ging es der SPD/FDP ebenfalls um die Anhebung der niedrigen Mieten. Dazu sollten die Vergleichsmieten, also die Begründung für Mieterhöhungen, sich nicht mehr auf den Durchschnitt der insgesamt vorhandenen Mietwohnungen beziehen, sondern nur noch auf die Wohnungen, die in den letzten fünf Jahren neu vermietet wurden, d.h. was der Markt bei Neuvermietung hergibt, sollte auch für bestehende Mietverhältnisse gelten. Außerdem sollte bei der Anwendung der Mietspiegel nicht mehr der Mittelwert zur Begründung der Mieterhöhung genommen werden, sondern

Subventionen: Mietwohnungen / Eigentum (1980)		
Eigentum	Mietwohnungen	
4,1 Mrd. DM 7b Abschreibung	1,9 Mrd. DM Soziale Wobau (1979)	
0,4 Mrd. DM 7(5) Abschreibung	0,5 Mrd. DM gemeinnützige Unternehmen	
1,3 Mrd. DM Grundsteuererleichterung	1,7 Mrd. DM Wohngeld	
3,5 Mrd. DM Grunderwerbsst.erleichter.		
2,6 Mrd. DM Bausparvergünstigung		
1,3 Mrd. DM Soz. Wobau (Eigentum)		
keine Angabe Steuerersparnis Zinsen		
0,1 Mrd. DM Lastenzuschuß		
13,3 Mrd. DM (ohne Zinsabschreibung)	4,1 Mrd. DM	

Quelle: DIW-Wochenbericht 50/80, S. 518; Wirtschaft und Statistik 9/80, S. 627, Tab. 3; Wohngeld- und Mietenbericht 1981, Bundestags-Drucksache 9/1242

auch der oberste Wert der angegebenen Mietspanne. War der Mietspiegel ohnehin schon mietspreistreibend für die niedrigen Mieten (vgl. PB Nr. 3/83, S. 22), so ist er jetzt ein Instrument zur Ermittlung der Marktmiete, wodurch die niedrigen Mieten wegen der größten Nachfrage am stärksten steigen. Ob fünf oder drei Jahre – das macht praktisch kaum einen Unterschied. Die

Staffelmiete ist auf Anregung der Lebensversicherungsunternehmen von der SPD/FDP zunächst für den Neubau vorgeschlagen worden, da diese mit 100% Eigenkapital eine langfristig rentierliche Anlage suchen. Eine öffentliche „Förderung“ ist nur durch gesicherte Mieterhöhungen möglich. Daß die CDU/FDP jetzt auch Staffelmiete und Vergleichsmieten für den ei-

sten vier Monate soll die Wohnung auf den Namen eines Deutschen gelaufen sein und wie er sagt, war auf dem Mietvertrag die Miethöhe mit 125 DM angegeben. Er hatte die Wohnung über einen Makler bekommen. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als alle Bedingungen zu akzeptieren, weil er seine Frau und sein Kind nachholen wollte“.

Der Anteil ausländischer Familien in Sozialwohnungen entspricht in Hamburg etwa ihrem Bevölkerungsanteil, obwohl er nach den Einkommensgrenzen erheblich höher liegen müßte. Allerdings sind Ausländern die neuen Sozialwohnungen genauso wie einkommensschwachen deutschen Familien weitgehend verschlossen. So betrug ihr Anteil am Erstbezug von Wohnungen 1975 nur 1%.

Der Anteil ausländischer Familien an Wohnungsnotfällen ist allerdings erheblich größer als ihr Anteil an der Bevölkerung. Da Familiennachzug als Dringlichkeit ausscheidet, liegt dies hauptsächlich an den unzumutbaren Wohnverhältnissen. „B hat bis heute dreimal die Unterkunft gewechselt. Die erste war ein Kellerraum ohne sanitäre Anlagen. Er hat dort drei Jahre lang gewohnt. Die zweite Wohnung war eine Zweizimmerwohnung ohne Bad und Heizung in Elmshorn. Er mußte die erste und die zweite Wohnung räumen, da sie behördlicherseits geräumt wurden. Seine dritte Wohnung war in Altona, wieder zwei Zimmer ohne Bad und Heizung ... Er sagt, daß die Wohnung naß wie ein Schwamm gewesen wäre“. „C erzählte, seine erste Unterkunft sei eine feuchte Kellerwohnung gewesen mit zwei Zimmern. Sie haben dafür 500 DM Miete gezahlt.

Die Wohnung wurde dann polizeilich geräumt, da sie für Wohnzwecke einfach nicht mehr geeignet war. Seine zweite Wohnung sei auch nicht viel besser gewesen“.

Während in Hamburg schon 1969 offiziell auf eine Person 1,5 Räume kamen, wohnen ausländische Familien sehr beengt. Ein Sozialarbeiter aus St. Pauli erzählt dazu einige typische Fälle aus der Statistik: eine Familie, vier Personen in einer Dreizimmerwohnung mit 50 qm, mit Ofenheizung ohne Bad für 270 DM Kaltmiete; eine Familie, drei Personen in einem Zimmer zu 30 qm, Küchen- und Badbenutzung, 290 DM warme Miete; eine Familie, drei Personen in einer Zweizimmerwohnung mit 40 qm, ohne Bad, mit Zentralheizung, Kaltmiete 350 DM; eine Familie, fünf Personen in einer Drei-



Beengte Wohnverhältnisse für ausländische Arbeiter, die mit ihren Familien zusammen wohnen.

zimmerwohnung mit 62 qm mit Gasheizung, 300 DM Kaltmiete.

In Hamburg sind zwischen 30 und 40% des Gesamtwohnungsbestandes mit öffentlichen Mitteln verschiedenster Art gefördert. Bei einem Teil davon sind die Wohnungsämter zuweisungsberechtigt. Mittlerweile gehen aber verschiedene gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften dazu über, für Wohnungen Sperrvermerke „nicht für Ausländer“ festzulegen, um dadurch weitere „Ghettobildung“ zu verhindern. Auf einem wohnungspolitischen Seminar der GEWOS (Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen) 1982 mit Vertretern der Behörden und Wohnungsbaugesellschaften wurde allerdings die These der „freiwilligen Ghettobildung“ als nicht beweisbar verworfen. Es sind eher die niedrigen Löhne, höheren Reproduktionskosten, die in die „Ghettos“ zwingen.

Solange die Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit ausreichend großem und bezahlbarem Wohnraum eine Frage des Profits und der Grundrente bleibt, wird sich daran nicht viel ändern können. Auf dem Seminar kamen von den Wohnungsbaugesellschaften auch Vorschläge, Wohnsiedlungen für Ausländer mit Minimalstandard, d.h. ohne Zentralheizung und Bad, zu bauen zu niedrigeren Mieten. Das ist angesichts hunderttausender solcher Wohnungen aus den 50er und frühen 60er Jahren nichts anderes als der Vorschlag, den Standard im Wohnungsbau insgesamt wieder zurückzuschrauben, nicht nur für ausländische Familien.

genen Bestand zulassen, zeigt nur, daß sie durch die reaktionären Positionen der SPD/FDP nach rechts Spielraum haben.

Aber halt, was ist mit dem Sozialwohnungsprogramm der CDU/CSU/FDP? Werden da nicht wenigstens Mietwohnungen gebaut? Nur ¼ des Sonderprogramms von 1 Mrd. DM ist für den Mietwohnungsbau vorgesehen, ¾ zielen auf Eigentumsmaßnahmen.

Die Konzentration der jüngsten wohnungspolitischen Maßnahmen auf Erhöhung der Rendite und Förderung hoher Einkommen ist jedoch keineswegs Ausdruck davon, daß der soziale Mietwohnungsbau, die Förderung von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und das Wohngeld so große Unsummen verschlingen, daß es jetzt an der Zeit ist, auch mal an die notleidenden Rentiers zu denken. Ganz im Gegenteil. ¾ der Subventionen auf dem Wohnungssektor flossen 1980 an Eigentümer und nur ¼ wurden für Wohngeld und sozialen Wohnungsbau

aufgewendet (vgl. Tabelle 2). Dabei ist noch nicht einmal die Steuerersparnis durch den Schuldzinsabzug eingerechnet, die beim Bauherrenmodell z.B. über ⅓ der öffentlichen Förderung ausmacht (vgl. BT-Drs 9/1708). In den letzten Jahren wurde die öffentliche Förderung immer stärker auf die indirekte Förderung verlagert. Betrug z.B. 1971 die Steuerersparnis aus §7, §54 EStG und §82a EStDV 0,9 Mrd. DM, so stieg sie 1981 auf 5 Mrd. DM. Die Auszahlungen öffentlicher Stellen im Wohnungsbau sind im gleichen Zeitraum von 2,5 auf 4 Mrd. DM gestiegen (1966: 4,9 Mrd. DM). Wobei hier die Eigentumsförderung enthalten ist.

Der Schrei des Kapitals nach höherer Rendite im Wohnungsbau ist nicht einfach durch die Wirtschaftskrise bedingt, sondern langfristig angelegt. Deshalb werden systematisch alle Schranken für die Mieten eingerissen und die öffentliche Förderung auf Renditeobjekte konzentriert. Ein wichtiger Hemmschuh ist nach wie vor der

soziale Wohnungsbau und die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften. „Aufgrund niedrigerer Baukosten der alten Sozialwohnungen wohnen deren Mieter nämlich billiger, während andere Sozialmieter in Neubauwohnungen teilweise höhere Mieten zu zahlen haben als manche Mieter in freifinanzierten Wohnungen. Wie zu erfahren ist, wird sogar darüber nachgedacht, die Bindungen ganz aufzugeben. Die Ausgleichsfunktion käme dann voll dem Wohngeld zu, das bei allen Plänen eine größere Bedeutung erhalten soll“ (Braunschweiger Zeitung, 16.2. 1983). Diese Begründung ist deshalb so verlogen, weil ganz bewußt Ende der 60er Jahre von der SPD/FDP das Förderungssystem des Sozialen Wohnungsbaus so geändert wurde, daß erstens höhere Kostenmieten erzwungen wurden und zweitens die Mieten progressiv steigen würden. Die höheren Kostenmieten kamen dadurch zustande, daß die Förderung durch meist zinslose Baudarlehen zugunsten von Zinssub-



Die Wohnungskapitalisten schlagen aus der Vermietung von Elendsquartieren an Ausländer enorme Profite

ventionen geändert wurden. D.h. die Finanzierung des Sozialen Wohnungsbaus durch Marktkredite wurde erstmalig eingeführt und die dadurch erhöhte Kostenmiete wurde dann durch Zinssubventionen, die alle drei Jahre abgebaut werden, gesenkt. Dadurch wurden nicht nur der staatliche Aufwand gesteigert und die Banken voll

am Geschäft beteiligt, sondern auch die Mieten mußten überdurchschnittlich steigen. Jetzt wird aber nicht diese Änderung angegriffen, sondern die günstigen Förderbedingungen der 50er Jahre.

Das Ziel ist die Abschaffung des Sozialen Wohnungsbaus. Die einzige soziale Komponente soll das Wohngeld

sein. Daß die Mieten im Sozialen Wohnungsbau manchmal höher liegen als manche freifinanzierte Wohnung, mag in einzelnen Fällen stimmen. Im allgemeinen stimmt es nicht (vgl. Bundesbaublatt 10/1981). Aber die öffentliche Förderung des sozialen Wohnungsbaus ist niedriger nicht nur vom Volumen, sondern auch in DM pro qm gegenüber dem freifinanzierten Wohnungsbau. Die Förderung in DM pro qm ist beim Bauherrenmodell fast doppelt so hoch wie beim Sozialen Wohnungsbau. Davon steht nichts in der bürgerlichen Presse. Kein Wunder, wenn trotz Rendite der freifinanzierte Wohnungsbau teilweise besser da steht als der Soziale Wohnungsbau.

Nun könnte ja eingewendet werden, wieso sind die Kapitalisten für die Erhöhung der Mieten, denn dann müßten doch im Durchschnitt auch durch die folgenden Lohnkämpfe ihre Lohnkosten steigen. Das Interesse der Kapitalisten ist doch Lohnsenkung. Diesen Widerspruch versuchen die Kapitalisten folgendermaßen zu lösen: Erstens durch die Senkung des Wohnstandards und zweitens durch Erhöhung des Mietanteils am Einkommen. Angepeilt werden $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ des Nettoeinkom-

USA: Die Besitzer von Einfamilienhäusern zahlen 40% ihres Einkommens an die Banken

Hierzulande preist die CDU das Wohneigentum als das höchste Gut, das insbesondere mehr Arbeiter anstreben sollen, um ihr Lebensglück zu finden. Der Blick auf die Entwicklung in den USA, wo fast zwei Drittel aller Wohnungen Eigentum der Familien sind, die darin wohnen, kann diese Propaganda ein Stück zurecht-rücken. 1979 waren 65,4% aller Wohnungen Eigentum dieser Familien, in der BRD 37%. Auf Grund der großen Menge an vorhandenem bebaubaren Boden außerhalb der großen Städte konnten die Bodenspekulanten in den USA nur in den Großstädten die Grundrente so hoch treiben, daß sie dort größere Wohnblocks mit hohen Mieteinnahmen bauten. Noch 1940 lag der Anteil des Wohneigentums am gesamten Wohnungsbestand unter 50%. Seitdem hat das Eigentum an Wohnungen rasch zugenommen. Die Finanz- und die Baukapitalisten haben nicht über das Eintreiben hoher Mieten in der Hauptsache ihr Kapital vergrößern können. Die Eigentümer von Einfamilien-Häusern müssen statt der Mieten jahrzehntelang Hypotheken mit hohen Zinsen zahlen.

Der Staat sicherte über die Steuerabzugsfähigkeit der Hypothekenzinsen und der Vermögenssteuern, daß

das Geschäft des Finanzkapitals lief und die Hauseigentümer einen großen Anteil ihres Einkommens an die Banken zahlten. Von den Steuervergünstigungen auf Hypothekenzinsen, die 1981 19,8 Mrd. Dollar betrugen, erhielten aber die 63% der Steuerzahler mit Einkommen unter 20000 Dollar nur 7,6%. Die Last der Hypotheken auf Einfamilien-Häuser haben die Banken seit 1970 verfünffacht: von 35,6 Mrd. Dollar auf 187,4 Mrd. 1979.

Die Hausbesitzer mußten 1978 schon 25% des Familieneinkommens für die monatlichen Anfangszahlungen aufbringen. Das Finanzkapital hat seitdem diese Rate auf 40% hochgedrückt. Die Zahl der Neubauten von Einfamilien-Häusern ist dann auch seit 1977 drastisch zurückgegangen: von 1,451 Mio. auf 852000 im Jahr 1980. In den letzten Jahren seit 1974 wuchs der Wohnbestand in geringerem Maß, als die Zahl der Familien zunahm. Daher konnten die Mieten der Mietwohnungen in den letzten Jahren schneller steigen als die sonstigen Lebenshaltungskosten.

Die Familien, die zur Miete wohnen, mußten 1979 im Durchschnitt 23% ihres Einkommens für die Mietkosten aufbringen (in der BRD 12,8%). Die Familien, die zur Miete wohnen, ver-

dienen nur etwa die Hälfte des Einkommens von Wohnungsbesitzern, 1979 10000 Dollar gegenüber 18300 Dollar jährlich. Von den 10,5 Mio. Familien, die 1977 weniger als 50% des durchschnittlichen Einkommens in der jeweiligen Region hatten und zur Miete wohnten, mußten 2,1 Mio. über die Hälfte des Einkommens für Miete zahlen. Die Hälfte dieser 10,5 Mio. Familien mußten mehr als 30% dafür aufbringen. Jede fünfte Wohnung, in denen diese 10,5 Mio. wohnten, war unzureichend ausgerüstet oder hatte Schäden. Wegen des Mangels an billigen Wohnungen werden zunehmend Bruchbuden vermietet. 1980 hatten 9% aller Wohnungen in den USA keine Heizausrüstung. In 20% der Häuser mit Heizung konnten mehrere Räume nicht beheizt werden. 60% der Mietwohnungen befinden sich in kleineren Mietshäusern für zwei bis vier Familien. Diese Häuser sind überwiegend aus Holz und meist über 50 Jahre alt.

Die Regierung hat jetzt einen Plan ausgearbeitet, nach dem die staatlichen Mietzuschüsse für rund 800000 Wohnungen um die Hälfte gekürzt werden sollen. Die Bauzuschüsse, u.a. für den Wohnungsbau von Familien mit niedrigem Einkommen, hatte die Regierung von 1981 von 30 Mrd. auf 7 Mrd. Dollar 1983 gesenkt.

Quellenhinweis: The Report of the President's Commission on Housing, 1982; Bauwelt 82, Heft 31/32

mens für Miete. Gegenwärtig liegt der Mietanteil durchschnittlich bei 17%.

Langfristig wichtiger ist jedoch die Senkung des Standards. „Der Neubau- markt ist durch seine Qualitätskompo- nente „nach unten“ geschlossen. Er ver- schließt sich insoweit einkommens- schwächeren Haushalten ... Im Herbst (1981, d.V.) wurde eine Kom- mission berufen, die von allen am Bau- geschehen beteiligten Gruppen besetzt wurde. Sie hat inzwischen ihren Be- richt vorgelegt, in dem Vorschläge zu einfacheren Bauvorschriften, verrin- gerten Standards im öffentlich geför- derten Wohnungsbau ... enthalten sind ... Dabei geht es insbesondere darum, kostengünstige Eigenheime zu entwickeln und teilweise mit Hilfe der Förderung am Markt gegenüber den traditionellen teuren Wohnvorstellun- gen durchzusetzen.“

Durch die wachsenden Lohnsenkun- gen insbesondere bei den unteren Ein- kommensgruppen sind immer mehr Haushalte nicht in der Lage ihre Miet- kosten zu zahlen. „... binnen Jahres- frist 20% mehr zahlungsunfähige Mie- ter ... Im Ruhrgebiet sind Wohnun- gen mit Ofenheizung zum Renner ge- worden ... Den steilsten Preisanstieg registrierten die Statistiker bei den Schichtwohnungen: Altbauwohnun- gen ohne Bad verteuerten sich ... auf's Jahr gerechnet um 18 Prozent!“ (Spiegel 7/1983) Die Lohnsenkungen zeigen Wirkung: Die erbärmlichsten Löcher sind wieder gefragt – gute Be- dingungen, sie als das „Glück des klei- nen Mannes“ zu preisen. Ist der niedri- gere Standard erstmal durchgesetzt; kann der Lohn wiederum noch weiter gedrückt werden usw. Auch der Selbst- bau ist wieder stärker im Kommen. Selbstgebaute Schichtwohnungen gab es auch unter Hitler. Auch das begün- stigt die Lohnsenkungen. Wie an den Mietsteigerungen bei Schichtwohnun- gen abzulesen ist, können auch solche Wohnungen recht profitbringend sein.

Ist für den Mietwohnungsbau ren- tierliche Anlage gesichert, meldet sich auch schon der bürgerliche Staat und möchte seinen Anteil. Die Besteuerung der Mieten bzw. des Wohnens ist ge- plant z.B. durch eine kommunale Wertschöpfungssteuer, um die Gewer-besteuer abzuschafter.

Der Kampf um den Lohn und den Erhalt der Arbeitskraft kann durch den Kampf um den Mindeststandard an Wohnqualität gestützt werden. Um den Zugriff des Kapitals, sich über Zins und Grundrente Teile des Lohns anzueignen, einzuengen, ist der Erhalt des Sozialen Wohnungsbaus und der gemeinnützigen Wohnungsunterneh- men wichtig.

Quellenhinweis: BT-Drucksache 9/1 708; Gutachten zur Reform der Gemeindesteuern, Bundesministerium der Fi- nanzen, Heft 31, Juni 1982; Spiegel 7/1983

Vielfältige, aber genau gezielte Förderung des Wohnungseigentums

Der jetzige Wohnungsbauminister Oscar Schneider hat für den Fall einer Weiterführung der Regierung durch die Unionsparteien angekün- digt, daß er das Wohnungseigentum noch mehr als bisher fördern wolle. Aus den Absichtserklärungen über vorgesehene neue Steuervergünsti- gungen, Erweiterung bestehender und Schaffung neuer Subventionen zeichnet sich ab, daß die Unionspar- teien über eine Verfeinerung der Ziel- richtung der staatlichen Wohneigen- tumsförderung sinnieren.

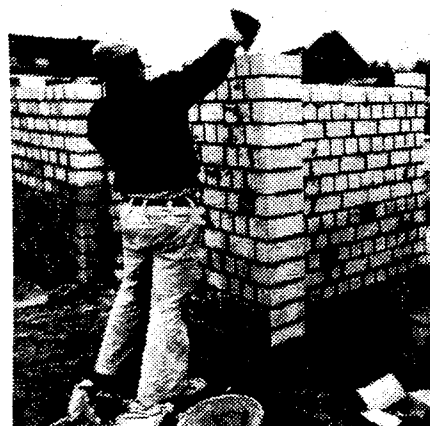
„Längerfristig wird vor allem im Eigenheimbereich eine Gewichtsver- lagerung hin zu mehr indirekter Un- terstützung angestrebt.“ Also, wie bereits durchgeführt, Kürzung der unabhängig vom Einkommen wirk- enden Prämien auf Bausparverträge, Schaffung neuer Möglichkeiten, Bauschulden „steuermindernd“ gel- tend zu machen. Die bereits jetzt vor allem „indirekt“ wirkende Förde- rung des Wohnungseigentums käme dann fast ausschließlich den besitzen- den Klassen und den obersten Rän- gen der Lohnabhängigen zugute. Der Tabelle ist zu entnehmen: Die Sum- me, die bei Erwerb eines Eigenheims in den folgenden Jahren weniger an Steuern zu zahlen ist und als Sparprä- mie, Zinsvergünstigung und ähnli- chem anfällt, war bei einem Jahres- einkommen von 150000 DM immer- hin sechsmal so hoch wie bei einem Jahreseinkommen von 32500 DM.

Diese bereits von den vorhergehen- den SPD/FDP-Regierungen geschaf- fene Förderung des Hausbesitzes zur eigenen Nutzung bei vermögenden Schichten soll in verstärktem Um- fang ergänzt werden durch die Förde- rung des Wohneigentums zwecks Vermietung als Anlage des in diesen

Schichten vorhandenen Vermögens. „Auch in Zukunft“, so Schneider, „sind steuerliche Anreize unverzicht- bar, um das dringend nötige Kapital für den Mietwohnungsbau zu mobili- sieren.“ Mit „Bauherren-Modell“ u.ä. sollen den Wohnvermögensbe- sitzern neben den Mieteinnahmen weiterhin beträchtliche Summen an nichtgezählten Steuern verbleiben.

Dagegen sind die Absichten im So- zialwohnungsbau anders. Das „Han- delsblatt“ zitiert: „Die „maßlos teu- re“ staatliche Objektförderung von Sozialwohnungen will Schneider in gewissem Umfang für besonders be- nachteiligte Wohnungssuchende bei- behalten. Allerdings müsse hier we- gen der Haushaltslage kostengünsti- ger gebaut werden.“ Das ist eindeu- tig: Steuersubvention für die Villen der Reichen, die Armen sollen in bil- ligen Löchern hausen!

Quellenhinweis: Bericht der Bundesregierung über das Zusammenwirken finanzwirksamer, wohnungspoliti- scher Instrumente, BT-Drucksache 9/1 708; Handels- blatt, 4./5.2.1983



CDU/CSU: weitere Steuererleichterungen für die Vermögensanlage im Wohnungsbau

Staatliche Wohnungsbaubsubventionen 1982

Empfängertyp (Jahreseinkommen)	Wohn- fläche in qm	Gesamt- kosten in DM	Steuerminderung usw.		
			in 15 J. in DM	DM/qm Wohnfl. 1.-5. J.	1.-15.
Bauherrenmodell Mehr- familienh. (150000 DM)	80	320000	120000	17,70	8,30
Zweifamilienhaus (150000 DM)	120	570000	180000	16,00	8,30
Zweifamilienhaus (75000 DM)	110	440000	100000	9,00	5,00
Einfamilienhaus (75000 DM)	130	445000	50000	5,20	2,10
Eigentumswohnung (75000 DM)	80	250000	25000	3,90	1,70
Einfamilienhaus „Selbsthilfe“ (32500 DM)	125	280000	30000	3,30	1,30
Sozialwohnungseigenheim (35000 DM)	120	266000	85000	6,80	4,00
Sozialwohnung, Mehrfamilienh.	80	200000	110000	11,30	7,70

Quelle: Bericht der Bundesregierung über das Zusammenwirken wohnungspolitischer Instrumente, BT-Drucksache 9/1 708

GEW Bayern: Arbeitszeitverkürzung

An mehreren Gymnasien wurden die Anträge der GEW auf Verkürzung der Arbeitszeit und Nicht-Übernahme von Mehrarbeit von den Personalversammlungen aufgenommen. Überstunden sollten nur noch auf ausdrückliche Dienstverpflichtung hin übernommen werden. Begründung u.a.: Seit 1973 liegt die durchschnittliche Lehrerarbeitszeit in Bayern bei 46,1 Std. in 47 Arbeitswochen. Seitdem sind die Anforderungen gestiegen. Ausfallender Unterricht wird zunehmend durch Mehrarbeit abgedeckt, wobei die CDU den Anteil der unentgeltlichen Arbeit von drei auf sechs Stunden erhöhen will.

Dienstrecht soll reformiert werden

Hannover. Die niedersächsische Landesregierung will die Reform des öffentlichen Dienstrechtes schnell vorantreiben, u.a. damit der öffentliche Dienst flexibel auf die Arbeitsmarktvhältnisse reagieren kann. Keineswegs soll ein einheitliches Dienstrecht geschaffen werden, das Arbeiter, Angestellte und Beamte gleichstellt. Dagegen: Möglichkeiten

81% der ÖTV-Mitglieder unter den zivilen Wachen der US-Armee in der Bundesrepublik stimmten in der Urabstimmung für Streik. Bei den vorhergehenden Verhandlungen hatte das Bundesfinanzministerium, das die Militärbehörden vertritt, alle Forderungen der ÖTV abgelehnt, die die Einführung der 40-Stunden-Woche und Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit verlangt. Die Stundenlöhne der über 2500 Wachen liegen bei acht DM. Das Bundesfinanzministerium hat jetzt für den 8.3. einen neuen Verhandlungstermin angeboten.

zur Herabsetzung der Eingangsstufen und von Arbeitszeitverkürzung sollen geschaffen werden. Das bestehende Beamtenrecht behindere die Einführung von Teilzeitarbeit. Also sei es hier zu ändern, gleichzeitig sollten mehr Beamtenarbeitsplätze mit Angestellten und Arbeitern besetzt werden, da deren Tarifverträge Teilzeitarbeit leichter ermöglichen, z.B. Dreiviertelstellen. Beamte sollten nur noch Beschäftigte mit lebenswichtigen Aufgaben für den Staat werden, darunter die Lehrer und in Bereichen wie Energie- und Wasserversorgung.



„Berlin muß deutsch bleiben“

Westberlin. Heinrich Lummer, Innensenator von Westberlin, auf seiner Pressekonferenz anlässlich der Vorlage des Ausländerberichts – die Worte sprechen für sich: „Berlin hat unter allen deutschen Städten die größte Bedeutung bei der Wiedervereinigung Deutschlands. Sie muß Bewahrer und Propagandist dieses gesamtdeutschen Willens sein. Deshalb ist eine Überfremdung gerade dieser Stadt unbedingt zu verhindern. Dieses Ziel ist von nationaler Bedeutung ... Es muß jeden Deutschen mit Schmerz und Trauer berühren, wenn im freien Teil Berlins ein Stadtteil (gemeint ist Kreuzberg, d. Red.), der an der gemauerten Grenze zum unfreien Deutschland liegt, von Ausländern majorisiert wird. Damit muß Schluß gemacht werden. Ich verstehe unseren Ausländererlaß als Schritt in diese Richtung, erste Erfolge zeitigt er bereits. Wir werden diesen Weg weiter gehen. Berlin muß deutsch bleiben.“

Prozeß gegen Gorleben-Demonstranten

Braunschweig. Gegen zwei ist das Strafverfahren vor dem Landgericht in Lüneburg eröffnet worden. Begründung laut Staatsanwaltschaft: „Der Vorfall hat auch deswegen besondere regionale Bedeutung, weil es sich um die erste Kundgebung im Raum Gorleben handelt, bei der es zu massiven gewalttätigen Ausschreitungen gekommen ist ...“ Gorleben als Denkmal der Gewaltlosigkeit ins Wanken geraten – da

mußte durchgegriffen werden! 100000 1979 in Hannover friedlich gegen die Wiederaufbereitungsanlage (WAA); ... brecht posant, daß diese Demonstration friedlich die WAA verhindert habe – drei Jahre später gibt er ein paar Kilometer weiter Dragahn als WAA-Standort bekannt! Wenn das keine Verhöhnung ist? Wen wundern da Steine? Die Spaltung zwischen Gewaltfreien und Gewalttätigen ist nicht nötig. Aus einem Flugblatt: „Eine wichtige Voraussetzung (für den Ausbau der Atomenergie) ist die Diffamierung und Kriminalisierung des Widerstands ... Dabei ist es völlig egal, ob auf parlamentarischem Wege, mit Blockaden oder einem Stein in der Hand Widerstand geleistet wird.“ Der erste Landgerichts-Prozeß endete mit Freispruch.

Steuerformel an Inflationsrate anpassen!

Ehingen. Am 24.1.83 verabschiedeten Vertrauensleute und IGM-Mitglieder von Liebherr einen offenen Brief an die Bundesregierung/Fraktionen und Wahlkreiskandidaten Ulm/Alb-Donau, in dem der starke Anstieg der Lohnsteuer kritisiert wird; es sei höchste Zeit, „eine Steuerreform durchzuführen, die uns eine spürbare und dauerhafte Entlastung bringt.“ Es wird auf die durch die Inflation bedingten Steuermehreinnahmen von jährlich 6 Mrd. DM hingewiesen und gefordert: „... es soll gesetzlich festgelegt werden, daß die Steuerformel regelmäßig an die Inflationsrate angepaßt wird“ (und) „der Beschluß für die geplante Mehrwertsteuererhöhung zurückgenommen werden sollte“.



Die Lehrer in Quebec haben beschlossen, weiterzustreiken. Ihr Streik richtet sich gegen die 20%ige Gehaltskürzung durch die Provinzregierung. Die anderen Abteilungen der öffentlichen Dienste, die sich zunächst dem Streik angeschlossen hatten, vor allem das nichtärztliche Personal der Krankenhäuser, hatten den Streik beendet, nachdem das Kabinett für Löhne und Gehälter unter 22372 Dollar (das sind im Monat etwa 3700 DM) eine Rücknahme der Kürzung beschlossen hatte. Gegen die weiterstreikenden Lehrer hatte das Kabinett ein Notstandsgesetz verabschiedet, wonach alle Streikenden entlassen werden können und ihnen für jeden Streiktag drei Jahre Rentenanwartschaft aberkannt werden. Dennoch haben 85% der 60000 gewerkschaftlich organisierten Lehrer die Weiterführung des Streiks beschlossen. Es besteht eine Einheit des Kampfes der Lehrer an französischsprachigen und englischen Schulen.

Betriebsrat Graubremse Heidelberg setzt günstigen Sozialplan durch

Heidelberg. Nach vier Monaten Verhandlungen wurde am 20.1. zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat ein Interessenausgleich-Sozialplan für 1983 gemäß §§ 111/112 Betriebsverfassungsgesetz (BVG) abgeschlossen. Seit Februar 1981 muß etwa die Hälfte der Belegschaft im Hauptwerk Heidelberg kurzarbeiten, zum Teil zwei Tage pro Woche. Von rund 100 Beschäftigten im Zweigwerk Regensburg wurden letztes Jahr über 70 im Rahmen eines Sozialplanes entlassen. Gegenüber 1979 mit 930 Beschäftigten wurde die Gesamtbelegschaft bis Anfang 1983 auf 680 gedrückt. Im Herbst 1982 kündigten die Kapitalisten dann nochmals 102 Entlassungen an, 85 in Heidelberg und dem Zweigwerk Hockenheim, 17 in den drei Niederlassungen.

Grau begründete seine Maßnahmen mit „25% Umsatzrückgang“ gegenüber 1979. Damals hatte er mit 82 Mio. DM sein „Rekordumsatzjahr“ zu verzeichnen, gegen den Willen des Betriebsrates noch etwa 80 Neueinstellungen getätigt und Überstunden bzw. Sonderschichten fahren lassen. Jetzt klagt er über „gravierenden Absatzmangel bei den Großkunden KHD/IVECO bzw. MAN“, die auch Kurzarbeit bzw. Entlassungen vornehmen.

Betriebsrat, IG Metall und Vertrauenskörper gingen in die Verhandlungen mit dem Ziel, die Zahl der Kündigungen möglichst gering zu halten bzw. hinauszuzögern und im übrigen den Kapitalisten den Sozialplan so teuer wie es nur geht zu machen. Allgemein ist bei „geplanten Betriebsänderungen“ (Stillegungen, Einschränkungen, völlig neue Fertigungsgrundsätze usw.) ein Interessenausgleich nach § 111 BVG rechtlich nicht durchsetzbar. Ein Sozialplan nach § 112 kann dagegen als Betriebsvereinbarung auch eingeklagt werden. Bis 1972 nach dem alten BVG war nicht einmal das der Fall.

Beim Interessenausgleich (auch Versetzungen, Umschulungen etc.) hat der Betriebsrat laut BVG nur Anhörungs-, beim Sozialplan Mitbestimmungsrecht. Letzterer muß nach der Rechtsprechung bei Massenentlassungen von mehr als 5% der Belegschaft zugestanden werden, wenn ein Betriebsrat da ist. Konkret regelt § 112 gar nichts.

Betriebsrat und IG Metall kamen Grau zuvor und verhandelten nur über eigene bereits formulierte Forderungen bzw. Texte. Vertrauenskörper und Belegschaft wurden einbezogen, z.B. über drei Infos der Vertrauensleute.

Laut Sozialplan muß Grau z.B. 1983 Ausscheidenden anteilmäßig Weihnachtsgeld zahlen, während dafür laut Tarifvertrag Beschäftigung bis 30.11. erforderlich ist. Für zwischen fünf und neun Jahren Beschäftigte (noch keine Betriebsrente) wird ein zusätzlicher Härtefond von 50000 DM bis 31.1. 1984 zur Auszahlung gebracht. Schwerbehinderte bekommen zusätzlich 1500 DM, falls die Hauptfürsorgestelle Grau deren Kündigung trotz Widerspruchs des Betriebsrates genehmigt. Grundsätzlich muß bei Versetzungen der Effektivlohn weitergezahlt werden, auch beim Wechsel von Akkord in den Zeitlohn in derselben Lohngruppe.

Ab 20 Uhr angefallene Schichtzuschläge sind auch bei Umsetzung in Normalarbeit weiter zu zahlen. Umzugskosten, z.B. von Heidelberg nach Hockenheim, muß Grau tragen. Auf eigenen Wunsch Ausscheidende haben Anspruch auf 100% des Sozialplanes. Dafür kommt ein anderer von der Kündigungsliste.

Für die eigentlichen Abfindungen gilt die Formel: Grundbetrag von 1000 DM + Steigerungsbetrag ($\text{Alter} \times \text{Betriebszugehörigkeitsjahre} \times 2500 \text{ DM}$ geteilt durch den Quotienten 82) + 150 DM pro Kind. Grau hatte u.a. beim Steigerungsbetrag (statt 2500 Festbetrag) wie üblich das persönliche Einkommen verlangt und als Quotienten 120 beantragt. Alles in allem wird die durchschnittliche Abfindungssumme nach Berechnungen des Betriebsrates ca. 11 500 DM betragen (bei 35 Jahren,



108 Graubremse-Beschäftigte beteiligen sich am 30.10.1982 an der DGB-Demonstration in Stuttgart.

7 Jahre im Betrieb). Grau Banken wollten von ihm endlich „Nägel mit Köpfen“ sehen.

Aus Zeitgründen mußte er dem Betriebsrat um einiges entgegenkommen. Gleichzeitig macht er sich „Liquiditätssorgen“. Von den 85 angekündigten Entlassungen hat er nur 65 auf eine vorläufige Liste gesetzt. Davon wurden bisher 48 offiziell zur Kündigung beim Betriebsrat beantragt. Dieser hat wiederum 27 davon widersprochen, weil die „sozialen Auswahlkriterien nicht eingehalten“ sind. Zum Teil wurden dafür bereits im Austausch „freiwillig Ausscheidende“ genannt, die nun stattdessen unter den Sozialplan fallen.

Im Info des Vertrauenskörpers hat der Betriebsrat allen, die trotz Widerspruch gekündigt werden, zur Klage geraten und Rechtsschutz zugesagt. Eine gesonderte 59er-Regelung mit ca. 75% Ausgleich bis zum vollen Nettolohn bis zur Rente steht kurz vor dem Abschluß. Letzten Endes können so die echten Zwangs-Kündigungen auf maximal 20 reduziert werden.

Einzelhandel

Mehr als „Inflationsausgleich“ nötig

München. Noch im November 1982 bezifferte Kollege Jürgensen vom Hauptvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen auf der Ortsdelegiertenversammlung in München den bisherigen Lohnverlust auf 10%, verursacht durch Inflation und staatliche sowie kommunale Mehrbelastungen. Er bekämpfte die Notwendigkeit, gegen Regierung und Kapital vorzugehen. In der seither in der HBV-Zeitung „ausblick“ geführten Debatte wird leider nur noch vom notwendigen Ausgleich der Preissteigerungen gesprochen.

Die Tarife im bayerischen Großhandel sind bereits gekündigt, die Forderung liegt bei 6,5%. Im Einzelhandel laufen die Tarifverträge zum 30. April aus. Im Gespräch ist die Forderung nach einem „Inflationsausgleich“ wie bei Metall, der für 1983 auf 4,5% geschätzt wird. Auf das Durchschnittsgehalt einer Verkäuferin in Tarifgruppe II (hier sind nach Angaben der Gewerkschaft rund 60% der Beschäftigten konzentriert) wären das brutto 79 DM, wobei in der Regel gerade in diesem Bereich nur der nackte Tarif von durchschnittlich 1761 DM plus der Sparrzulage von 26 DM gezahlt wird.

Die Kapitalisten nutzen gegenwärtig die zum Teil erheblichen Umsatzrückgänge im Einzelhandel, um einerseits moralisch auf die Belegschaften gehörigen Druck zu machen, auf der anderen Seite sind sie seit knapp eineinhalb

Jahren neben verschärften Rationalisierungen und Entlassungen (durchschnittlich - 14,2%) vor allem bei den großen Konzernen zu direkten Lohnsenkungen übergegangen: Erhöhung der Kantinenpreise, Einschränkung der betrieblichen Altersversorgung (Karstadt, Kaufhof, Hertie), Kürzung des Weihnachtsgeldes um knapp 120 DM (Kaufhof), Kürzung des Personalrabattes (Hertie von 15 auf 10%). Zusätzlich wurden bei Kaufhof rund 1000 Restaurant-Beschäftigte aus dem Einzelhandel aus- und in den Gaststättenbereich eingegliedert, wodurch erhebliche Verschlechterung im Lohn wie beim Manteltarif entstanden.

Nachdem zwischenzeitlich eine „gesicherte“ oder zumindest „passable“ Ertragslage erzielt ist, spekulieren die Kapitalisten für den kommenden Tarif-

kampf auf eine soweit gediehene Demoralisierung der Belegschaften, daß sie die HBV auf Lohnsenkungskurs zwingen können. Conzen, Präsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE), hatte im Oktober eine Lohnpause à la Blüm gefordert. Darum ist es bekanntlich stiller geworden, aber der Ruf, die Gewerkschaft müsse endlich die miserable Lage des Einzelhandels berücksichtigen, ist unüberhörbar. Dabei ist es interessant zu wissen, daß in diesem „notleidenden“ Metier dort die höchsten Vorstandsgehälter gezahlt werden, wo am meisten auf den Beschäftigten herumgetrampelt wird: bei Horten ein Jahreslöhner von 875 556 DM, bei Kaufhof 613 602 DM, bei Karstadt 611 602 DM. Nachgeben beim Lohn muß also keineswegs sein.

DM aus dem Kommunalhaushalt gefördertes Hochregallager.

Es liegt am Tage, daß die geplante Investition auf der Insel Grün eine reine Rationalisierungsinvestition ist, die an den anderen Standorten mehr Arbeitsplätze vernichtet, als sie in Germersheim schafft. Dort sollen 1000 Stellen im Lager und 500 in der Plastikteileproduktion entstehen. Sollte das Plastikteilewerk gebaut werden, wird dies das sichere Ende manchen mittelständischen Zulieferbetriebes bedeuten; denn die meisten Plastikteile bezieht Daimler Benz bisher von Fremdfirmen.

All diese Tatsachen hindern die rheinland-pfälzische Landesregierung keineswegs, in höchsten Jubel auszubringen über „eine der wichtigsten Industrieansiedlungen in Rheinland-Pfalz“, und sie läßt entsprechend Gelder fließen: 20 Mio. DM will das Land für Infrastrukturinvestitionen im Rahmen dieses Projektes zahlen, weitere 5 Mio. DM der Landkreis Germersheim. „Die Flächen sind hochwassergefährdet“, schreibt der Mannheimer Morgen, „das Gelände muß durchschnittlich um einen halben Meter aufgeschüttet werden. Eine kostspielige Angelegenheit, die Daimler Benz allerdings weniger berührt. Land, Landkreis und Gemeinde haben sich verpflichtet, die umfangreichen Strukturmaßnahmen finanziell zu bewältigen.“

Zum größten Brocken hat sich dabei die Stadt Germersheim verpflichtet. Sie zahlt insgesamt 33 Mio. DM „Beihilfe“ zu den eigentlichen Investitionen (die zu BP-Zeiten auf der Insel getätigten Infrastrukturmaßnahmen sind hier nicht mitgerechnet). Begründung für diese beträchtliche kommunale Wirtschaftshilfe: Daimler Benz hätte sonst in dem 14 km entfernt gelegenen Ort Landau-Offenbach gebaut. Der

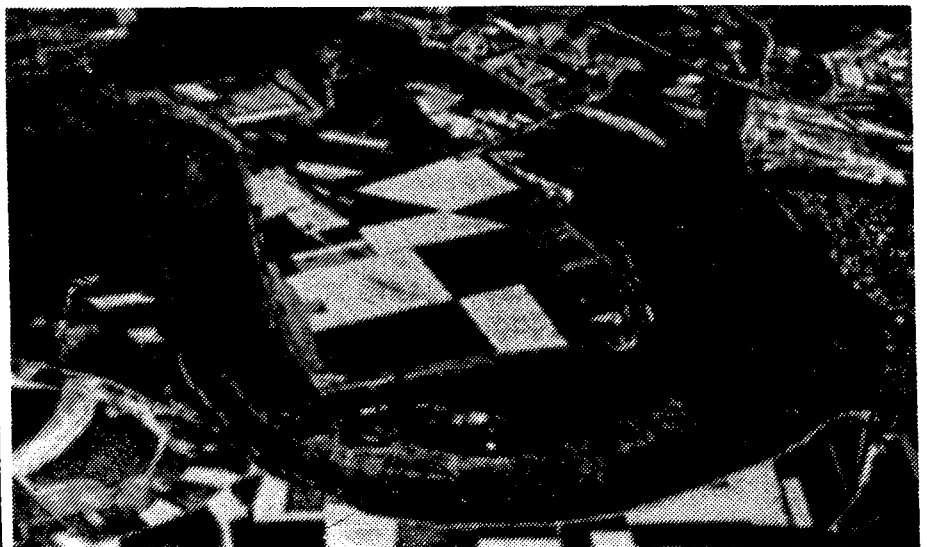
Rheinland-Pfalz

Industrieansiedlungspolitik der Landesregierung: 58 Mio. für Daimler-Benz

Germersheim. Nach langwährenden Anstrengungen ist es der rheinland-pfälzischen Landesregierung im Januar geglückt, einen „notleidenden“ westdeutschen Konzern, die Daimler-Benz-AG, mit mehreren Millionen DM zu beschenken. Es geht um das größte zusammenhängende Industriegebiet im Oberrheingraben, die derzeit noch rein landwirtschaftlich genutzte „Insel Grün“, ein 180 ha großes Gelände zwischen Rhein und einer Altrheinschleife (Bild).

Das Grundstück bekommt der Konzern für 26 Mio. DM von der Stadt Germersheim, auf deren Gemarkung es liegt. Diese Gemeinde hatte das ursprünglich in ihrem Eigentum befindliche Grundstück eigens zu dieser Transaktion von der Deutschen BP rückgekauft, als klar war, daß Daimler Benz geruhte, hier seine zwölfte bundesdeutsche Werksniederlassung zu gründen. Die Daimler-Benz-Kapitalisten sahen offensichtlich einen Vorteil darin, das Areal nicht direkt bei dem Ölmonopol zu kaufen, sondern bei dem absolut selbstlosen kommunalen Makler, der es zum Einkaufspreis veräußerte. Seit 1980 hatte Germersheim das Rückkaufrecht, und seit eben diesem Zeitpunkt interessierte sich Daimler Benz für die Insel. Zunächst gab es jedoch Schwierigkeiten, da die Stadt Germersheim von Daimler Benz eine verbindliche Zusage verlangte, daß dort wirklich „Arbeitsplätze geschaffen“ würden, Daimler Benz sich aber absolut freie Hand vorbehielt. Ob jetzt eine solche Zusage gegeben wurde, darüber verlautete nichts. Lediglich „Pläne“ wurden bekannt gegeben:

Daimler Benz wird auf der Insel ein zentrales Ersatzteillager für den gesamten PKW- und Nutzfahrzeugsektor errichten, über das auch der ganze Versand abgewickelt werden soll. Ferner soll – eventuell – die Plastikteilefertigung auf der Insel zentralisiert werden. Beides zusammen soll Investitionen von ca. einer halben Mrd. DM ergeben und 90 ha Grund erfordern. Die restlichen 90 ha sollen eine „strategische Reserve“ bilden. Bemerkenswert ist, daß sowohl im PKW-Werk Sindelfingen als auch im LKW-Werk Würth große Ersatzteillager bestehen. In Würth ist das Hochregallager ganze zwei Jahre alt; auch im Omnibuswerk Mannheim steht ein neues, mit 7 Mio.



Das an Daimler-Benz übergebene 180-ha-Gelände, auf dem u.a. ein zentrales Lager entstehen soll, liegt 25 km vom LKW-Werk Würth entfernt. Auch nach Sindelfingen ist es nicht weit.

gehört zum Förderungsgebiet „Gemeinschaftsaufgaben Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, wozu der Kreis Germersheim nicht gehört. Dies aufgrund der Tatsache, daß es dem Lande Rheinland-Pfalz bereits Anfang der 60er Jahre gelungen war, Daimler Benz mit Europas größtem LKW-Werk ins Kreisgebiet zu locken u.a. durch Errichtung eines Rheinhafens für 15 Mio. DM und Erschließung eines über 300 ha großen Industriegebietes.

In der Zeitschrift „der arbeitgeber“ bot die Landesregierung im Sommer 1982 den Kapitalisten ihre weitere Dienstbarkeit an, nicht ohne sich gleichzeitig vom Vorwurf anrühiger „Subventionspolitik“ freizumachen: „Die erfolgreiche Industrieansiedlung im Landkreis Germersheim, insbesondere in Wörth, verdeutlicht, daß für unternehmerische Entscheidungen in erster Linie allgemeine Standortvorteile, ferner die Vorhaltung und der Ausbau der wirtschaftlichen Infrastruktur durch den Staat als Träger der Wirtschaftspolitik sowie das Vorhandensein qualifizierter Arbeitskräfte ausschlaggebend sind. Liegen diese besonders günstigen Voraussetzungen vor, so kann in der Regel auf direkte Subventionen an einzelne Unternehmen verzichtet werden.“

Quellenhinweis: Mannheimer Morgen, Rheinpfalz, div. Ausgaben; der arbeitgeber 13/82.

Druckindustrie Forderungslage für den Drucktarif

Würzburg. Im Bereich Bayern und Baden-Württemberg haben Mitgliederversammlungen der IG Drupa Forderungsempfehlungen für den Lohntarif Druck zwischen 6,5% und 7,5% beschlossen. Andere fordern lediglich die Preissteigerungsrate von 4,5%. Reine Prozentforderungen sind beherrschend, der Ortsverein Stuttgart bildet mit einer Mindestforderung von 120 DM eine Ausnahme.

Selbst wenn 7,5% von der zentralen Tariff Kommission gefordert werden, wird nicht damit abgeschlossen. Vielmehr ist zu befürchten, daß brutto unter der Inflationsrate abgeschlossen wird. Gehandelt wird 3,5%. Netto käme bei 3,5% für die Steuerklasse I bzw. IV ohne Kinder ca. 30 DM für die niedrigste Hilfsarbeiterlohngruppe (LG I) heraus, ebenso für den Facharbeiter (siehe Tabelle).

Das deckt natürlich weder die Preissteigerung für die Lebensmittel von mindestens 4,5%, noch die Mieterhöhung durch die neuen Gesetze, noch die zusätzlichen Kosten bei Krankheit und Kur. Nur bekommt der Hilfsarbei-

ter in Lohngruppe III die 30 DM auf einen Nettolohn von 1481 DM, während der Facharbeiter sie auf einen Nettolohn von mindestens 1823 DM und der Maschinensetzer sie auf 2080 DM gezahlt bekommt.

Kurz, der Hilfsarbeiter kann diese Verluste mit nichts mehr ausgleichen, sondern es geht ans Existenzielle. Eine Mindestforderung von 125 DM (Umrechnung der 7,5%-Forderung auf die niedrigste Gruppe der Hilfsarbeiter), unter der nicht abgeschlossen wird bzw. für die gestreikt wird, wäre deshalb wirklich nötig.

Immerhin sind 48% der Arbeiter in der Druckindustrie in der BRD Hilfsarbeiter, ca. 59600 von den 124144 Arbeitern gesamt. Eine reine Prozentforderung selbst von 7,5% berücksichtigt

Nettoerträge bei 7,5%, 3,5% und 125 DM Steuerklasse I/IV (0 K.)

Lohn- gruppe	Netto- lohn	7,5%	
		absol.	%
LG I	1331,37	70,25	5,3%
LG III	1481,56	72,44	4,9%
Fachar.	1823,72	72,05	4,0%

	3,5%		125 DM	
	absol.	%	absol.	%
LG I	30,05	2,3%	71,10	5,3%
LG III	31,33	2,1%	63,96	4,3%
Fachar.	29,93	1,6%	50,20	2,8%

Selbst bei 7,5% liegt der Nettoertrag für den Facharbeiter unter der Inflationsrate.

deshalb die Reallohnlage von fast der Hälfte der in der gewerblichen Druckbranche Tätigen kaum. Nützlich könnte für den weiteren Verlauf der Tarifverhandlungen sein, daß von Abteilungen und Betrieben auch nach der Aufstellung der Forderung durch die Tariffkommission Mindestbeträge genannt werden, für die man streiken will.

Seehäfen Ein Lohnraubabschluß — kampflos eingesteckt

Hamburg. Am 28.1.1983 wurde von den Kapitalisten ein 2,25%-Abschluß erreicht, bei einer um drei Monate verkürzten Laufzeit. Ab 1.10.1983 wird ein neuer Tarif abgeschlossen. Für die ersten drei Monate haben die Seehafenkapitalisten bereits jetzt zugesichert, mindestens 3% Lohnerhöhung zu zahlen. Rechnerisch kommt die ÖTV so auf eine durchschnittliche Lohnerhöhung für 1983 von 3%.

Das erste Angebot der Kapitalisten war: Lohnpause für drei Monate, und dann 2,1% für zwölf Monate. Von der ÖTV Abteilung Seehäfen wurden daraufhin die Verhandlungen nicht abgebrochen und keine Kampfmaßnahmen eingeleitet, sondern es wurde auf weitere Verhandlungen orientiert. Ein Wegrutschen von der Ausgangsforderung der ÖTV war schon deshalb gar nicht zu verhindern, weil nur „Reallohnsicherung“ beschlossen war, ohne dies in Zahlen auszudrücken.

Die ÖTV sagt, mehr wäre nicht drin, weil jetzt auch der Hafenarbeiter von Entlassungen wegen Arbeitsmangel bedroht sei. Hintenrum hört man auch, daß der Spielraum der Hafenarbeiter so klein geworden sei, daß sie der Konkurrenz von Antwerpen und Rotterdam nicht standhalten könnten. Also, man wird den Eindruck nicht los, daß dieser Lohnabschluß einen Versuch darstellt, gemeinsam mit den Kapitalisten die Konkurrenzfähigkeit der Seehäfen zu steigern.

Und in der Tat nutzen die großen Universalhäfen Hamburg und Bremen diesen Lohnraubabschluß in diese Richtung. Wie am 17.2.1983 berichtet, werden die Kai-Tarifsätze dieses Jahr nicht erhöht. D. h. sie werden im Vergleich zu allen Häfen, die erhöhen, gesenkt. Das soll Ladung nach Hamburg und Bremen ziehen. Das soll den Hafenkapitalisten den Profit erhöhen.

Wir haben vor dem Abschluß in unserer Betriebszeitung geschrieben: „Geht dieser Abschluß durch, so werden die Kapitalisten frech.“ Das ist schneller gegangen, als wir gedacht haben. Auf Betriebsversammlungen des Gesamthafenbetriebs (GHB) Hamburg am 15./16.17.2.1983 wurde von der Geschäftsleitung die Absicht vorgetragen, „echte Kurzarbeit“ einzuführen. D.h. jeweils 100 Kollegen müssen einen Monat zu Hause bleiben und erhalten dann vom Arbeitsamt 68% des Nettolohns und 12% des Nettolohns zusätzlich vom GHB. Das bedeutet nach dem schlechten Lohnabschluß jetzt zusätzlich 300 DM bis 400 DM Lohnverlust für einen Monat im Jahr 1983.

Der Betriebsrat war mit dieser Regelung einverstanden, weil er damit die drohende Kündigung für 200 Gesamthafenarbeiter in Hamburg erstmal vom Tisch hat. Der Vorstand des Gesamthafenbetriebs — ein von ÖTV und Unternehmensverband Hafen Hamburg paritätisch besetzter Vorstand — hat bei dieser Kurzarbeitsregelung versichert, daß bis Ende 1983 keine Entlassungen wegen Arbeitsmangel getätigt werden.

Es gab Vertreter im Unternehmensverband, die wollten rücksichtslos rausschmeißen und gegebenenfalls fehlende Arbeitskräfte wieder wie früher auf dem wilden Markt holen. Diese Pläne sind erstmal gestoppt.

Berufsschulneubau

Über 1000 Schüler demonstrierten für den sofortigen Baubeginn

Flensburg. Seit Jahren fordern Schüler, Lehrer und Eltern den Neubau des Berufsschulzentrums. Anfang des Schuljahres 1978/1979 stiegen die Schülerzahlen so an, daß viele Klassen nicht unterrichtet werden konnten und auf Wanderung geschickt wurden. In jeden verfügbaren Raum wurde dann eine Klasse eingesteckt (Labor, Küchen, Garderoben usw.). Das Hauptgebäude wurde 1957 für 3500 Teilzeitschüler fertiggestellt. 1982 besuchten 3800 Teilzeitschüler und 900 Vollzeitschüler die Schule, umgerechnet ergibt dies 9000 „Teilzeitschüler“, also eine Steigerung um 257%. Diese Steigerung konnte nur durch Einrichtung von Außenstellen aufgefangen werden, heute sind es noch 19 über die ganze Stadt verteilt. Diesen Klassen ist die Nutzung der Werkstätten und Labors kaum möglich. Von den 400 Sollstunden laut Lehrplan in Werkstätten, Labors, Übungs- und Sonderräumen werden nur 249 Stunden im Teilzeitbereich erteilt, dies sind 62%. D.h. mindestens ein Drittel der Berufsschulklassen erhält überhaupt keine fachpraktische Unterweisung.

Das Gesundheitsamt hat festgestellt, daß „ein zufriedenstellender Unterrichtsbetrieb in vielen Räumen der gewerblichen Berufsschule nicht gesichert ist“, und hält deshalb den Neubau für erforderlich. Das Hauptgebäude liegt an einer stark befahrenen Straße, so daß die Lärmbelastung groß ist und die Fenster geschlossen bleiben müssen, was die Luftqualität verschlechtert.

Aufgrund dieser katastrophalen Situation wurde Ende 1978 in einer Unterschriftensammlung gefordert: „Unverzügliche Bereitstellung der Planungs- und Baukosten im Haushalt 1979!“ Von der Stadt wurde seit 1970 an einem Berufsschulzentrum herumgeplant. Auf einen offenen Brief antwortete die Landesregierung am 20.12. 1978: „... die vom Land Schleswig-Holstein für diese Baumaßnahme zu leistenden Zuschüsse stehen bereit. Die Stadt Flensburg muß ... die Baumaßnahmen zügig betreiben.“ Anfang 1979 beschloß die Ratsversammlung einstimmig, das Berufsschulzentrum gemeinsam mit dem Neubau der Realschule West auf dem gleichen Gelände zu bauen. Der Neubau der Realschule war notwendig, weil das Gebäude neben dem Gericht dem Innenministerium zum Ausbau des Gerichts überlassen wurde. Das alte Schulgebäude wurde im November letzten Jahres abgeris-

sen, und das Gelände wird die nächsten Jahre als Parkplatz dienen, weil das Land im Augenblick kein Geld für den Ausbau des Gerichts hat.

Der Beschluß der Ratsfraktionen sah aber nicht, wie eigentlich erwartet, vor, beide Schulen gleichzeitig zu bauen, sondern erst die Realschule, die letzten Sommer fertiggestellt wurde. Jetzt hätte eigentlich nach jahrelanger Hinauszögerung mit dem Bau des Berufs-



Kundgebung der Berufsschüler vor dem Rathaus am 27.1.

schulzentrums begonnen werden sollen. Der Magistrat beschloß aber die Umplanung des ersten Bauabschnittes, um zunächst Raum für die über die ganze Stadt verteilten Außenstellen zu schaffen. Bloß dies war schon immer Zweck des geforderten Neubaus, besonders des ersten Bauabschnitts. Der Magistratsbeschluß diente auch mehr dazu, die jahrelange Hinauszögerung des Baubeginns zu verschleiern. Die Zuschüsse vom Land standen seit 1978 bereit, und das Land hat seinen Anteil von anfänglich 30% auf 35% und letztes Jahr auf 40% erhöht. Deshalb richten sich die Aktionen und der Protest in erster Linie gegen die Stadt, denn sie ist als Schulträger laut Schulgesetz dafür verantwortlich, „Schulgebäude und -anlagen örtlich zu planen und zu bauen“ (§ 50 Abs. 1). Es wurden vom Schülerrat über 2000 Unterschriften für den sofortigen Baubeginn gesammelt, die der Stadtpräsidentin Groß am 14.12. mit einem „Grundstein“ für den Neubau übergeben wurden.

Im Dezember beschloß die SPD-Ratsfraktion eine Erklärung, in der unter Punkt drei Festlegungen über die

Finanzierung getroffen wurden. Demnach sollte das Land 50 bis 60% und der Bund 20 bis 30% (aus Zonenrandförderungsmitteln) tragen, dies hätte minimale Beteiligung der Stadt mit 10% bedeutet. Dies wären drei bis vier Millionen DM für den ersten Bauabschnitt, die Kostenschätzungen schwanken zwischen 30 und 40 Millionen. Die SPD mußte feststellen, daß damit keine Lorbeeren zu ernten waren und hat dann Mitte Januar einen Zehn-Millionen-Anteil für den ersten Bauabschnitt beantragt. Am 27.1. zogen dann während der Unterrichtszeit über 1000 Schüler vor das Rathaus und errichteten vor dem Eingang eine übermannshohe Mauer aus 1000 Bausteinen. Am gleichen Nachmittag fand ei-

ne Sitzung des Bauausschusses mit Vertretern des Kultusministeriums statt.

Durch diese und andere Aktionen der Schüler, durch die Unterstützung der Gewerkschaften und z.B. der Kreiselternebeiräte für Grund-, Haupt- und Sonderschulen und durch das Auftreten auf fast jeder größeren Wahlveranstaltung wurden die bürgerlichen Parteien zum Handeln gezwungen.

Die Landesregierung hat zugesichert, für den Baubeginn dieses Jahr eine Million DM zur Verfügung zu stellen, und das Kultusministerium will einen über das übliche Maß hinausgehenden Landeszuschuß bewilligen. Der Baubeginn des ersten Bauabschnitts scheint im Augenblick durchgesetzt, die Realisierung und Finanzierung des gesamten Neubaus des Berufsschulzentrums (Gesamtkosten 120 bis 140 Mio. DM in fünf bis sechs Bauabschnitten) bleibt aber noch unklar. Der Schülerrat fordert aber den vollständigen Bau des Berufsschulzentrums, um für alle Schüler eine ausreichend qualifizierte Ausbildung zu gewährleisten.

CDU-Schulpolitik in Schleswig-Holstein

Das schleswig-holsteinische CDU-Kultusministerium will jetzt den Schülern nationales und christliches Denken mit Gewalt einpauken. Mit Beginn des Schuljahres 1983/84 gelten neue Lehrpläne, nach denen in den Grundschulen mindestens acht Gedichte auswendig gelernt werden müssen und im Musikunterricht sind zwölf „erhaltenswerte deutsche Volkslieder“ vorgeschrieben. Acht Lieder sind Pflicht, vor allem das Deutschlandlied und das Schleswig-Holstein-Lied, worin es u.a. heißt:

„Schleswig-Holstein meerumschlungen, deutscher Sitte hohe Wacht, wahre treu, was schwer erungen, bis ein schöner Morgen tagt! Schleswig-Holstein, stammverwandt, wanke nicht mein Vaterland!“ Desweiteren „Alle Vögel sind schon da“, „Auf, Du junger Wandersmann“ und „Ihr Kinderlein kommet“.

An den Hauptschulen soll der Geschichtsunterricht so verändert werden, daß in der neunten Klasse nur Geschichte seit 1945 gelehrt wird, denn es sei „seit der Gründung der Bundesrepublik schließlich schon mehr Zeit vergangen, als die ‚Weimarer Republik‘ und das anschließende ‚Dritte Reich‘ zusammen gedauert hätten.“

Im Fach Erdkunde der Hauptschule sollen die Lerninhalte wieder stärker „an geographische Räume gebunden werden“. Der Schüler müsse wissen, wo Elbe und Weichsel fließen und nicht nur, wie sich die Verhältnisse in Nicaragua darstellen, meinte CDU-Kultusminister Bendixen. Überhaupt soll der Unterricht an der Hauptschule „die Bedürfnisse der Schüler für eine praktische Lebensbewältigung“ berücksichtigen. Der Unterrichtsstoff soll „durch Üben und Wiederholen gesichert werden“.

Mit diesen Maßnahmen beginnt das Kultusministerium, seine gerade veröffentlichten Erziehungsziele durchzusetzen. Hierin wird festgelegt, wie die „Persönlichkeit“ des Schülers zu sein hat: „aufgeschlossen sein für Religion und Christentum; sich aktiv für den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat einsetzen; aufgeschlossen sein für die Grundlagen, ethischen Maßstäbe und die prägenden Kräfte der Geschichte, für die Eigenart, gegenwärtige Aufgaben und künftige Entwicklungen der engeren Heimat und des deutschen Volkes ...“

Westberlin FDP: Generalangriff gegen Belegschaften

Westberlin. Seit der Regierungsumbildung in Bonn im September letzten Jahres drängt die FDP-Fraktion im Westberliner Abgeordnetenhaus auf ein Koalitionsangebot von Seiten des Weizsäcker-Senats. Der hat bis zum 6. März die Ampeln auf Dauer gelb geschaltet und läßt derweil die FDP eine Reihe von Gesetzesinitiativen ausarbeiten, die sich offen gegen erkämpfte Rechte der Belegschaften in Industrie, Handel und Öffentlichem Dienst richten.

Im letzten Herbst bereits verlangte die FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus die volle Ausschöpfung der Ausnahmeregelung der Gewerbeordnung bezüglich des Verbots der Sonn- und Feiertagsarbeit. Der Senat solle darüber hinaus eine Westberliner Sonderregelung anstreben mit dem Ziel, im Vierschichtbetrieb kontinuierlich pro-



ÖTV-Streik 1974

duzieren zu lassen und mit den so erzielbaren höheren Profiten mehr Arbeiter anzulocken. Die besondere Rolle Westberlins kann schließlich nicht nur für chauvinistische Propaganda taugen, sondern stärker als bisher zum Pilotprojekt für Niedriglohn und Entrechtung der Arbeiterbevölkerung ausgebaut werden!

Der FDP-Abgeordnete Bähge, seines Zeichens Vorsitzender der gelben Gewerkschaft „Komba“ im Öffentlichen Dienst, hat nunmehr einen Entwurf zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für die FDP-Fraktion vorgelegt, der einen Frontalangriff auf die Belegschaften des Öffentlichen Dienstes darstellt.

Die Fraktion schlägt dort u.a. vor: Erstens die Anzahl der freigestellten

Personalräte soll reduziert werden. Es ist ja schließlich auch eine Zumutung, daß der Dienstherr auch noch Leute bezahlen soll, die sich die Belegschaften wählen, um sich ein Stück weit vor seinen Übergriffen zu schützen, oder?

Zweitens soll dann das Einigungsverfahren mit kürzeren Fristen versehen werden. Möglichst so, daß der überlastete Personalrat nicht mehr richtig nachkommt und Fristen versäumt, was wiederum auch zur Unterminierung seiner Position genutzt werden kann. Der Dienstherr soll sodann drittens Maßnahmen in Kraft setzen können, ohne daß der Personalrat zustimmt, wenn die Maßnahmen nur mit vorläufig umschrieben sind. Das setzt Fakten. Viertens sollen die Personalräte keinen Riegel mehr gegen Überstunden und Mehrarbeit vorschieben können. Hier muß die Freiheit des Dienstherrn sich in Zukunft voll entfalten können. Neben dem freien Diktat für die Zerschlagung der 40-Stundenwoche soll fünftens auch die Kündigung in Zukunft der Mitbestimmungspflicht entzogen werden. Seine Meinung dazu darf der Personalrat auch in Zukunft frei vortragen. Aber die Entscheidung soll allein beim Dienstherrn liegen. Und nicht genug damit, soll der Personalrat schließlich sechstens direkt positiv zustimmungspflichtig werden, sofern die Maßnahmen des Dienstherrn nicht gegen ein Gesetz, eine Tarifvertragsbestimmung, eine Verordnung oder einen Gerichtsbescheid verstoßen!

Die Begründung der FDPler sinngemäß: in Zeiten, in denen die Gelder in den Staatskassen knapper werden – für die Arbeiterbevölkerung, weil die Bourgeoisie für ihre Zwecke tiefer eingreift –, ist Demokratie zu teuer. Luxus. Die Freiheit muß dann uneingeschränkt dahin, wo sie programmatisch gesehen von der FDP auch hin muß: an die Seite von Eigentum und Macht.

Westdeutscher Rundfunk CDU-Angriffe auf den WDR

Düsseldorf. Da wurde der Vorwurf der Verschwendung erhoben – vom Rechnungshof gegen den WDR. Der WDR zahle zuviel Geld an zuviele Mitarbeiter. 20% der WDR-Angehörigen beziehen Gehälter zwischen 6000,00 und 13000,00 DM. Außerdem gebe der WDR zuviel Geld für Geräte aus, die dann bei den Redakteuren zu Hause stünden. Der Intendant von Sell soll sogar mehr kriegen als der Bundeskanzler. Der Rechnungshof zielte auf die Verminderung der Defizite von 72 Mio. DM ab, was nicht nur über die

geplante Gebührenerhöhung laufen soll, sondern auch über die Kürzung von Redakteursgehältern.

Die CDU-NRW erhob nun ein großes Geschrei: Verschwendungssucht und Vetternwirtschaft. Neben der Forderung nach Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit wurde v.a. die Forderung nach Ausgewogenheit im Sinne des § 4 des Staatsvertrages mit dem WDR erhoben. So lehnte denn die CDU-Fraktion im Landtag die geplante Gebührenerhöhung ab.

Vorsicht ist geboten, wo die CDU von Sparen redet, geht es ihr nicht um das Sparen. Sie stört nicht die Tatsache, daß von Sell (Intendant des WDR, SPD-Mitglied) ein so hohes Gehalt bezieht und sich nebenbei noch soviel wie möglich in die Taschen stopft. Was sie stört ist, daß es der falsche Mann mit dem falschen Parteibuch ist. Es geht ihr um die „Medienpolitik“. Schon lange ist der WDR, die größte Anstalt der ARD, der CDU ein Dorn im Auge. Da beklagte sich speziell der CDU-Oberbürgermeister des Ruhrgebietes über das schlechte Abschneiden des Reviers in der WDR-Regionalberichterstattung. Zimmermanns Staatssekretär sprach gar vom „roten Sender“ und Worms bedauerte, daß man auf das Programm des WDR erst immer im nachhinein einwirken könne. Er fordert im Wahlkampf „Fairness“ und keine „Hofberichterstattung der SPD“.

Diese Fairness soll hergestellt werden durch Zurechtrücken des Parteienproporz im Verwaltungsrat des WDR, der ja über den „öffentlich rechtlichen Charakter“ der Anstalt kontrolliert.

Sicher, Sympathie mit dem Freiherrn von Sell und seinen Geldschiebereien ist fehl am Platze, aber genauso falsch wäre es, das Spargeschrei der CDU für bare Münze zu nehmen. Ihr geht es einzig und allein darum, den WDR gleichzuschalten und zum Hausender der schwarzen Reaktion zu machen.

Asyl

Aktionseinheit gegen Abschiebung

Braunschweig. Seit über fünf Wochen kämpft eine Aktionseinheit in Braunschweig, bestehend aus über 20 Organisationen und Initiativen, u.a. Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, Falken, die Grünen, MLPD, Volksfront, BWK, DS, DKP, GIM und Deutsch-Türkischer Kulturverein, gegen die Abschiebung eines kurdischen Gewerkschafters.

Die Ausländerstelle hatte im Dezember den zweiten Asylantrag, ohne ihn

nach Zirndorf zum Bundesamt weiterzuleiten, selbst abgelehnt: „Eine Gefahr für das Leben Ihres Mandanten durch staatliche Maßnahmen ist ebenfalls nicht zu befürchten. Die geschilderten Mord- und Folterpraktiken versucht die (türkische) Regierung zu unterbinden und bedroht sie mit Strafe.“ Am 19.1. wurde der kurdische Asylbewerber in Abschiebehaft genommen, nachdem die Ausländerstelle die Versäumung seiner Ein-Wochen-Widerspruchsfrist durch Zustellung des Ablehnungsbescheides über Weihnachten mit Postzustellungsurkunde erreicht hatte. Bereits am 25.1. sollte der Kurde abgeschoben werden, was verhindert werden konnte. Die Aktionseinheit or-



Stand der Aktionseinheit in Braunschweig

ganisierte eine Demonstration mit ca. 200 Teilnehmern, zwei Kundgebungen vor und in der Ausländerstelle, die Übergabe von Unterschriften auf einer Ratssitzung usw. – über 13000 Flugblätter wurden dabei verteilt.

Die Bezirksvertreterversammlung der GEW und die IGM-Vertrauensleuteversammlung verabschiedeten Protestresolutionen, die sich insbesondere auch gegen jegliche Verschärfung des Asylrechts wandten.

Am 18.2. wird der Beschluß des Obergerichts Lüneburg bekannt. Es weist die Zustellungsart des Ablehnungsbescheides durch die Ausländerstelle zurück und entscheidet selbst: Asylgründe „unbeachtlich“. Der Beschluß ist gerichtlich nicht anfechtbar, so daß die Abschiebung tagtäglich droht.

Die Aktionseinheit hat weitere Aktionen dagegen geplant: u.a. eine Veranstaltung zum Ausländer- und Asylrecht Ende Februar/Anfang März. Die Wahlveranstaltungen der bürgerlichen Parteien werden für Proteste genutzt.

Kriegsdienstverweigerung 18 Monate Gefängnis für Totalverweigerer

Hildesheim. Mit 18 Monaten Gefängnis ohne Bewährung und Anrechnung von Arrest und U-Haft, also ca. zwei Jahren – für Fahnenflucht und Gehorsamsverweigerung – ahndete das Landgericht Hildesheim am 19.1.1983 in zweiter Instanz die Weigerung A.J. Hertels, weder Kriegsdienst noch „Ersatzdienst“ abzuleisten. Richter Fuest in erster Instanz zur Höhe des Strafmaßes: J. Hertels Ausführungen „strotzten vor Anarchie und Haß auf diesen Staat.“ Dieses Urteil dürfte von allen in letzter Zeit gegen „Totalverweigerer“ gefällten das härteste sein, obwohl die Staatsanwaltschaft beteuerte, bei Fahnenflucht (ca. 200 Fälle jährlich beim Landgericht Hildesheim) seien 18 Monate normal.

Seitdem Ende der 60er Jahre das Ausmaß der Verweigerungen sprunghaft anstieg – 1965: 3437 Anträge (davon 272 von Soldaten), 1969: 14374 Anträge (davon 2507 von Soldaten) 1980: 54341 Anträge –, schmiedet die Justiz die Grundlagen für die Unterdrückung der Kriegsdienstverweigerung. 1968 hatte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in einem Urteil gegen einen „Zeugen Jehovas“ bekräftigt, daß das „Grundrecht der Gewissensfreiheit nicht zur Verweigerung des zivilen Ersatzdienstes berechtigt.“ Zugleich wurde zwischen religiösen und politischen Verweigerern sortiert: Es seien zwar Strafen verboten, „die durch ihre Härte geeignet sind, die Persönlichkeit des Täters zu brechen ...“, aber im Einzelfall müsse zwischen der „Bedeutung der Tat für die Rechtsordnung“ und der „Stärke des Gewissensdrucks“ abgewogen werden. Die „Zeugen Jehovas“ leisten in der Regel ein freiwilliges 2½-jähriges Arbeitsverhältnis ab.

„Totalverweigerer“, von denen es zwischen 1977 und 1980 ca. 75 gab, lehnen „Ersatzdienst“ als Teil der Kriegsvorbereitungen ab. Ihre Persönlichkeit darf offensichtlich gebrochen werden: Mehrfachbestrafungen werden in einem Urteil des BVerfG bei wiederholter Gehorsamsverweigerung für zulässig erklärt, weil diese keine „einheitliche Tat“, sondern Verweigerung „einzelner Weisungen“ sei. Mehrfachbestrafung für J. Hertel dürfte nicht ausgeschlossen sein, da dieser sich keinem Gewissensprüfungsverfahren unterzieht, und so ein „Gewissensentscheid als bindendes Glied“ der Gehorsamsverweigerung entfällt. Entsprechend haben seine Dienstvorsetzten erklärt, daß J. Hertel aus der Bundeswehr nicht entlassen würde.

Büroheimarbeit an Terminals nimmt zu. CDU: das ist „menschliche Arbeitswelt“

Stuttgart. Von Montag bis Freitag ein 16-Stunden-Arbeitstag und am Wochenende täglich sechs Stunden Arbeit an einem Dateneingabegerät im Wohnzimmer, das ist für eine Stuttgarter Heimarbeiterin seit fünf Jahren üblich. „So ist es bei den meisten Heimarbeiterinnen, den Acht-Stunden-Tag kann ich vergessen.“ Sie arbeitet für eine Datenverarbeitungsfirma, die Aufträge von mittleren und größeren Betrieben entgegennimmt. Beschäftigt sind zwölf Frauen, davon sechs in Heimarbeit. Die Aufgabe der Heimarbeiterinnen ist das Abtippen von Lieferscheinen und Lohnzetteln auf Band und die Prüfung der eingegebenen Daten. Die Heimarbeit wird wie sonst auch üblich in Stücklohn bezahlt, ist also Akkordarbeit. Der 16-Stunden-Arbeitstag wird von der Firma abverlangt, sonst gibt es keine Aufträge. Verstoß gegen die Arbeitszeitordnung, die eine „regelmäßige werktägliche Arbeitszeit“ von acht Stunden vorschreibt (§ 3)? Nein, denn für Heimarbeiter gilt die Arbeitszeitordnung nicht, da sie nicht als Arbeitnehmer gelten!

Ebensowenig haben die Heimarbeiterinnen Kündigungsschutz nach dem Kündigungsschutzgesetz und können auch nach Ablauf des Mutterschaftsurlaubs gekündigt werden.

Diese Rechtlosigkeit ist bezogen auf die gesamte arbeitende Bevölkerung sicher noch selten. Daß das anders wird, daran arbeiten seit längerem Bundesregierung, baden-württembergische Landesregierung und Kapitalisten. (siehe auch Kasten)

Die Pläne der CDU

Für den CDU-Generalsekretär und derzeitigen Bundesfamilienminister Geißler ergeben sich mit der Heimarbeit folgende Perspektiven: „Arbeitsplätze an die Wohnorte der Arbeitnehmer zu verlegen und die Wirtschaft zu dezentralisieren, die Arbeitswelt menschlicher zu gestalten.“ (1) „Die neuen Technologien können uns helfen, wieder mehr zum Herrn unserer Zeit zu werden. Die neuen Arbeitsplätze werden mehr zeitliche und räumliche Flexibilität ermöglichen – das kann eine Aufweichung der bislang strengen Unterteilung zwischen Arbeitszeit und Freizeit mit sich bringen.“ (Ministerpräsident Späth am 14.12. 1982) „Opferbereitschaft und Mitverantwortung lernen die Menschen in der Familie.“ (Wahlbroschüre der CDU) Tatsächlich ruiniert die Heimarbeit das Privatleben, der Arbeitstag wird in die Nacht hineinverlängert,

die Wochenenden sind weg. In verschiedenen Veröffentlichungen warnen IG Metall, HBV und ÖTV vor der Ausweitung der Heimarbeit auf Bildschirmarbeit.

Gehaltserhöhung gibt es nicht

Für die oben zitierte Heimarbeiterin gab es seit fünf Jahren keine Gehaltserhöhung. „Die Chefin sagt: ‚Wir konnten dieses Jahr nicht aufschlagen.‘ Ich kann das nicht nachprüfen.“ Tatsächlich gibt es für Heimarbeiter keine garantierte jährliche Erhöhung des Stücklohns entsprechend der Tariflohnerhöhung. Das Heimarbeiterentgelt wird in den jeweiligen Heimarbeitersausschüssen in unregelmäßigen Abständen gegen den heftigsten Widerstand der Kapitalistenvertreter erhöht. Den von den Gewerkschaften entsandten Beisitzern wird dabei öfters vorgehalten, daß die Erhöhung der Heimarbeiterentgelte „über ein bestimmtes Maß hinaus“ zur Folge haben wird, daß man die zu vergebenden Arbeiten andernfalls durch Strafgefangene verrichten läßt (2).

Nach Auskunft des baden-württembergischen Arbeits- und Sozialministeriums betragen die Entgelttarife für Heimarbeiter zwei Drittel bis drei Viertel des niedrigsten Betriebsarbeiterlohns. Die Referentin sagte uns auf Anfrage: „Es gibt viele Heimarbeiter, die wissen tatsächlich nicht, wieviel sie

verdienen, da sie nach Stückzahl bezahlt werden und Mann und Kinder mithelfen. Es gibt Heimarbeiter, die verdienen heute noch zwei bis drei Mark in der Stunde. Ohne die Entgeltprüfer wäre die Lage noch viel schlimmer.“ Nach dem Bericht der Gewerbeaufsicht Baden-Württemberg gab es 1981 bei insgesamt 11 124 Kontrollbesuchen der Entgeltprüfer 3 130 Beanstandungen.

Zunahme der Dienstleistungsheimarbeit, Widerstand der Gewerkschaften

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) stellt in seinem Bericht „Arbeitszeitflexibilisierung, Stichwort Heimarbeit“ eine Zunahme der Büroheimarbeit fest. Zum gleichen Ergebnis kommt das baden-württembergische Arbeits- und Sozialministerium in seinem Jahresbericht der Gewerbeaufsicht 1981.

Die Siemens AG hat in ihrem Modellversuch „Autarke Texterfassung“ bereits den Nutzen der Teletex-Heimarbeit nachgewiesen. Bestätigt habe sich, „daß die Qualität und Arbeitsproduktivität bei der Telearbeit höher liegt, als bei vergleichbarer Büroarbeit.“ IBM Deutschland erprobt derzeit bei Programmierern die Mischform Heimarbeit/Büro. Die bereits erwähnte Heimarbeiterin hat selber anhand ihres Heimarbeiterbuches belegt, daß sie monatlich 100 000 mal eingibt



Der WSI-Bericht „Arbeitszeitflexibilisierung, Stichwort Heimarbeit“ warnt vor der sozialen Isolation der Heimarbeiter.



Karikatur der ÖTV gegen den Modellversuch der baden-württembergischen Landesregierung, Heimarbeitsplätze mit Teletex einzurichten.

und durchschnittlich 100 000 mal prüft, das sind 200 000 Arbeitsvorgänge. Vor sechs Jahren im Betrieb mußte

sie monatlich 30 000 Belege eingeben oder prüfen. Ihre Arbeitsleistung hat sich versechsfacht!

In letzter Zeit hat sich in den Gewerkschaften breiter Widerstand gegen home-terminals entwickelt. In einer Pressemitteilung forderte das IGM-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Janzen das Verbot von home-terminals. Für die 11. Angestelltenkonferenz der IG Metall am 10./11.3.1983 bereitet die IG Metall Stuttgart einen entsprechenden Antrag vor. ÖTV und HBV haben den Modellversuch der Landesregierung abgelehnt. Nicht vergessen sollte man aber dabei, die volle tarifvertragliche und arbeitsrechtliche Gleichstellung der Heimarbeiter insgesamt zu fordern!

Quellenhinweise: (1) Deutschland-Union-Dienst vom 10.9. 1981; (2) Bernd Klees „Die Ausgestoßenen des Arbeitsmarktes“ in: Vorgänge Nr. 4041, 1978, S. 117; Weiterer Quellenhinweis: WSI-Bericht „Arbeitszeitflexibilisierung, Stichwort Heimarbeit“; Drygala, Die soziale und rechtliche Situation der Heimarbeiter in der BRD, Blätter für Steuerrecht, Sozialversicherung und Arbeitsrecht 1978, S. 356; Brecht, Das Heimarbeiteränderungsgesetz, Bundesarbeitsblatt 1974, S. 677; Der Heimarbeiter und das Betriebsverfassungsgesetz, Schriftenreihe der IG Metall, Nr. 55

Bundesregierung und Land Baden-Württemberg erproben neue Formen der Heimarbeit

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie hat im August 1982 eine „Studie über Auswahl, Eignung und Auswirkung von informationstechnisch ausgestalteten Heimarbeitsplätzen“ vorgelegt. Sie untersucht, unter welchen Bedingungen Angestelltentätigkeit aus den Büros an Bildschirmterminals im heimischen Wohnzimmer verlagert werden kann. Die Sache lohnt sich: „Die Kosten der Auslagerung von Arbeitsplätzen in Heimarbeiterplätze sind vermutlich gering, verglichen mit den theoretisch möglichen Kosteneinsparungen bei Gebäudekosten, Personalsatzkosten und der Ausnutzung regionaler Gehaltsdisparitäten.“

Heimarbeit bietet noch mehr. „Wenn z.B. Schreibarbeiten überwiegend am Nachmittag anfallen, sind im AchtStunden-Block beschäftigte Stenotypistinnen zeitweise unterausgelastet. Bei Telearbeitern ist dagegen eine am Arbeitsanfall orientierte Stückelung der Arbeitszeit leicht zu realisieren und damit prinzipiell eine höhere Produktivität zu erreichen“.

Welche Arbeiten sind heimarbeits-tauglich? In erster Linie einfache Schreibarbeiten und Dateneintippen. Aber auch Spezialistentätigkeit wie Programmieren käme in Frage.

Anders als z.B. in den USA gibt es in der BRD kaum Erfahrungen mit Bildschirmheimarbeit. Hier soll der Staat nachhelfen. „Wenn man davon ausgeht, daß Arbeitgeber in der Re-

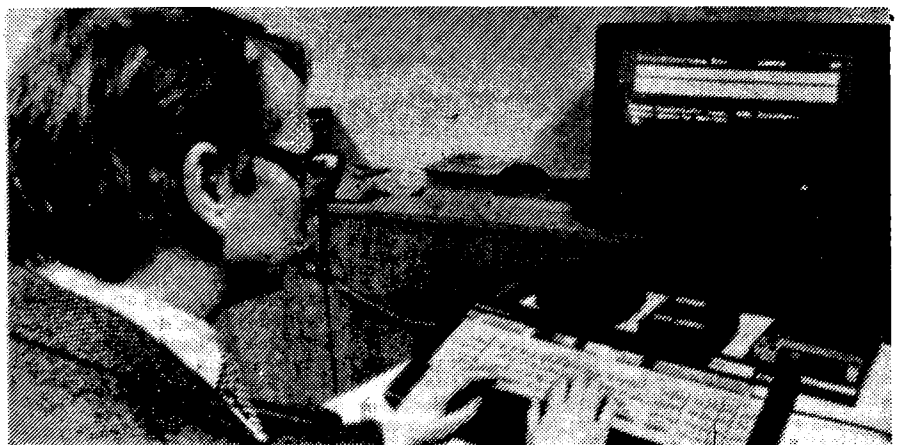
gel wenig Neigung zeigen, spezielle Arbeitsplätze für Problemgruppen einzurichten, so wäre es sinnvoll, durch staatliche Initiative die technischen Möglichkeiten und organisatorischen Konzepte der Telearbeit zu erproben und – zur Nachahmung – vorzuführen“. Unter „Problemgruppen“ versteht die BMFT-Studie „Behinderte, Frauen mit Kleinkindern, Personen in strukturschwachen Gebieten, evtl. Strafgefangene“.

Die geforderte Initiative wurde von der baden-württembergischen Landesregierung ergriffen. Im Juli 1982 beschloß der Ministerrat einen „Modellversuch zur Schaffung dezentraler Arbeitsplätze unter Einsatz von Teletex“, der im April anlaufen soll. Aus der Begründung: „Die in Ballungsräumen des Landes bei Industrie und öffentlicher Verwaltung knappe Schreibka-

pazität soll durch Verlagerung von Schreibgut auf dezentrale Arbeitsplätze in strukturschwachen Räumen ergänzt oder erweitert werden. Dadurch können in solchen Gebieten Teilzeitarbeitsplätze beispielsweise für familiär-gebundene Frauen und für Behinderte geschaffen werden.“

Auf Band gesprochene Texte werden per Post oder Telefon zugestellt, und von den Heimarbeiterinnen in Teletex, einem verbesserten Fernschreibsystem, eingetippt und zurückgeschickt. Das Schreibgut soll hauptsächlich aus dem öffentlichen Dienst, aber auch aus der Wirtschaft kommen. „Probleme sind von Seiten der Personalvertretungen zu erwarten, da die Verlagerung von Arbeit auf dezentrale Arbeitsplätze nicht deren Interessen entspricht“, schreibt die Landesregierung.

Quellenhinweis: BMFT, Forschungsbericht DV 82-002; Ministerium für Wirtschaft Baden-Württemberg, Modellversuch zur Schaffung dezentraler Arbeitsplätze unter Einsatz von Teletex, 1. Entwurf, Az. II 3000/427; H.U. Wegener, Autarke Texterfassung, Kongreß für Texterfassung, Köln 1982



Auch hochqualifizierte Angestelltentätigkeit ist heimarbeits-tauglich

Seit über 80 Jahren fordert die Arbeiterbewegung die finanzielle und rechtliche Gleichstellung der Heimarbeiter mit den Betriebsarbeitern. Bis heute ist es den Kapitalisten gelungen, die Durchsetzung dieser Forderung zu verhindern, und damit die Heimarbeiter, als einen Teil der Arbeiterklasse, unter besonders elenden Bedingungen für sich arbeiten zu lassen. Als vom gesellschaftlichen Produktionsprozeß isolierte Einzelarbeiter werden sie von den Kapitalisten als besonders leicht zu handhabende Manövriermasse benutzt, als Lohndrücker und Arbeitskräftepuffer.

Die CDU fordert in ihren medienpolitischen Grundsätzen, die sich durch „die rasche Entwicklung der Be- und Verarbeitung von Texten und Bildern über die elektronische Datenverarbeitung ... bietenden Möglichkeiten“ zu nutzen, um „die Arbeitsplätze an die Wohnorte der Arbeitnehmer zu verlegen und die Wirtschaft zu dezentralisieren. Neue Nachrichtentechnologien sollen dazu beitragen, die Arbeitswelt menschlicher zu gestalten.“ Man bedenke nur die segensreichen Auswirkungen auf die „Mitmenschlichkeit“ innerhalb der Familie, durch die Mitarbeit von Kindern und den Alten bei der Heimarbeit.

Arbeitskräftepuffer für die Kapitalisten

Die Kapitalisten nutzen die Möglichkeit der Beschäftigung von Heimarbeitern, als besonders billige und rechtlose Arbeitskräfte, als Arbeitskräftepuffer entsprechend ihrer Wirtschaftslage. Entsprechend stark schwanken die Beschäftigungszahlen. So nahm z.B. im Bereich der Elektroindustrie die Zahl der Heimarbeiter von 1965 – 1967 um 34% ab, stieg dann 1969 um 154%, ging bis 1971 wieder um 30% zurück und nahm bis 1973 um 41% zu.

Entwicklung der beschäftigten Heimarbeiter in der BRD

	1971	1973	1975	1977	1979	1981
Verarb. Gew.	192776	180213	137522	138644	137445	126405
Handel	9654	6999	5975	6632	7053	6631
Banken/Vers.	877	589	506	700	718	644
Dienstleist.		3316	3456	3828	5227	3936
Sonstige		877	527	698	795	611
Gesamt	205444	191994	147986	150502	151288	138227

Breite Einführung der Büroarbeit

Nach der vom Bundesministerium für Forschung und Technologie in Auftrag gegebenen Studie des Batelle-Instituts, Frankfurt, über „Auswahl, Eignung und Auswirkungen von informationstechnisch ausgestalteten Heimarbeitsplätzen“, wären bei einer breiten Einführung der Büroheimarbeit „die Kosten der Auslagerung von Arbeitsplätzen in Heimarbeitsplätze vermutlich gering, verglichen mit den theoretisch möglichen Kosteneinsparungen bei Gebäudekosten, Personalzusatzkosten und der Ausnutzung regionaler Gehaltssparitäten ... Eine weitere indirekte Art der Einsparung liegt in dem schon beschriebenen Effekt der Reduzierung von Leer- und Wartezeiten, der Intensivierung der Kommunikation auf das funktionale Notwendige und der da-

mit erhöhten Arbeitseffizienz. Hinzu kommt, daß besonders Personen, die nur zeitweise von zu Hause aus arbeiten, dazu neigen, ihre Gesamtarbeitszeit auszudehnen und damit unentgeltlich Leistungen zu erbringen.

Wenn z.B. Schreibebeiten überwiegend am Nachmittag anfallen, sind im Acht-Stunden-Block beschäftigte Stenotypistinnen zeitweise unterausgelastet. Bei Telearbeitern ist dagegen eine am Arbeitsanfall orientierte Stückelung der Arbeitszeit leicht zu realisieren und damit prinzipiell eine höhere Produktivität zu erreichen.“

CDA-Kongreß für Heimarbeit

„Die Trennung der Lebensbereiche des Menschen hat zu einer Überbetonung der Erwerbsarbeit als Mittel der Existenzsicherung geführt. Die Welt der Erwerbsarbeit be-

stimmt die Lebensbedingungen der Familie ohne Rücksicht auf deren Bedürfnisse, Interessen und Belastbarkeit. Die Wirtschaft bestimmt auch heute weitgehend unsere Wertordnung. Die Welt der Erwerbsarbeit muß sich nach den Bedürfnissen, Interessen und der Belastbarkeit der Menschen und ihrer Familien richten und nicht umgekehrt ...

Neue Informationssysteme und Technologien bieten die Möglichkeit, wieder zu kleineren Produktionseinheiten zurückzukehren und Erwerbsarbeitsplätze in die Nähe des Wohnbereichs und eventuell ins Heim zu verlagern. Das sind Chancen, die erprobt und genutzt werden sollen.“

Jahresbericht der Gewerbeaufsicht Baden-Württemberg 1981

„Von den 18 in Baden-Württemberg tätigen Entgeltprüfern wurden 11 124 Kontrollbesuche durchgeführt. Dabei ergaben sich 3 130 Beanstandungen, deren Hauptanteil auf die unzureichende Zahlung von Entgelten und Zuschlägen entfällt. Insgesamt wurde die Nachzahlung von 1 531 973 DM veranlaßt. Darüberhinaus mußten für 53 Heimarbeiter Nachzahlungsforderungen in Höhe von insgesamt rd. 44 000 DM durch das Sozialministerium gerichtlich geltend gemacht werden. Eine Nachzahlung von 23 400 DM wurde in außergerichtlichen Vergleichsverhandlungen erwirkt.“

Im Heimarbeiterschutzgesetz von 1974 wurde mit der in § 19 (3) Satz 3 neu eingefügten Möglichkeit der Einführung von Ausschußfristen und Abkürzung von Verjährungsfristen für Nachzahlungsforderungen diesen Praktiken der Kapitalisten Vorschub geleistet. Ebenso wurde die Vorschrift der Listenaushändigung über die beschäftigten Heimarbeiter an die Gewerkschaften ersetzt durch die Möglichkeit der „Einsichtnahme“, was die Kontrolle dieser Praktiken erschwerte.

Besonders billig und rechtlos

Aus einer „bindenden Festsetzung ... von Entgelten und sonstigen Vertragsbedingungen für Adressenschreiben, Abschreibearbeiten u. ähnliche Arbeiten in Heimarbeit“: § 5 Abs 2 (2): Das Grundentgelt beträgt je Arbeitsstunde für das Schreiben von Adressen und einfache Abschreibearbeiten, z.B. Versicherungs-

sonstigen Schreib- und Abschreibearbeiten, z.B. auch nach Tonband und Platte, Korrekturlesen sowie Loch- und Prüfarbeiten 10,50 DM. Für ähnliche Arbeiten im Sinne des Absatzes 3, wenn sie nicht im Zusammenhang mit Schreibebeiten ausgeführt werden, 5,15 DM.

Vergleich mit den nach Metalltarif Nordwürttemberg/Nordbaden gezahlten Stundenlöhnen für Schreibkräfte (K II):

1. Beschäftigungsjahr: 9,90 DM. 2. Beschäftigungsjahr: 10,53 DM. 3. Beschäftigungsjahr: 11,07 DM. 4. Beschäftigungsjahr: 11,75 DM. Selbst die nach der bindenden Festsetzung festgelegten Hungerlöhne werden von den Kapitalisten in 22% der Fälle nicht bezahlt. Ein Kündigungsschutz wie bei Betriebsarbeitern gilt für Heimarbeiter nicht. Im Heimarbeiterschutzgesetz ist lediglich festgelegt, daß Heimarbeiter und Auftraggeber an bestimmte Kündigungsfristen gebunden sind. Die Arbeitszeitordnung gilt für Heimarbeiter nicht. 92% der Heimarbeiter sind Frauen. Für sie gilt weder das Nachtarbeitsverbot noch der Frühschluß vor Sonn- und Feiertagen.

Quelle: Bundesanzeiger Nr. 93 vom 29.5. 1982; Hugo Karpf, Heimarbeit und Gewerkschaft

Forderungen seit 80 Jahren

Auszüge aus der Resolution des „Allgemeinen Deutschen Schneider- und Schneiderinnenverbandes vom 15.7.1896. Es wurde gefordert:

1. Die Unterstellung der Hausindustrie und der Heimarbeit und der in ihnen beschäftigten Personen unter alle Arbeitsschutzbestimmungen der Gewerbeordnung.

2. Insbesondere das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit sowie der Festtagsarbeit.

3. Eine gesetzliche Mindestarbeitszeit.

4. Verbot der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder.

... 12. Vorschriften über die Vereinbarung von Löhnen und die Art der Lohnzahlung.

... 16. Volle Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit.

Der erste Heimarbeiterschutzkongreß vom 7. bis 9. März 1904 forderte unter Punkt 9.: Ausdehnung des Kranken-, Altersinvaliditäts- und Unfallversicherungsgesetzes, ferner der Bestimmungen der Gewerbeordnung über Arbeitszeit, Nachtarbeit, Sonntagsruhe, Wöchnerinnenschutz, Kinderarbeit und Arbeitsordnungen auf die gesamte Heimarbeit.

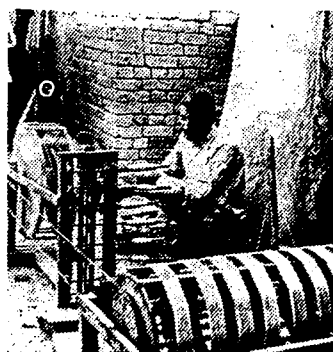
Hugo Karpf: Heimarbeit und Gewerkschaft, Bund-Verlag 1980

USA: Vier Monate Streik bei Caterpillar

Seit dem 1. Oktober 1982 streiken die 21000 Mitglieder der Automobilarbeitergewerkschaft (UAW) beim Landmaschinenkonzern Caterpillar. Bei Auslaufen des Vertrages hatten die Kapitalisten gefordert, daß die UAW einer Lohnkürzung zustimmen solle. Die Löhne sollten für die nächsten drei Jahre eingefroren werden und elf zusätzliche bezahlte Tage wollten die Kapitalisten ebenso wie die Inflationsanpassung der Löhne streichen. Die UAW lehnte jedes Lohnzugeständnis ab und forderte Lohnanhebungen und Erhöhungen der Versicherungszahlungen, insgesamt eine Erhöhung um 28% in den nächsten drei Jahren. Als Waffe gegen den Streik hatten die Kapitalisten vor dem Oktober 1982 auf Lager arbeiten lassen. Erst Anfang Februar erklärten sie ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen. Zugleich gaben sie bekannt, daß sie ab 1.3. 1983 die Gehälter der Angestellten, die nicht in den Streik einbezogen sind, um 5,4% kürzen und bis zu diesem Termin die Zahl der Angestellten von 27500 auf

Textilarbeitergewerkschaft verhandelt

Die neue Bundesregierung des indischen Bundesstaates Maharashtra hat sich mit dem Führer der Gewerkschaft der seit 13 Monaten im Streik befindlichen Textilarbeiter von Bombay in Verbindung gesetzt, um über die Forderungen zu verhandeln. Der Streik wurde im Januar 1982 begonnen. Ca. 55000 Arbeiter befinden sich nach wie vor im Streik während 100000 wieder arbeiten. Dabei sind sehr viele angelernte Kräfte. Die Qualität der produzierten Textilien ist derart gesunken, daß Exporte in großem Umfang reklamiert



wurden. Die fünf wichtigsten Betriebe werden nach wie vor bestreikt. Die Textilfabrikanten hatten teilweise Lohnerhöhungen von 30% bewilligt, damit wieder produziert werden kann. Der Vorsitzende der

Textilarbeitergewerkschaft hat allerdings festgestellt, daß die Aufhebung des „badli“-Systems (tägliche Neueinstellung der Arbeiter) und tarifvertragliche Regelung über die Lohnhöhe als Forderungen aufrecht erhalten bleiben. Am 18. Januar, nach einem Jahr Streik, haben tausende von Textilarbeitern und andere Gewerkschafter mit schwarzen Fahnen durch Bombay demonstriert. Arbeiter in den Textilfabriken trugen als Zeichen der Solidarität schwarze Schärpen. Die Gewerkschaft der Textilarbeiter ist der Ansicht, daß nach so langer Auseinandersetzung die grundlegenden Forderungen durchgesetzt werden können.

26000 reduzieren wollen. 1981 hatten die Kapitalisten einen Gewinn von 579 Mio. Dollar ausgewiesen. Vor dem letzten Tarifaufschluß Ende 1979 hatten die Arbeiter bei Caterpillar zwei Monate gestreikt.

Neuer Tarif für italienische Landarbeiter

Nach einem landesweiten achtstündigen Streik am 11. Februar haben die italienischen Landarbeitergewerkschaften

einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen. Die vorgesehene Lohnerhöhung liegt mit 65000 Lire verteilt über die drei Jahre der Laufzeit, erheblich unter der am 22. Januar zentral vereinbarten Marke von 100000 Lire (ca. 179 DM). Für die Alterszuschläge, die bisher nach Lohngruppen unterschiedlich waren, gilt künftig ein einheitlicher Festbetrag von 20000 Lire alle zwei Jahre. Die Arbeitszeit wird 1984 und 1985 um je 20 Stunden jährlich verkürzt.

Anlässe zum Eingreifen – frei erfunden

Libysche Truppenkonzentrationen an der Grenze zum Sudan, an der Grenze nach Ägypten, schließlich eine libysche Verschwörung zum Sturz der sudanesischen Regierung – wechselnde und sämtlich frei erfundene Gründe führte die westdeutsche Presse an für das Aufkreuzen des US-amerikanischen Flugzeugträgers „Nimitz“ samt Begleitflotte in libyschen Hoheitsgewässern und die Stationierung von vier US-Flugzeugen des Typs AWACS in Ägypten. Als „Übung“ bezeichneten die US-Militärbehörden das Manöver: „Gelegentlich führen die Vereinigten Staaten Übungen durch, wenn es Spannungen in einer Region gibt, um die Spannungen zu mildern, unseren Freunden Unterstützung zu zeigen und die Bereitschaft und die Fähigkeiten unserer eigenen Einheiten zu prüfen.“ Die „Nimitz“ und ihre Begleitflotte haben sich inzwischen aus libyschen Hoheitsgewässern zurückgezogen. Shultz posaunte, „Gaddafi sei zurück in seiner Kiste“. Nicht zurück sind dennoch bislang die vier Flugzeuge aus Ägypten – obwohl die ägyptische Regierung jegliche gemeinsame Manöver mit den US-Truppen dementiert, bleiben die Flugzeuge zwecks Ausbildung ägyptischer Soldaten auf unbestimmte Zeit stationiert. So sind sie ständig einsetzbar, wenn die nordafrikanischen Regierungen tatsächlich Maßnahmen unternehmen sollten, die den US-Imperialisten mißfallen.

El Salvador: Koordinierte Kämpfe der FMNL

Die Befreiungsfront FMNL hat durch koordinierte Kämpfe in mehreren Provinzen El Salvadors der Armee des Regimes scharfe Schläge versetzen können. Bis Ende Januar hatte die FMNL 31 Ortschaften in der Nordostprovinz Morazan besetzt und Angriffe der Armee zurückschlagen können. Zugleich operierte sie in den Vororten der Hauptstadt San

Salvador, attackierte Garnisonen und eroberte dabei zahlreiche Waffen. (Bild: Kämpfer der FMNL in der Stadt San Francisco Javier). Als das Regime tausende Mann ihrer in den USA ausgebildeten Eliteeinheiten in die Provinz Morazan schickte, führte die FMNL in der südlichen Provinz Usulután, die bisher kein Schwerpunkt ihrer Aktionen gewesen



war, einen Entlastungsangriff und vertrieb die Armee des Regimes aus der 30000 Einwohner zählenden Stadt Berlin am 31.1. nach 30-stündigem Kampf. Am 3.2. zog sich die FMNL planmäßig mit den eroberten Waffen wieder zurück. Das Regime war gezwungen, einen Teil seiner Eliteeinheiten aus der Provinz Morazan abzuziehen. In der Nähe von Berlin hält die FMNL zwei wichtige Überlandstraßen, die die Hauptstadt mit den südlichen Provinzen verbinden, besetzt. Sowohl in Morazan wie in der nordwestlichen Provinz Chalatenango hat die FMNL größere Gebiete befreit. Ein Mitglied des Oberkommandos der FMNL erklärte Anfang Februar, daß die Armee des Regimes zwischen Juli 1981 und Juli 1982 3801 Mann verloren habe. Ende 1982 betrugen die Verluste 6100 Mann, etwa 20% der Truppenstärke. Mitte Februar riegelten die Kämpfer der FMNL die Garnisonsstadt Suchitoto ab und schlossen über 1000 Soldaten ein. Die Regimetruppen sind vom Nachschub abgeschnitten.



Arbeiter bei der B&W-Werft verweigern die Arbeit unter Polizeiaufsicht.

Dänemark

Hafenarbeiter brechen den Streik ab. Sie führen den Kampf anders weiter

Nach zwei Monaten Streik haben die dänischen Hafenarbeiter beschlossen, in allen Häfen des Landes die Arbeit ab Dienstag, den 15. Februar, wieder aufzunehmen.

Trotz der überaus breiten Unterstützung in der Bevölkerung und der dänischen Arbeiterklasse ist es nicht gelungen, die Regelung zur Senkung der Zahlungen der Arbeitslosenversicherung zu Fall zu bringen. Am nationalen Aktionstag am 28.1. 1983 haben sich Zehntausende aus verschiedenen Bereichen in Solidaritätsstreiks und Demonstrationen hinter die Hafenarbeiter gestellt. Am 31.1. legten z.B. 1700 Werftarbeiter von B&W in Kopenhagen die Arbeit für 24 Stunden nieder. Die Leitung der Werft hatte zwei Tage zuvor, am Samstag, mit Hilfe der Polizei eine Blockade der Hafenarbeiter gebrochen, die das Löschen von Stahlplatten von einem westdeutschen Schiff verhindern sollte. Der Vertrauensleutesprecher der Werft sagte: „In den 30 Jahren, die ich hier auf der Werft bin, war niemals Polizei auf dem Arbeitsplatz, das ist nun doch zu viel“.

Trotz dieser und vieler ähnlicher Solidaritätsaktionen ist es den Kapitalisten doch hin und wieder, vor allem in den kleinen Häfen, gelungen, den Streik zu brechen. Dies hatte eine demoralisierende Wirkung. Zudem war der Dachverband SID zunehmend gegen den Streik aufgetreten. Je näher der Arbeitsgerichtstermin rückte, an dem die SID zur Strafe in Millionenhöhe verurteilt werden sollte, desto mehr distanzierte sich die SID von den streikenden Hafenarbeitern. Lediglich die einzelnen Hafenarbeitergewerkschaften

hielten dem Druck stand und wurden dann auch zu hohen Geldstrafen verurteilt. Zum Beispiel die Hafenarbeitergewerkschaft in Aarhus zu 150000 Kronen (etwa 45000 DM) bei 250 Mitgliedern.

Die einzelnen Hafenarbeiter wurden auch zu Geldstrafen verurteilt, 20 bis 30 Kronen je Streikstunde. Für verschiedene Hafenarbeiter sind das 4000 bis 8000 Kronen Strafe, die die Kapitalisten bekommen, wenn die Hafenarbeiter zahlen. Es wurde jedoch Widerspruch eingelegt.

In dieser Situation, wo in kleinen Häfen der Streik nur sehr schwer gehalten werden konnte, hat der Koordinationsausschuß der Hafenarbeiter, in dem alle Häfen vertreten sind, am 14.2. nach langer Diskussion beschlossen, den Streik auszusetzen. Ein Ausdruck für die Streikbereitschaft ist die Tatsache, daß in Kopenhagen der Streik noch zwei Tage weitergeführt wurde. In der Presseerklärung des Koordinationsausschusses heißt es:

„Darum wird die Arbeit wieder aufgenommen: ... Unser Ziel ist immer noch ‚Das Gesetz soll vom Tisch‘. Dafür wollen wir immer noch mit allen anderen aktiven Teilen der Gewerkschaftsbewegung kämpfen. Wenn wir nun auffordern, die Arbeit wieder aufzunehmen, dann nur darum, um Verhandlungsmöglichkeiten mit den Hafenarbeitgebern zu nutzen ... Die Grundlage dafür, die Arbeit wieder aufzunehmen, ist folgende: Von fünf Abteilungsvorständen der Transportabteilung der SID ist eine Verhandlungsgrundlage ausgearbeitet worden, die von den Arbeitgebern akzeptiert

wurde. Dabei sind die wesentlichen Punkte:

- In allen Häfen wird die Arbeit normalisiert (keine Entlassungen, keine Repressionen, keine Polizei, Wiederaufnahme der Arbeit).

- Es werden unmittelbar Verhandlungen um ein Meldegeld aufgenommen. Hafenarbeitern, die sich zur Arbeit melden, aber keine Arbeit bekommen, wird damit von den Arbeitgebern ein bestimmter Betrag gezahlt.

- Es werden Verhandlungen aufgenommen über die Strukturprobleme in den verschiedenen Häfen ...

Der Koordinationsausschuß wird diese Verhandlung sehr aufmerksam verfolgen. Wir erwarten als Ergebnis der Verhandlungen, daß durch das Meldegeld der Verlust, den wir durch die Kürzung des Arbeitsausfalls haben, aufgefangen wird. Passiert dies nicht, sind wir zu neue Aktionen in allen Häfen des Landes bereit ...

... setzen wir uns dafür ein, daß das Lohnerhöhungsangebot, das die Arbeitgeber mit Unterstützung der Schlüter-Regierung unterbreitet haben (etwa 5% bei 10% Inflationsrate) und das die LO (zuständiger allgemeiner Gewerkschaftsverband) akzeptiert zu haben scheint, von den Mitgliederversammlungen abgelehnt wird ...“

Quellenhinweis: Politiken, versch. Ausgaben; Erklärung des Koordinationsausschusses in deutscher Sprache vom 14.2. 1982

Grönland

EG-Kommission will den Kolonialstatus befestigen

„Vertraulich“ hat die EG-Kommission verlauten lassen, wie sie mit der Forderung der grönländischen Bevölkerung nach Austritt aus der EG zu verfahren gedenkt. Soweit veröffentlicht, haben die Imperialisten in der EG vor, Grönland denselben Status aufzudrücken, den sie den Kolonialresten der britischen, französischen und niederländischen Imperialisten aufgezungen haben: Grönland soll „assoziiertes Gebiet“ werden. 1973 hatte Dänemark Grönland mit in die EG hineingezwungen. Da zu diesem Zeitpunkt die Grönländer nicht einmal über einen teilweise selbständigen Status verfügten, galt Grönland als dänisches Staatsgebiet innerhalb der EG. 1979 mußte Dänemark den Grönländern die innere Autonomie zugestehen. Am 23. Februar 1982 entschieden 52% der Teilnehmer einer Volksabstimmung in Grönland gegen die EG-Mitgliedschaft Grönlands.

Der Vorschlag der EG-Kommission zielt vor allem darauf ab, den Fische-reikapitalisten in der EG den Zugang zu den grönländischen Gewässern zu erhalten und die Plünderung der grön-

ländischen Blei- und Zinkvorkommen fortzusetzen, die in größerem Umfang überhaupt erst seit der erzwungenen Mitgliedschaft in der EG betrieben wird. Der Status der „assozierten Gebiete“ sieht freien Zugang für die Imperialisten in der EG in diese Gebiete vor, bei weitgehender Rechtlosigkeit der Bewohner der Kolonien gegenüber den Nutznießern ihrer alteingessenen Kolonialmächte.

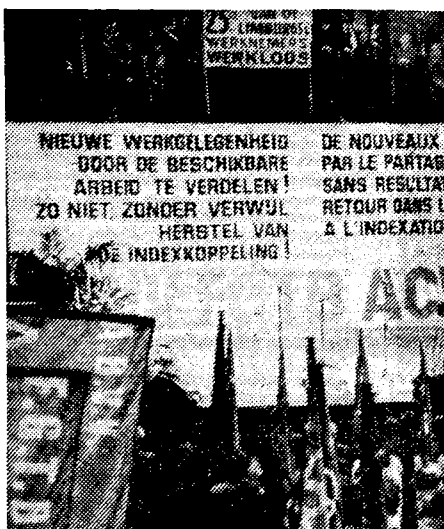
Als Zuckerstück bieten die Imperialisten in der EG den Grönländern die Förderung der grönländischen Fischereiflotte an – „als Ausgleich für die in Zukunft entfallenden EG-Zuschüsse“. Das Angebot ist unverfroren. Nach Angaben der grönländischen Regierung hat die EG zwar 400 Mio. DM an Zuschüssen im Rahmen des Regionalfonds für unterentwickelte Gebiete an Grönland gezahlt. Die grönländischen Fischer schätzen allerdings, daß die Fischmengen, die in derselben Zeit von Hochseefloten aus EG-Mitgliedstaaten vor der grönländischen Küste abgefangen wurden, mindestens diesem Betrag entsprechen. Sie erklärten, auf einen Ausbau ihrer Flotte könnten sie gut verzichten, wenn die grönländischen Gewässer bald leergefischt seien. Bislang beharrt die grönländische Regierung auf dem Austritt Grönlands aus der EG.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 7.2.83; Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Informativische Aufzeichnung v. Februar 1983

Belgien Gemeinsame Aktionen der Gewerkschaften

Gelingt es den belgischen Lohnabhängigen, nach mehr als einem Jahr Lohnsenkungen, Versicherungskürzungen und Steuerplünderungen durch die Notstandsdekrete der Regierung Martens, nun endlich die verhängnisvolle Spaltung in zwei Gewerkschaftsbünde, den christlichen Gewerkschaftsbund ACV und den sozialistischen ABVV, wenigstens in einzelnen Fragen des Kampfes gegen die Kapitalisten zu überwinden?

Immerhin, am 8. Februar führten die beiden Gewerkschaftsbünde ihre erste gemeinsame Kundgebung gegen die Regierungspolitik und gegen die Angriffe der Kapitalisten durch. Mehr als 3000 Mitglieder und Funktionäre beider Gewerkschaften nahmen daran teil. Anlaß war die hartnäckige Weigerung der Kapitalisten, einer Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit zuzustimmen. Freilich zeigt dieser Anlaß auch, auf welch fragwürdigen Grundlagen diese neuerliche Zusammenarbeit der beiden Gewerkschaftsbünde vorläufig noch beruht. Denn die



Kundgebung von ABVV und ACV am 8.2. in Brüssel

Forderung an die Kapitalisten, die tarifliche Wochenarbeitszeit zu verkürzen, hatte die Regierung selbst im vergangenen Herbst übernommen, um sie sogleich mit der Forderung an die Gewerkschaften zu verbinden, einer neuerlichen Lohnsenkung, genauer: einer weiteren Verringerung der in fast allen Tarifverträgen vereinbarten Lohnindexierung, der Anpassung der Lohnsätze an die Teuerung, zuzustimmen. Zu dieser Lohnsenkung sind die Gewerkschaften weiterhin bereit. „Arbeit oder unseren Index zurück!“ war die Hauptforderung der Kundgebung am 8. Februar. Für den 26. Februar rufen nun beide Gewerkschaftsbünde zu einer gemeinsamen landesweiten Kundgebung in Brüssel auf, zu der sie Zehntausende von Teilnehmern erwarten.

Beide Gewerkschaftsbünde haben Grund genug, ihre Zusammenarbeit auch auf anderen Gebieten zu verstärken und vor allem: sie auf den gemeinsamen Kampf gegen neuerliche Lohnsenkungen zu konzentrieren. Denn die Kapitalisten werden immer dreister. Anfang Februar setzten sie, obwohl die sozialistischen Gewerkschaften ihre Forderungen bis zuletzt abgelehnt hatten, einen „Sozialpakt“ für die 25000 Lohnabhängigen von Cockerill-Sambre in Kraft, der für diese neuerliche Lohnsenkungen zwischen 5 und 15% bedeutet (siehe Pol. Ber. 3/83, S. 4). Am 9. Februar schlugen die Metallkapitalisten einen Streik von etwa hundert Lohnabhängigen in einen Metallbetrieb in Kortrijk gegen betriebliche Lohnsenkungen brutal zusammen, indem sie mit einem großen Aufgebot von Bereitschaftspolizei die Streikposten zwangen, Streikbrechern den Weg in den Betrieb freizugeben. Noch am selben Tag erhielten 30 Gewerkschaftsmitglieder von ACV und ABVV, die den Streik organisiert hatten, die Kündigung zugestellt.

Quellenhinweis: De Werker, Zeitung des ABVV, 12.2. 1983; Solidair, Zeitung der PvdA, 9.2. und 16.2. 1983

Großbritannien Erfolg der Arbeiter bei Wasser- und Klärwerken

Nach fünf Wochen Streik, dem ersten überhaupt, konnten die Arbeiter der britischen Wasser- und Klärwerke am Dienstagabend eine Lohnerhöhung weit über der Höchstgrenze von 4% durchsetzen, die Margaret Thatcher gegen alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst durchsetzen wollte. Eine dreiköpfige Schlichtungskommission, bestehend aus einem Universitätsprofessor, einem Gewerkschaftssekretär und einem Arbeitgebervertreter aus anderen Branchen, legte nach fünftägigen Beratungen ihre Ergebnisse vor. Während der Beratungen hatten die Arbeiter den Streik ausgedehnt.

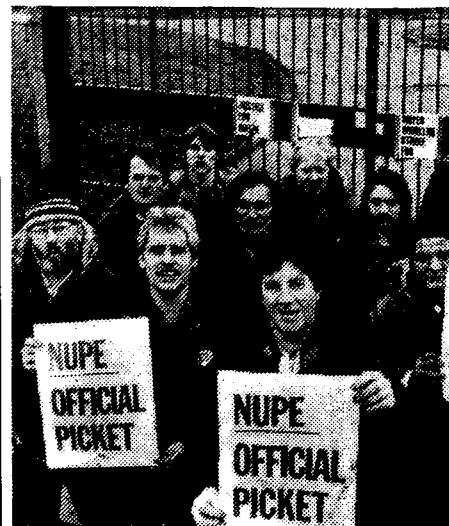
Das Ergebnis der Schlichtung:

- Die Wasserwerke müssen 12% mehr zahlen, bei einer Laufzeit von 16 Monaten. Das entspricht etwa 9,5% auf ein Jahr.

- Von diesen 12% sind 7,3% eine direkte Lohnerhöhung – (das entspricht dem letzten Angebot), der Rest stammt aus der Übertragung von bisher nicht fest gezahlten Produktivitätszuschlägen in den Grundlohn.

- Der Wochenlohn eines Arbeiters wird durchschnittlich um 14 Pfund erhöht und wird dann bei etwa 150 Pfund liegen.

Obwohl er behauptete, die Lohnerhöhung mache nur 10,5% über 16 Monate aus, sagte der Vertreter des Arbeitgeberverbandes am Dienstagabend, er sei „natürlich schwer enttäuscht“ über das Ergebnis. Die Dienstherren hatten zunächst nur 4% geboten, auf ausdrückliche Anweisung der Regierung Thatcher. Selbst bei ihrer Berechnung von 10,5%, das wären 7,8% auf das Jahr gerechnet, müsse sie jetzt doppelt soviel zahlen. Die Gewerkschaften hatten 15% gefordert.



Streikposten in Manchester

Die drei Gewerkschaften konnten allerdings eine wesentliche Forderung gegenüber der Schlichtungskommission nicht durchsetzen. Die von ihnen verlangte Feststellung, die Wasser- und Klärwerkbeschäftigten hätten den Anspruch auf gleiche Löhne wie die Gas- und E-Werk-Arbeiter, lehnte die Kommission ab.

Über die Gas- und E-Werksarbeiter wird ab Donnerstag verhandelt. Das bisherige Angebot von 4% lehnten die Gewerkschaften bereits ab. Das Streikergebnis wird ihnen Rückhalt geben. Der Regierung macht es jedenfalls zu schaffen, vor allem weil es durch einen Streik erreicht wurde, dessen Brechung Thatcher versprach, aber nicht durchsetzen konnte.

Quellenhinweis: BBC-Nachrichten, Financial Times, 21. und 22.2. 1983

US-Wehrerfassung Strafverfolgung gegen alle Gegner

Nach offiziellen Angaben der US-Regierung hatten bis Ende des letzten Jahres 585000 Amerikaner im Wehrpflichtalter sich trotz Strafbedrohung mit bis zu fünf Jahren Gefängnis der Wehrerfassung widersetzt und sich nicht registrieren lassen. Der Widerstand gegen die Wehrerfassung richtet sich gegen eine Maßnahme der US-Bourgeoisie, die ein wichtiger organisatorischer und ideologischer Schritt in der Kriegsvorbereitung der US-Imperialisten ist. Nach dem Ende des Vietnam-Krieges hatten die US-Imperialisten von 1975 bis 1980 die Wehrerfassung suspendiert, aber nicht grundsätzlich beseitigt. Ab 1980 müssen wieder alle, die 18 Jahre alt werden, sich 30 Tage vor oder nach dem 18. Geburtstag registrieren lassen. Die US-Imperialisten wollen für das Ziel, in Europa einen Krieg gegen die Sowjetunion führen und zugleich an mehreren anderen Orten in der Welt Truppen einsetzen zu können, einen rascheren Zugriff auf die Wehrfähigen haben. Die Regierung spricht davon, daß durch die jetzige Registrierung schon vor einer Mobilmachung die Wehrpflichtigen zwei Monate früher an der Front eingesetzt werden können.

Für diesen Kurs der Kriegsvorbereitung will die US-Bourgeoisie den Widerstand gegen die Wehrerfassung brechen. Im April letzten Jahres hatte die Regierung festgelegt, daß Verweigerer zunächst nur in Orten vor Gericht gestellt werden sollten, an denen größere Proteste nicht zu erwarten wären. Bis zum November 1982 hatten die Gerichte insgesamt 13 unter Anklage gestellt und von diesen vier verurteilt.

Im November 1982 schlug ein Richter in Los Angeles ein Verfahren gegen

einen Angeklagten nieder. Der Angeklagte hatte wie elf andere der bis dahin Angeklagten an Reagan geschrieben und begründet, warum er die Registrierung ablehnt. Der Richter erklärte, daß die Anklage ungesetzlich sei, weil selektiv. In einem Schreiben an die Verteidigung hatte die Regierung betont, daß das Justizministerium zunächst nur ausgewählte Personen anklagen lasse, die die Registrierung in aller Deutlichkeit verweigerten.

Diese Art der Verfolgung hielt der Richter nicht für das richtige Mittel, den Widerstand gegen die Wehrerfassung zu brechen. Er wies daraufhin, daß die Wehrerfassungsbehörde Zugang zu allen Daten der Sozialversicherungen habe. Dadurch könnten Stichproben von allen Nicht-Registrierten gemacht werden. Diese Stichprobenauswahl könne angeklagt werden. Das sei dann eine solide juristische Basis für die Strafverfolgung.

Die Registrierungsbehörde will jetzt gegen die Nichtregistrierung auch verstärkt die Unterlagen über Führerscheininhaber mitherausziehen, so z.B. in Kalifornien, wo 16% der Amerikaner im Wehrpflichtalter die Registrierung verweigerten. Die Bundesregierung beabsichtigt, die Bundesausbildungsbeihilfe für jeden zu streichen, der nicht wehrerfaßt ist.

Quellenhinweis: Newsweek, 24.1.83; Revolutionary Worker, 26.11. 1982

Eritrea/Äthiopien Ein Jahr nach der äthiopischen Offensive

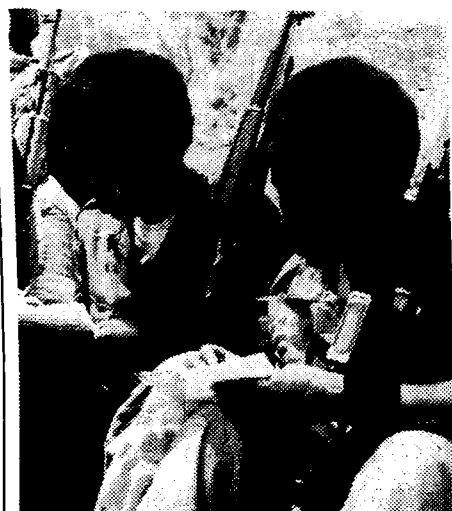
In Eritrea kontrolliert die Befreiungsorganisation EPLF fast das ganze Land, außer den Haupt- und Großstädten, die von den äthiopischen Kolonisatoren beherrscht werden. Mengistu, Staatschef von Äthiopien, ist letztes Jahr mit der sechsten Offensive gegen Eritrea angetreten, um die EPLF „vernichtend“ zu schlagen. Das Ergebnis: über 10000 Tote und Verwundete und 1500 Kriegsgefangene auf Seiten der äthiopischen Armee. Die befreiten Gebiete in Eritrea konnte die EPLF erfolgreich verteidigen.

Äthiopische Kriegsgefangene aus der Zeit vor der sechsten Offensive wurden jetzt freigelassen und leben in einem selbstverwalteten, unbewachten Lager in Eritrea, wo sie mit Bauern aus der Umgebung zusammenarbeiten.

Dies veranlaßte die EPLF, nachdem sich die äthiopische Regierung und auch das Rote Kreuz weigerten, diese Soldaten als Kriegsgefangene anzuerkennen und nach Äthiopien zurückzuführen. Die Rekrutierung zur Armee für den Einsatz gegen Eritrea führt die äthiopische Regierung zwangsweise

durch: Jugendliche im Alter von 15 und 16 Jahren, zum größten Teil aus dem Gebiet des unterdrückten Oromo-Volkes und sogar aus Eritrea selbst, werden unter Vorwänden von den Straßen und Feldern direkt in die Kasernen abtransportiert. Desertionen sind an der Tagesordnung. Jüngst haben zwei Brigaden an der Front die Waffen niedergelegt, die Einstellung des Krieges gegen Eritrea gefordert und die Anerkennung der äthiopischen Kriegsgefangenen in Eritrea.

Auf dem Kongreß zur Gründung einer Arbeiterpartei in Äthiopien (Cope) kündigte Mengistu an, daß er das Land für ausländische Privatinvestitionen, vornehmlich aus dem Westen, öffnen will. Das kommt gelegen stellte doch im Juni letzten Jahres das Forschungsprogramm „Horn von Afrika“ der Friedrich-Ebert-Stiftung fest: „Die neueren politischen Entwicklungen mit ihren wechselnden Allianzen und den daraus resultierenden Verschiebungen der Kräfteverhältnisse (haben) eine Lage geschaffen, die zwar



Die EPLF bildet ihre Kämpfer ständig in allen schulischen, politischen und wirtschaftlichen Fragen weiter.

kompliziert und schwer durchschaubar ist, die aber auch dem Westen eine Chance zu bieten scheint, seine in der Vergangenheit geschwächte Position zu stärken und verloren gegangenes Terrain zurückzugewinnen.“ Ohnehin sind bereits jetzt die Weltbank und die EG wieder die größten Geldgeber für Äthopiens ökonomische Entwicklungsprojekte.

In Eritrea betreibt währenddessen die EPLF und ihre bewaffnete EPLA neben der Vorbereitung einer möglicherweise bald zu erwartenden neuen Offensive Äthopiens den Aufbau des Landes: Schulen, Krankenhäuser und ganze Wohngebiete werden unterirdisch oder in Fels geschlagen angelegt, landwirtschaftliche Produktion und Leichtindustrie aufgebaut.

Quellenhinweis: Blätter des IZ3W, Nr. 100, März 1982; Neue Zürcher Zeitung, 12.1. 1983; Erklärung der EPLF, 28.8. 1982

Namibia

Der Zusammenbruch der „Turnhallen-Allianz“ – ein Erfolg der SWAPO

Die südafrikanischen Statthalter der Imperialisten haben seit Anfang Februar erneut offiziell die Regierungsgewalt in Namibia übernommen. Der Vorsitzende der „Demokratischen Turnhallen-Allianz“ (DTA) Mudge ist zurückgetreten. 1978 hatte die südafrikanische Regierung versucht, durch Wahlen, die sie kontrollierte, eine Regierung in Namibia zu installieren, die die Unabhängigkeit Namibias zur Farce machen sollte. Die Befreiungsorganisation des namibischen Volkes SWAPO boykottierte die Wahlen für die Zwischenregierung. Die DTA, die aus verschiedenen Parteien, die vor allem „Rassen“ repräsentieren sollen, besteht, stellte die „Regierung“. Diese Regierung hatte sowieso nur eingeschränkte Befugnisse für die innere Verwaltung des Landes und bot dem Siedlerregime den Vorwand, in Namibia den Versuch zu unternehmen, die SWAPO militärisch zu zerschlagen.

Verschiedene Parteien, die die DTA seit 1978 unterstützt haben, haben zwischen Oktober letzten Jahres und Februar dieses Jahres öffentlich die Unterstützung für die DTA zurückgezogen. Selbst die „Rehoboth Liberation Party“, von den südafrikanischen Statthaltern der Imperialisten eifrig gefördert, hat erklärt, sie werde dieser Anti-SWAPO-Front nicht mehr angehören, ebenso wie die „Labour Party“ der Farbigen. Der „Damara-Rat“ beschloß nach erheblichen Stimmengewinnen bei Wahlen im Damara-Distrikt, Verhandlungen mit der SWAPO aufzunehmen. Einzig die Parteien der Weißen, die die DTA überhaupt unterstützt haben, versuchen, eine neue Regierung der DTA zu ermöglichen.

Trotz der beträchtlichen Anstrengungen der südafrikanischen Armee und Polizeitruppen in Namibia, die SWAPO zu zerschlagen, trotz der brutalen Unterdrückung der schwarzen Arbeiter und Bauern nahm die Unterstützung für die SWAPO und die Kampfaktivität der unterdrückten Schwarzen im vergangenen Jahr beständig zu. Im vergangenen Herbst streikten die 5000 Arbeiter der Diamantenmine in Oranjemund (CDM), um die Bestrafung eines weißen Vorarbeiters durchzusetzen, der zwei schwarze Arbeiter niedergeschlagen hatte. Die Arbeiter forderten darüber hinaus das Recht, über ihre Arbeitsbedingungen zu entscheiden und eine Erhöhung der Löhne, die die Löhne der schwarzen Arbeiter an die der weißen

Vorarbeiter annähert. Kurz darauf streikten die 2000 Arbeiter der Karoo-Fleischfabrik, die zu einem westdeutschen Großfarm-Unternehmen gehört, und forderten ebenfalls Lohnerhöhungen und die Bereitstellung von festen Häusern als Unterkünfte für die Wanderarbeiter. (Die Kapitalisten hatten den Wanderarbeitern lediglich ein Grundstück, das noch zu großen Teilen in einem zeitweise trockenen Flußbett liegt, als „Wohnplatz“ zugewiesen, auf dem sich als „Baumaterial“ einige Büsche befanden.) Diese beiden Streiks sind seit Jahren die ersten größeren Kämpfe der Arbeiter, die bekannt geworden sind.

Die SWAPO hat in ihrem militärischen Bericht für 1982 bekanntgegeben, daß es den südafrikanischen Truppen nicht gelungen ist, sie militärisch zu schlagen. Sie konnte im Gegenteil ihr Operationsgebiet bis in den Süden ausdehnen und erklärte zum

daten und Polizisten gegenüber stünden. Dennoch ist inzwischen selbst den meisten weißen Siedlern klar, daß der Versuch, die SWAPO militärisch und politisch zu zerschlagen, gescheitert ist.

Die Zeitung „Windhoek Observer“ klagt: „Die Damara-sprechende Region gehört zur SWAPO. Die Nama-sprechende Region gehört zu SWAPO. Die Ovambo-sprechende Region gehört zur SWAPO. Irritiert überlegt man, was nicht zur SWAPO gehört?“

Denn – wenn Sie ihre Hand in Teilen der Kavango-sprechenden Region erheben, ist die Antwort eindeutig: Die geballte Faust geht hoch; wenn sie durch eine schwarze Stadt kommen, egal ob sie Tseiblaagte oder Katutura heißt, oder Sie sie Kuisebmond nennen, die Antwort ist der Kampfgruß – das Zeichen der Verbundenheit mit der SWAPO. Aber zurück in Windhoek, bequem vor dem Fernseher – wird den Leuten eingehämmert, die SWAPO-Rebellen hätten sich ergeben, wird erklärt, der SWAPO sei das Kreuz gebrochen – aber das Land sammelt sich in täglich größerer Zahl hinter ihr.“

Das südafrikanische Siedlerregime versucht, die imperialistische Oberherrschaft über Namibia mit brutaler Gewalt zu sichern. Die Einsetzung des



Die Arbeiter in der Diamantenmine „CDM“ sind zu über 90% Wanderarbeiter aus dem Norden Namibias, ihre Kontrakte werden nur für neun Monate abgeschlossen.

Verfall der Marionettenregierung: „Die kolonialen Institutionen sind zusammengebrochen.“

Die Verluste der Siedlerarmee werden von Jahr zu Jahr größer, obwohl inzwischen 130000 südafrikanische Soldaten, ca. 6000 südafrikanische Polizisten und einige tausend „namibische“ Truppen versuchen, der SWAPO den Garaus zu machen. Das militärische Aufgebot ist im Verhältnis zur Bevölkerung Namibias beträchtlich: Die SWAPO erklärte, daß einschließlich der Privatarmeen der imperialistischen Konzerne den knapp eine Million Schwarzen inzwischen 150000 Sol-

Gouverneurs als einziger Regierungsgewalt macht es dem Siedlerregime möglich, bei Bedarf das ganze Land unter Kriegsrecht zu stellen, und die Siedlerregierung beabsichtigt, nach Einführung der neuen Wehrgesetze in Südafrika die Truppen weiter zu stärken. Allen öffentlichen Verlautbarungen zum Trotz genießt die Siedlerregierung dabei die volle Unterstützung der Mächte, die sich im Rahmen der UNO zur „Kontaktgruppe“ zusammengefunden haben, um mit der SWAPO und Südafrika über die Unabhängigkeit Namibias zu verhandeln. Die USA, Großbritannien, Frankreich,

Zum Stand der Namibia-Verhandlungen – aus der Presseerklärung der SWAPO vom 3.8.1982

„... In den vergangenen Wochen hat der Sprecher der westlichen ‚Kontakt-Gruppe‘ sehr optimistische Verlautbarungen abgegeben, daß jetzt eine einzigartige Chance existiere, um den UN-Plan für die De-Kolonisierung Namibias umzusetzen, den Plan, dessen Verwirklichung Südafrika seit über fünf Jahren abblockt. Die Repräsentanten der fünf westlichen Mächte haben der SWAPO erzählt, daß Südafrika kürzlich Bereitschaft angedeutet habe, seine illegale Besetzung Namibias aufzugeben und dem namibischen Volk zu erlauben, sich in die Unabhängigkeit zu begeben ...

Diese Vertreter der Fünf präsentierten der SWAPO und den Frontstaaten etwas, von dem sie sagten, es seien ihre endgültigen Vorschläge, die zur sofortigen Umsetzung der UN-Sicherheitsrats-Resolution 435 führen würde, nämlich:

I. Die Auswahl eines Wahlsystems, das bei der Wahl der vorgeschlagenen Konstituierenden Versammlung benutzt werden sollte,

II. Den Aufmarsch von UNTAG Überwachungskräften und ...

Bezüglich der ersten Angelegenheit haben die westlichen Fünf der SWAPO erzählt, daß beide, sie und

Südafrika ihr Insistieren auf einem gemischten Wahlsystem fallengelassen haben und das Südafrika sich für das eine oder andere der zwei Standard-Wahlsysteme entscheiden will, entweder das Verhältniswahlrecht oder das Mehrheitswahlrecht nach Wahlkreisen. Zu dem Aufmarsch von UN-Truppen schlugen die fünf westlichen Regierungen vor, daß es einer kleinen Anzahl von UN-Militärpersonal erlaubt sein müsse, die SWAPO Durchgangslager in Angola und Zambia zu überwachen ...

Am 14. Juni 1982 akzeptierte der Gipfel der Frontstaaten in Dar-es-Salaam, an dem auch der Präsident der SWAPO teilnahm, im Prinzip die Vorschläge der westlichen Fünf mit nur geringen Änderungen, wie der Forderung, daß über das Wahlsystem entschieden sein müsse, bevor die Verhandlungen als abgeschlossen bezeichnet werden können. Die zügige Annahme der Vorschläge der Fünf basierte auf dem Glauben, daß die Gespräche in New York, auf denen die Verhandlungen bis zum 30. Juli abgeschlossen werden sollten, in unmittelbarer Nähe seien ...

Die New Yorker Gespräche, die am 6. Juli begannen, sind jetzt vertagt; aber die Gespräche haben kaum etwas von Wichtigkeit erreicht. Die Südafri-

kaner, die am 6. Juli in New York erwartet werden, damit sie ihre Position über die verbleibenden wichtigen Fragen wie die Auswahl des Wahlsystems, die Zusammensetzung der UNTAG, die Waffenstillstandsabkommen, den Aufmarsch der UN-Truppen, bekanntgeben, tauchten während der letzten drei Wochen während der Gespräche nicht auf.

Anstatt nach New York zu kommen, damit die Verhandlungen eine endgültigen und definitiven Abschluß erhalten, zogen es die Südafrikaner vor, eine neue Bedingung für die Lösung des Namibia-Konflikts zu stellen, nämlich den Abzug der kubanischen Truppen aus Angola.

In diesem Zusammenhang versuchen die Südafrikaner und die Reagan-Regierung wieder, die Agonie und das Leiden des namibischen Volkes unter Apartheid und kolonialen Faschismus zu verlängern. Washington und Pretoria benutzen jetzt die Namibia Verhandlungen als Trumpfkarte, um Angola bezüglich der kubanischen Truppen zu erpressen ...

Die SWAPO ihrerseits wird keine andere Möglichkeit haben, als ihren gerechten bewaffneten Befreiungskampf fortzusetzen, bis ein Waffenstillstandsabkommen zwischen den zwei kämpfenden Armeen in unserem Lande geschlossen wird. Der Kampf geht weiter! Der Sieg ist sicher!

Kanada und die BRD sind alle mit eigenem Kapital in Namibia vertreten. Sie importieren, allen UNO-Beschlüssen zum Boykott entgegengesetzt, erhebliche Mengen strategisch wichtiger Rohstoffe aus Namibia. Die westdeutsche Urangesellschaft besitzt nach wie vor 5% der Anteile der seit 1976 fördernden Uranmine Rössing, die VEBA hat sich jüngst mit einem kleinen Anteil eingekauft. Die Otavi Minen AG und die Metallgesellschaft Frankfurt plündern andere Metalle, vor allem Stahlveredler, Kupfer und Zink. In den offiziellen Statistiken werden keine Importe aus Namibia aufgeführt, weil der größte Teil der Exporte Namibias über Häfen in Südafrika abgewickelt wird, oder über den einzigen namibischen Industriehafen Walfischbucht, den die Siedlerrepublik zu südafrikanischem Staatsgebiet erklärt hat.

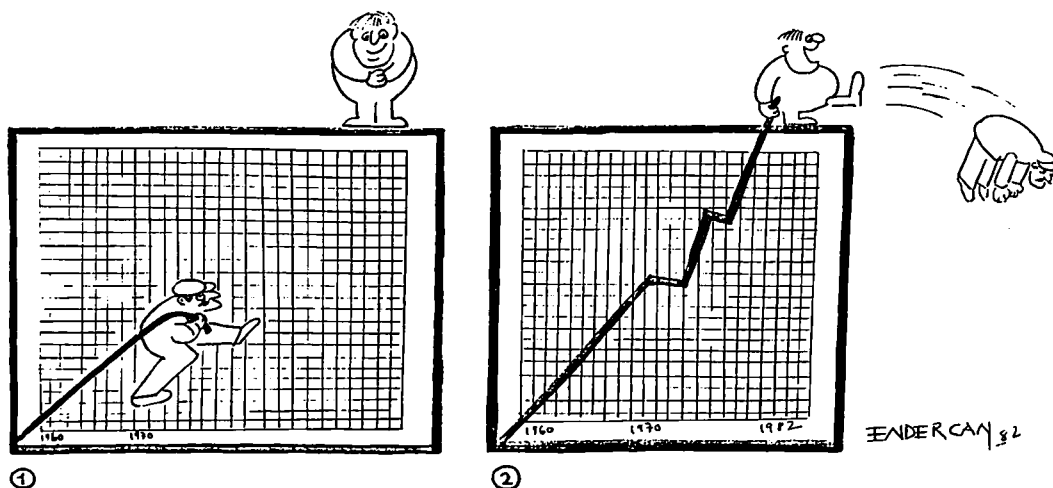
Die Imperialisten haben über lange Jahre versucht, in den Verhandlungen der SWAPO Zugeständnisse abzurufen, die ihnen die Verfügung über die Bodenschätze Namibias sichert, und die Befreiungsbewegung zu spalten durch die Förderung von „schwarzen“ Parteien, die gegen die Enteignung der imperialistischen Monopole und gegen

die Begrenzung von Landbesitz auftragen. Der Aufbau dieser Marionettenparteien ist mit dem Zusammenbruch der DTA gescheitert. Die SWAPO hat den bewaffneten Kampf für die Befreiung Namibias nicht aufgegeben, sondern verstärkt. Das südafrikanische Siedlerregime hält Teile von Angola besetzt, um die Nachschublinien der SWAPO zu zerstören. Wenn in einem solchen Augenblick die USA als Mitglied der „Kontaktgruppe“ den Abzug des kubanischen Militärs aus Angola zur Begünstigung für die Unabhängigkeit Namibias macht – und kein Mitglied der „Kontaktgruppe“ widerspricht dieser Bedingung –, dann ist eindeutig klar, daß die Siedlerarmee unterstützt und gestärkt werden soll.

Die weiße Minderheit in Namibia, die inzwischen auf 75 000 geschrumpft ist, kann sich aus eigener Kraft nicht an der Macht halten. Moralische und politische Unterstützung dieser durch den jahrelangen Guerilla-Kampf der SWAPO zermürbten Bande soll sie stärken. 1978 gründete sich z.B. die „Interessengemeinschaft deutschsprachiger Südwestler“, ein knappes Viertel ihrer Mitglieder in Namibia besitzen nicht die Staatsangehörigkeit Nami-

bia, sondern haben westdeutsche Pässe. Die CDU und insbesondere die CSU haben dieser reaktionären Bande ihre besondere Unterstützung angedeihen lassen. Strauß hat vor der „Interessengemeinschaft“ bei seiner Südafrika-Reise im März vergangenen Jahres mehrere Reden gehalten und somit deutliches Interesse gezeigt an der Bewahrung und Sicherung einer reaktionären „deutschen“ Sippschaft fernab von der BRD. Die „Interessengemeinschaft“ fordert von der Bundesregierung, gegenüber der ehemaligen deutschen Kolonie ihrer Verantwortung nachzukommen. Die SPD/FDP-Regierung hatte ausdrücklich jegliche besondere Verantwortung für Namibia abgelehnt. Die Förderung der „Interessengemeinschaft“ und des „Deutschtums“ in Namibia durch CDU und CSU halten diesen Parteien zumindest den Weg offen, wenn nötig hilferufende „deutsche Brüder und Schwestern“ in Namibia zu finden, die mit allen Mitteln unterstützt werden wollen.

Quellenhinweis: Facts and Reports, Press cuttings on Southern Africa, Ausgaben Oktober 1982 bis Februar 1983; South West Africa Peoples's Organisation (SWAPO) of Namibia, Information & comment, Oktober 1982 bis Januar 1983; Informationsstelle Südliches Afrika (issa), Bonn, Informationsdienst Nr. 1/82 – 1/83



„Die in der Fremde arbeiten“

Karikaturen über die durch Ausländergesetze bestimmte Wirklichkeit in der BRD

Die Ausstellung wird zur Zeit im Internationalen Zentrum der Volkshochschule (VHS) Duisburg gezeigt. Zu sehen sind Karikaturen, die von Türken, Spaniern, Griechen, Italienern und Jugoslawen für einen Wettbewerb eingesandt wurden, den die VHS Duisburg, die Westdeutsche Allgemeine Zeitung und die IG Metall ausgeschrieben hatten.

Der Besuch lohnt sich. Auf 127 Karikaturen wird deutlich, wie sich für ausländische Arbeiter der Alltag in der BRD darstellt, welche Probleme sich durch die Entwurzelung aus ihrer Heimat ergeben: Ein Jugoslawe auf dem Weg in die BRD, auf dem Rücken ein Schild, das ihn als „Export“ deklariert – auf dem zweiten Bild ist er auf dem Weg zurück, hinkend, gekrümmt, auf seinem Rücken steht „Ware nach Gebrauch zurück“. – Der aus Menschen gebildete Schriftzug „Deutschland raus“ (und damit die „Nation“) zerbröckelt, als tatsächlich ein Teil der Menschen aus dem Schriftzug herausgeht. – Ein deutscher Bürokrat: statt des Kopfes ragt aus dem Kragenausschnitt eine vertrocknete Zitrone, Sinnbild für die Unmenschlichkeit der Ausländergesetze.

Vielleicht bedingt dadurch, daß die Karikaturisten ausdrücklich *keine* gegenwärtig in der BRD lebenden Arbeiter sind, hat die Ausstellung auch Schwachpunkte: in den Karikaturen wird relativ oft an den in der BRD Arbeitenden kriti-

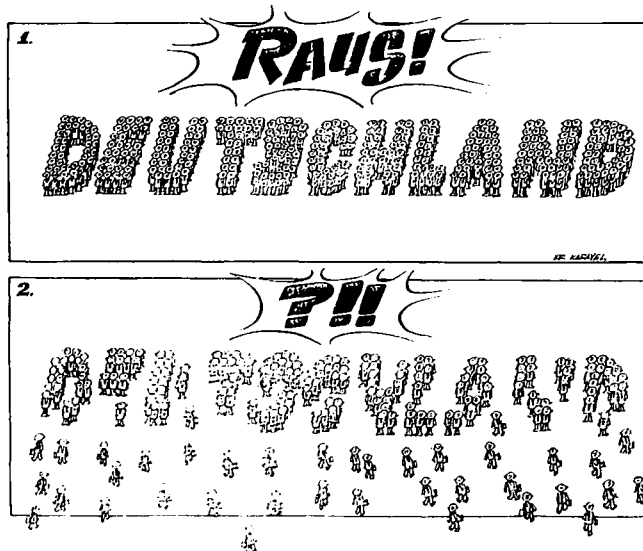
siert, sie seien „konsumgierig“. Für die im Elend der Ursprungsländer Zurückgebliebenen mag sich der scheinbare „Wohlstand“ der in der BRD Arbeitenden so auch darstellen, z.B. der Besitz eines Autos. Auch fehlt die Kritik an politischen Zusammenhängen wie z.B. die Unterstützung, die die BRD der türkischen Junta angedeihen läßt – aber welcher türkische Arbeiter kann ein solches Thema aus der Türkei heraus kritisieren?

Die bürgerliche Öffentlichkeit widmete der Ausstellung große Aufmerksamkeit: Neben der WAZ berichtete die Rheinische Post, BILD, Ausgabe NRW, Westdeutsches Fernsehen und ZDF in mehreren Sendungen, u.a. im Kulturmagazin „Aspekte“. Tenor dieser Publikationen: die jeweiligen

Autoren bekundeten ihre „Betroffenheit“, vermerkten sodann „Hiebe gegen das Gastgeberland“ und zogen dann das Fazit: die Karikaturen seien „überspitzt“.

Mit der Pressereaktion war's dann allerdings auch schon ziemlich aus. Kaum eine Schulklasse fand auf Initiative des Lehrers den Weg in die Ausstellung, geschweige denn Stadträte, Leute vom Arbeitsamt oder mit Abschiebungen befaßte Juristen.

Die Ausstellung kann noch angefordert werden; sie wird in verschiedenen Orten gezeigt werden (voraussichtlich: Nürnberg, Frankfurt, Saarbrücken). Anfragen und Katalogbestellungen an: Internationales Zentrum, Niederstr., Duisburg.



Polizeikritik, von der Polizei gebilligt

Ein „an Orwell grenzender Stoff“, also eine Kritik des modernen Polizeistaates, so kündigt der US-Filmverleih Warner Columbia seinen jetzt in den Kinos angelaufenen Film „Das fliegende Auge“ an. Die Geschichte ist einfach: Man nehme einen immer noch von Skrupeln über seine Kriegsteilnahme geplagten Vietnam-Veteranen als Piloten eines Polizeihubschraubers in Los Angeles, lasse diesen einen für die Bekämpfung von Aufständen sogar mit schweren Bordgeschützen bewaffneten neuen Polizeihubschrauber testfliegen und justament bei diesem Testflug mit den an Bord angebrachten Richtmikrofonen eine Verschwörung mehrerer Regierungsbeamter gegen die spanisch-sprechende Bevölkerung der Stadt mithören. Der Rest ist wie gehabt: Die ertappten Regierungsbeamten – die gleichen übrigens, die auch den Hubschrauber für ihre Pläne entwickeln ließen – veranstalten eine wilde Jagd auf den Hubschrauberbestpiloten, um zu verhindern, daß dieser die Tonbandaufnahme ihrer Unterhaltung veröffentlicht. Hubschrauber-gefechte und ein Gefecht zwischen dem neuen Hubschrauber und zwei F-16-Jägern über Los Angeles sorgen für die nötige „Action“. Am Ende siegt natürlich der gute Polizist, die Technik hat sich gegen ihre eigenen Urheber gewendet. Eine ziemlich unglaubliche Parabel über die moderne Polizeiausrüstung, die angeblich ihre guten Seiten hat, nämlich, wenn sie zum Aufspüren verbrecherischer Politiker dient.

Keine Klassenversöhnung gegen Nazi-Terror

Auf Intervention der tschechischen Regierung aus der Haft der deutschen Faschisten entkommen, veröffentlicht Kisch ein Jahr nach der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland eine Reihe Erzählungen, in denen er historische und aktuelle Begebenheiten in jüdischen Ghettos beschreibt. Er wendet sich gegen fromme Hoffnungen, dieses Mal werde Gott die Angehörigen der jüdischen Religion vor der Verfolgung schützen, indem er immer wieder darauf hinweist, daß alle Frömmigkeit gegen die brutale Verfolgung der Juden im ausgehenden Mittelalter und mit der Herausbildung

der Kapitalistenklasse nichts geholfen habe. Er erinnert an die Inquisition in Spanien und Portugal, betrieben von der Stütze des Feudaladels, der katholischen Kirche, um die jüdischen Konkurrenten im Handel mit den amerikanischen Kolonien zu beseitigen, an die beständigen Überfälle und Greuel, ausgeübt unter dem Schutz der Kirche, um die Anhänger der jüdischen Religion zu zehntpflichtigen Katholiken zwangsweise zu taufen. Kisch beschreibt aber auch das Elend der zigmal vertriebenen armen Juden, denen nicht die Religion, sondern der Kampf für ihre Interessen einen Ausweg böte. Und deren Kampfeswillen häufig erstickt wird durch die religiösen Verbrämung der Klassenwidersprüche, die in den jüdischen Ghettos nicht weniger schroff sind als im umliegenden Land. Einige Geschichten schildern die Tätigkeit der jüdischen Kapitalisten, die nicht weniger gierig und brutal aussaugend in der Ausbeutung der Arbeiter und der Ausplünderung der Kolonien ihres jeweiligen Staates sind als ihre christlichen Konkurrenten. Die Geschichten wenden sich gegen die Hoffnung, die Juden könnten sich durch national oder religiös begründete Zusammenschlüsse mit Erfolg gegen die nationalsozialistische Terrorherrschaft wehren, sie erläutern, warum solche Zusammenschlüsse angesichts der schroffen Klassenwidersprüche fast unmöglich sind, prangern die Bereitwilligkeit der reichen Juden an, Geschäfte auch mit den brutalsten Gegnern zu tätigen, sofern nur ein Profit zu machen ist.

Egon Erwin Kisch, Geschichten aus sieben Ghettos, Fischer Taschenbuch, Nr. 5174, 7,80 DM

Sich beugen oder kämpfen

Um diese beiden Möglichkeiten und ihre Folgen geht es in dem spanner-d und witzig erzählten Roman, der Mitte der sechziger Jahre in Arizona spielt. Der Rest der Pajute-Indianer lebt in einem Wüstenreservat bei Phoenix. Es mangelt ihnen an Nahrung, Kleidung, Wohnung, Arbeit, medizinischer Versorgung, schlicht an allem. Wegen einer Straße, die am Reservat vorbei gebaut wird, kann ein krankes Pajute-Mädchen nicht schlafen. Das bringt einige Indianer, die bei selbstgebranntem Fusel darum streiten, wie die Situation der Indianer zu ändern sei, mächtig auf. Es sind

Elf, der als einziger die Schule besucht hat und die Geschichte im Nachhinein niederschreibt, der Verwundete Bär Mr. Smith, der alle Verträge, die die Vereinigten Staaten je mit dem Stamm geschlossen haben, gesammelt hat und der Flügelschlagende Adler (Ad), ein Sauf- und Raufbold, in dem das Kriegerische, das „Sich-nicht-beugen-wollen“ der alten Pajute weiterlebt und der auf die „guten“ Indianer sauer ist. Sie wollen die Öffentlichkeit auf die Zustände im Reservat aufmerksam machen und starten gegen den Baulärm eine erste „Großaktion für die Freiheit“, die sie zwar erfolgreich durchführen, die ihnen aber nicht die gewünschte Resonanz verschafft. Immer unterstützt durch den Rat des Verwundeten Bären, der für jede Aktion nicht-widerrufene Dokumente ausgräbt, entführen sie als nächstes einen Zug mit Rodeo-Tieren in ihr Reservat, um ihr Recht auf ein menschenwürdiges Leben geltend zu machen. Die gelungenen Aktionen stärken das Vertrauen in die eigene Kraft und nehmen die Illusionen auf Anstöße von außen, denn die Publicity ist fast nur negativ. Von der Absicht des Aufmerksam-machen-wollens gehen die Indianer mehr und mehr zum Kampf über, der einzig dazu geeignet ist, Bewegung in den tief gespaltenen Stamm zu bringen. Sie setzen an zu einem „Letzten Großen Verfluchten Indianderaufstand“. Sie reiten los, um bewaffnet, aber ohne Patronen, nach einem alten Dokument völlig legal die Stadt Phoenix zu nehmen. Ad, der diese Aktion mit der „Eleganz und dem Timing eines Kommandounternehmens“ leitet, wird erschossen, die anderen nach einer Schlägerei mit der Polizei ins Gefängnis geworfen. Am Ende des Romans, dessen Handlung sich ausschließlich über Diskussionen der Personen entwickelt, sind auf Reformen setzende Hoffnungen verschwunden. Die Publicity bringt zwar die Wahrheit an den Tag, aber nichts ist geschehen. Die Indianer müssen weiter kämpfen. Bezüglich der Weißen ist das Freund-Feind-Bild christlich geprägt. Gute und Schlechte handeln aus persönlichen Gründen. Der zu Anfang angegriffene Straßenbaukapitalist verbündet sich mit den Indianern, weil er Jude ist und auch verfolgt wurde. Trotz gelegentlichem Pathos ein erfreulicher Roman.

Clair Huffaker, Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer, Weismann Verlag München

Gandhi-Film

Ein gigantisches, idealistisches Geschichtsgemälde

Unter ungeheurem Werbeaufwand wird jetzt überall in der Welt das dreieinhalb-stündige Filmepos „Gandhi“ von Sir Richard Attenborough aufgeführt. Über 200 000 Personen sollen insgesamt mitgewirkt haben. Emphatisch wird festgestellt: „Es forderte einen bemerkenswerten Mann, das Britische Empire zurückzuweisen und ein Volk von 350 Millionen Menschen zu befreien. Sein Triumph veränderte die Welt für immer.“ Auf dieser Grundauffassung ist der Film erstellt. Soweit das bei der notwendigerweise teilweise gerafften Darstellung möglich ist, hält sich der Film an die historischen Gegebenheiten. Der Film beginnt mit der Ermordung Gandhis am 30.1.1948 durch einen fanatisierten Hindu und setzt dann ein zu dem Zeitpunkt, wie er als junger Rechtsanwalt indische Handelsinteressen im damals unter britischer Kolonialherrschaft stehenden Südafrika vertritt.

Gandhi wurde 1869 in Porbandar als Sohn eines Regierungsbeamten geboren. Er gehörte der Kaste der Banias an, die in der Hauptsache Händler und Kaufleute stellen. In der Zeit seines Jurastudiums in London prägte sich auch seine langandauernde Loyalität gegenüber dem britischen Empire, die eigentlich erst nach dem Massaker von Amritsar am 13.4.1919 erschüttert wurde. Während seiner Tätigkeit als Anwalt in Natal (Südafrika) verstärkte er seine Bemühungen, etwas zur Verbesserung der Lage der zahlreichen indischen Kontraktarbeiter zu tun, die zum großen Teil um Durban in Minen oder in der Landwirtschaft beschäftigt waren und durch hohe Besteuerung in elender Lage gehalten wurden. Gandhi unterstützte hier Bewegungen gegen die Paßgesetze der Kolonialisten.

Im politischen Leben Indiens eine herausragende Rolle begann Gandhi aber erst 1919 im Kampf gegen die *Rowlatt Acts* zu spielen. Die britischen Kolonialisten hatten Indiens Landbevölkerung in tiefstes Elend gebracht durch Überschwemmung mit billigen englischen Maschinenwaren, wodurch die heimische Handindustrie erdrosselt worden war. Sie bürdeten den Bauern immer neue Steuerlasten auf. Ein wichtiger Vertreter des Kampfes gegen die Kolonialherrschaft war B.G. Tilak (1856–1920), der in der Hungersnot 1896 zur Steuerverweigerung und zur nationalen Revolution aufrief. An einzelnen Punkten bildeten sich Guerillagruppen, die aber vereinzelt operierten und nur regionale Wirkung hatten. 1906 kam es mit Tilaks Unterstützung zu weitgreifenden Boykottbewegungen gegen englisches Tuch und gegen englische Bildungseinrichtungen. Da die Kämpfe zunahmen, führte Richter Rowlatt Gesetze für Standgerichte ein gegen die „Terroristen“.

Nach dem Massaker von Amritsar, bei dem bei einer Massenkundgebung von Kolonialtruppen ohne Vorwarnung auf die Menge gefeuert und über 500 getötet wurden, begann Gandhi eine Bewegung des „bürgerlichen Ungehorsams“ zu organisieren und die Nicht-Zusammenarbeit mit der „satanischen“ Regierung zu propagieren. Öffentliche Verbrennungen britischen Tuchs wurden durchgeführt, und Gandhi propagierte die Benutzung des einfachen indischen Spinnrades zur Herstellung von eigenem Tuch. Die Bewegung dauerte bis Ende 1920, konnte das gesteckte Ziel „Selbstregierung“ allerdings nicht erreichen. Doch war es gelungen, eine neue Verwaltungsstruktur zu erkämpfen, die die Kongreßprovinzen (Kongreß = indische, von den Engländern gebilligte Parlamente) nach Sprachgebieten und nicht mehr nach den willkürlichen englischen Festlegungen ordneten.

Die zweite große politische Aktion, die Gandhi einleitete, war gegen das Salzmonopol der Kolonialisten gerichtet. Im Film wird die Angelegenheit hoffnungslos idealistisch dargestellt, als ob Gandhi sich bei der Meditation am Meer solche Sachen ersonnen hätte. Tatsächlich ließ Gandhi am 26. Januar 1930 – seither als Unabhängigkeitstag gefeiert – ein Manifest im ganzen Land verlesen, das er mit Kongreßführern entworfen hatte. Es wandte sich gegen die Steuerlast und trat ein für die Beseitigung der Salzsteuer, Kürzung der Militärausgaben und Beamtengehälter, für Schutzzölle, Abwertung der Rupie und Freilassung der politischen Häftlinge. Gegen das Salzmonopol der Regierung führte er einen Marsch zum Meer durch, wo er selbst das Salzgesetz brach. Überall in Indien begannen die Massen Salz herzustellen. Gleichzeitig wandte Gandhi sich gegen die Diskriminierung der unter-

sten Kastenschichten und propagierte die Zusammenarbeit von Hindu und Muslim im Kampf gegen die Briten.

Der Kampf hatte Schwächen, die sich herausstellten, als das lädierte Empire 1946 Indien die Unabhängigkeit geben mußte. Anstatt verschiedene Kampfformen zu entwickeln, also auch militärische, war Gandhi absolut für Gewaltfreiheit, was ihm zwar Popularität unter westlichen Liberalen einbrachte, aber dem Kampf die Tiefenorganisation und zwischen den großen Kampagnen die Schlagkraft nahm und den Engländern ermöglichte, Indien hinzuhalten und zu spalten.

Zur Darstellung des Geschehens im Film ließe sich sagen, daß die Person Gandhis sehr eindrucksvoll dargestellt ist und wahrscheinlich auch zutreffend. Nur an Einzelpunkten allerdings wird die soziale Lage der indischen Massen zur Sprache gebracht. Der Gründer Pakistans Jinnah wird als eleganter Widerpart zu Gandhis Schlichtheit dargestellt und das schwierige Problem, vor dem das unabhängige Indien mit der Frage der Religionszugehörigkeit und sozialen Stellung stand, so reduziert. Um zu erfahren, wie sich die indische Geschichte zu dieser Zeit abgespielt hat, ist der Film eher ungeeignet.

Quellenhinweis: Heimo Rau, Gandhi, Rowohlt Monographien, Hamburg, 1970; Fischer Weltgeschichte Bd. 33 und 29, Frankfurt a.M.

Konzentrationslager (III)

In der BRD mußten sich die Auftraggeber nie verantworten

Wie in den beiden vorhergehenden Artikeln beschrieben, waren die in den Konzentrationslagern verübten Verbrechen keineswegs das Ergebnis der Verrohung einiger SS- und KZ-Schergen, die auf Befehl weniger vom Rassenwahn besessener Naziführer handelten. Die deutsche Bourgeoisie hatte vielmehr die Konzentrationslager als Mittel zur Durchsetzung ihrer Expansions- und Kriegsziele errichten lassen, als Terrorinstrumente gegen die Arbeiterbewegung und die vom Hitlerfaschismus überfallenen Länder. Sämtliche größeren Kapitalisten waren direkt und persönlich an der Organisation der Zwangsarbeit beteiligt. Sie bereicherten sich an der Ausbeutung der Millionen ausländischer Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge. Sie wußten genau, daß diese Sklavenarbeit auf dem grausamen Terror der Naziherrschaft beruhte und nur möglich war aufgrund der ständigen Androhung von Vernichtung und Quälerei in den KZs.

Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß von 1946, den ein von vier Alliierten gemeinsam gebildetes Militärtribunal durchführte, wurde neben Ministern der Hitler-Regierung, Wehrmachts- und Parteiführern mit Hjalmar Schacht ein Vertreter des deutschen Finanzkapitals angeklagt. Obwohl die Beweisaufnahme eindeutig ergab, daß Schacht als Reichsbankpräsident bzw. zeitweilig als Wirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für Kriegswirtschaft sowohl an dem Aufbau der Kriegsmaschinerie beteiligt war als auch an den Judenverfolgungen und an der Ausplünderung der durch die Deutschen besetzten Gebiete, sprachen ihn die Richter der drei westlichen Alliierten gegen den Protest der Sowjetunion frei.

Die im Potsdamer Abkommen festgehaltene Absicht, das „deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen“ verkehrten die westlichen Alliierten ebenso ins Gegenteil wie den Auftrag, Kriegsverbrecher und führende Nazis „von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen zu entfernen“. Zwar beschlagnahmten auch die westlichen Militärbehörden die Vermögen von Krupp, Flick, der IG Farben und anderer Monopole, die an der Vorbereitung des Krieges und der Durchführung der Zwangsarbeit führend beteiligt waren. Während jedoch in der sowjetisch besetzten Zone diese Fabriken in Volkseigentum überführt wurden, unterstellten die westlichen Militärbehörden die beschlagnahmten Vermögen treuhänderisch deutschen „Kontrollorganen“, in denen die Vertreter der alten Monopole saßen. So lag die Treuhandverwaltung für die Eisen- und Stahlindustrie in der britischen Militärzone bei Heinrich Dinkelbach, der unter Hitler Direktor der „Vereinigten Stahlwerke“ (Flick-Konzern) war. Der Vorsitzende der deutschen Hüttenindustriellen in der britischen Zone wurde Ernst Poensgen, unter dem Hitlerregime eines der 13 Mitglieder des Reichsrüstungsrates.

Nach dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß von 1946 lag die Verantwortung für die weitere Aufdeckung und Aburteilung der Kriegs- und Naziverbrechen bei den einzelnen Alliierten. Die wenigen Kriegsverbrecherprozesse, die die westlichen Militärbehörden gegen Kapitalisten durchführten, endeten mit milden Urteilen.

Am 22.12.1947 erhielt Friedrich Flick sieben Jahre Gefängnis, zwei seiner leitenden Direktoren wurden zu fünf bzw. zweieinhalb Jahren verurteilt, drei weitere freigesprochen. Obwohl alle Angeklagten die Zwangsarbeit von über 40000 ausländischen Arbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen in den Flick-Bergwerken und -Fabriken organisiert hatten, sprach sie das US-Gericht von diesem Verbrechen frei. Bei Flick führte das Gericht zur Begründung an: „Es ist zweifellos wahr, daß, falls Flick ausdrücklich erklärt hätte, ich werde alle meine Betriebe unverzüglich schließen, da mir dieses System der Zwangsarbeit ausländischer Arbeiter nicht paßt“, dies zumindest die Folge gehabt hätte, daß ihm die Leitung seiner Betriebe entzogen worden wäre. Außerdem bestand die Möglichkeit, daß man ihn ins Konzentrationslager gebracht hätte.“ Mit dieser Begründung des Gerichts war derselbe Flick, der dem „Freundeskreis Himmler“ angehörte und darüber der SS Millionen Reichsmark an Spenden zum Ausbau der Konzentrationslager zukommen ließ, der zahlreiche „arisierete“ oder in den besetzten Gebieten geraubte Fabriken seinem Vermögen einverleibt hatte, der 1933 zu jenen Industriellen gehörte, die Hitler offen zur Machtübernahme aufgefordert hatten, auf einmal nur noch ein kleiner „Mitläufer“, der mehr gezwungen, ohne eigene Verantwortung gehandelt hatte! Bereits am 25.8.1950 wurde Flick als einer der ersten Kriegsverbrecher vom hohen Kommissar McCloy begnadigt und im Januar 1951 wurde auf Ersuchen der Adenauer-Regierung die angeordnete Entflechtung der Friedrich Flick KG eingestellt.

Mit ausdrücklicher Berufung auf das Urteil gegen Flick endete am 28.7.1948 der Prozeß gegen 23 Direktoren und Vorstandsmitglieder des IG Farben-Konzerns: zehn Freisprüche, die übrigen erhielten Gefängnisstrafen zwischen eineinhalb und acht Jahren, die bald ausgesetzt wurden. Die verurteilten Spitzen der IG Farben kehrten nach Gründung der BRD Anfang der fünfziger Jahre auf die entsprechenden Posten in den IG Farben-Nachfolgekonzernen BASF, Bayer und Hoechst zurück.

Selbst die höchste gegen einen Kapitalisten wegen Kriegsverbrechen und Organisation von Zwangsarbeit von einem US-Militärgericht ausgesprochene Strafe wurde am 1.2.1951 aufgehoben: Alfred Krupp, der zu zwölf Jahren Gefängnis und Einziehung seines Vermögens verurteilt worden war, wurde entlassen und erhielt sämtliche Fabriken zurück. McCloy führte zur Begründung an: „Sie (die unmenschliche Ausbeutung ausländischer Zwangsarbeiter) war aber nicht schlimmer als die Haltung der Leiter des Flick-Konzerns und der IG Farben gegenüber den dort beschäftigten Zwangsarbeitern. Da diese seit längerer Zeit begnadigt sind, liegt es im Interesse der Gerechtigkeit, wenn auch Krupp und seinen Mitangeklagten die Freiheit wiedergegeben wird.“

Aber die deutsche Bourgeoisie verließ sich nicht nur darauf, daß die westlichen Alliierten sie schonend behandeln würde. Schon früh begann sie, sich wieder zu organisieren und nahm selbst aktiv Einfluß auf die „Entnazifizierung“ und die Wiederherstellung ihrer uneingeschränkten staatlichen Macht. Bereits im Herbst 1945 bildeten sich in den Westzonen Unternehmerverbände, die sich im Gegensatz zu den Gewerkschaften auf Zonen- und Länderebene organisieren durften. Während die westlichen Militärbehörden den Gewerkschaften jede politische Betätigung verboten (z.B. forderten auf Gewerkschaftsversammlungen Arbeiter die Absetzung und Bestrafung ihres Kapitalisten wegen Naziverbrechen, stellten Besatzungsoffiziere mißbilligend fest), erhielten die neugebildeten Unternehmerverbände bald entscheidende „Beraterfunktionen“ in den alliierten Besatzungsbehörden. Die deutsche Monopolbourgeoisie konnte so nicht nur ihre wirtschaftliche Position erhalten, indem sie alle Absichten, ihren Besitz zu enteignen oder auch nur die Monopolstruktur zu zerschlagen, vereitelte. Sie hat darüber hinaus die „Entnazifizierung“ zu einer Farce gemacht, an deren Ende die Restaurierung eines Staatsapparates stand, der sich zu erheblichen Teilen aus dem alten Personal des faschistischen Apparates rekrutierte.

Bis 1947 mußten z.B. in der amerikanischen Zone 11,6 Mio. Menschen Fragebogen zur „Entnazifizierung“ ausfüllen. Diese formale Umregistrierung verbunden mit der Propagierung der „Kollektivschuld des ganzen deutschen Volkes“ gab den tatsächlich Verantwortlichen an den Verbrechen des Hitlerfaschismus nicht nur die Möglichkeit, durchzuschlüpfen und ihre direkte und

persönliche Beteiligung unter allgemeinen Schuldbekennnissen zudecken. Zugleich nährte dieses Vorgehen Forderungen, jetzt endlich Schluß zu machen mit der Abrechnung.

Das Ergebnis dieser „Entnazifizierung“: mit Gründung der BRD waren in Hessen 50% der hohen und höheren Beamten ehemalige Nazis. In Bayern waren die von den US-Behörden zunächst aus den Regierungsstellen entfernten ehemaligen Mitglieder der NSDAP zu 80% wieder eingesetzt; 60% der Richter und 76% der Staatsanwälte waren vormals in der NSDAP. 1949/50 waren wenigstens 60% der in Westdeutschland tätigen Lehrer ehemalige Nazis. Selbst in die höchsten Regierungsstellen wurden ziemlich ungeniert hohe Nazibeamte eingestellt. Nur ein Beispiel: der Staatssekretär in Adenauers Bundeskanzleramt Globke war zuvor im Reichsinnenministerium unter anderem mit der Abfassung der Rassengesetze befaßt.

Mit dem Grundgesetz sicherte dann die westdeutsche Bourgeoisie die Übernahme des alten Apparates ausdrücklich verfassungsmäßig ab. In Artikel 131 und dem dazugehörigen Ausführungsgesetz ist als Auftrag festgehalten, daß alle ehemaligen Beamten des Deutschen Reiches, soweit sie nicht wieder bereits im Amt waren, erneut eingestellt werden müssen. Ausgenommen waren nur solche Beamte, die wegen Verbrechen direkt verurteilt waren. 1956 verfügte dann das Bundesverteidigungsministerium, daß ehemalige Offiziere der Waffen-SS als Offiziere in die Bundeswehr aufgenommen werden können.

Nachdem sich die Monopolkapitalisten als Verantwortliche für die Kriegs- und Naziverbrechen allesamt wieder im Besitz ihrer Vermögen und der größte Teil des faschistischen Gewaltapparates sich wieder in Amt und Würde fanden, tat die westdeutsche Bourgeoisie in den folgenden Jahren alles, um eine Aufdeckung und Strafverfolgung selbst der unteren Chargen der SS- und KZ-Mörder zu verhindern. Bis 1958 führten die Staatsanwälte nur dann eine Strafverfolgung eines Naziverbrechers durch, wenn der Aufenthaltsort des Angezeigten in ihrem Amtsbereich lag – aber wel-

cher KZ-Häftling wußte schon, wohin der KZ-Kommandant, -Aufseher usw. untergetaucht war? Erst 1958 richteten die Länderjustizminister die „Zentralstelle zur Verfolgung nationalsozialistischer Tötungsverbrechen“ in Ludwigsburg ein, die systematischer für die einzelnen Konzentrationslager verfolgen sollte, wer die Mordbefehle durchführte.

1960 endete die Verjährungsfrist für alle vor 1945 begangenen Verbrechen außer Mord und Beihilfe zum Mord. 1964 sollten auch Mordtaten, die während des Hitlerregimes begangen wurden, verjähren. Bis dahin hatten in Westdeutschland sowohl alliierte als auch später westdeutsche Gerichte 12457 Personen wegen Kriegs- und Naziverbrechen angeklagt. In über 7000 Fällen sprachen sie frei, stellten das Verfahren ein oder eröffneten die Hauptverhandlung nicht, nur 5234 wurden rechtskräftig verurteilt, davon nur 80 zur Höchststrafe (neun zum Tode, 71 lebenslänglich). Im Vergleich dazu wurden bis 1964 in der sowjetisch besetzten Zone und später in der DDR 16572 angeklagt, 12807 verurteilt, davon 118 zum Tode, 231 zu lebenslangen Zuchthaus, obwohl die Bevölkerungszahl in der DDR nur ein Drittel der BRD-Einwohner beträgt und der größte Teil der Naziverbrecher sich nach Kriegsende in die westlichen Besatzungszonen abgesetzt hatte. Die Proteste von Angehörigen der Opfer des Hitler-Regimes, der Gewerkschaften und jener Länder, die am meisten unter den Verbrechen des Hitlerfaschismus zu leiden hatten, dagegen, daß Tausende von Naziverbrechern ungestraft bleiben sollten, zwangen schließlich die Bundesregierung 1965, die Verjährungsfrist zunächst um vier, 1969 um weitere zehn Jahre zu verlängern und 1979 endlich ganz aufzuheben. Aber auch wenn in den folgenden Jahren westdeutsche Gerichte den einen oder anderen Henkersknecht noch verurteilten, änderte das nichts mehr daran, daß die Verantwortlichen für die Verbrechen des Faschismus längst erneut Kriegs- und Expansionspläne schmiedeten.

Quellenhinweis: Braunbuch, Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik, Berlin 1965; Fall 5, Anklageplädoyer, ausgewählte Dokumente, Urteil des Flick-Prozesses, Berlin 1965; Fall 6, Ausgewählte Dokumente und Urteil des IG Farben-Prozesses, Berlin 1970; R. Badstübner, Restauration in Westdeutschland, Berlin 1965

Portraitstudien

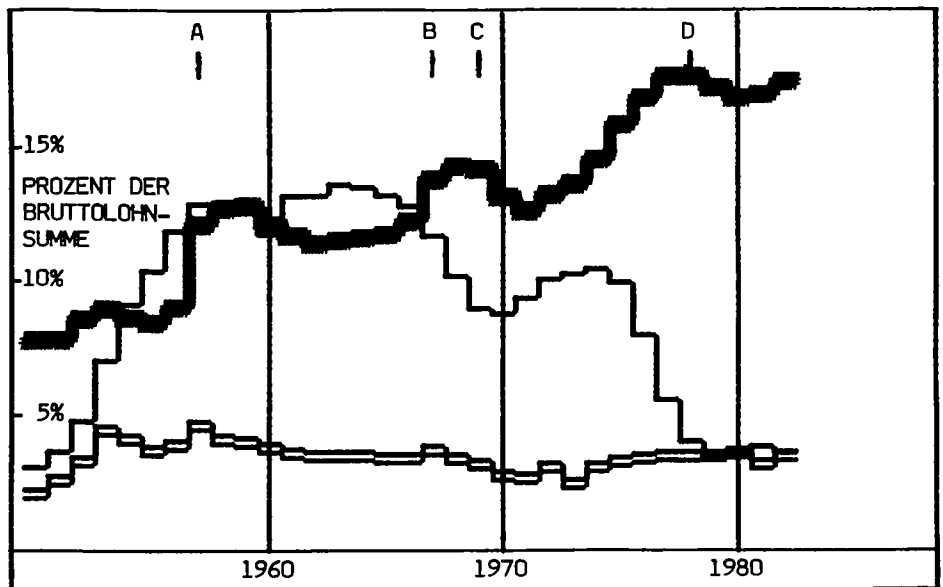


Rentnerin, Kohle-/Kreide-Zeichnungen, 70x100 cm, gäv, Kunstgruppe Köln

Die Wahlaussagen von SPD und CDU werden interpretiert von Fachsprechern in Richtung Nettoanpassung der einen oder anderen Version, also materiell als Bereitschaft zur weiteren Förderung der Rentnerverelendung. Blüm nennt als Weg dazu die Sozialversicherung "als System sich selbst erneuernder Regelkreise": "Man müßte sich (angesichts des "ungünstigen Altersaufbaus", d. Verf.) in der Rentenversicherung auf einen Maximalbeitrag der Rentenversicherung verständigen, alle darüberhinausgehenden Finanzerfordernisse sollten dann sowohl auf Beitragszahler und Rentner verteilt werden." (Vortrag vor der Konrad-Adenauer-Stiftung im April 82)

Nach den für September bereits beschlossenen Anhebungen der Rentenbeiträge auf 18,5% sind nun u.a. durch Meinhold (Sozialbeirat) und Blüm weitere Beitragserhöhungen für das folgende Jahr ins Spiel gebracht. Mit "Altersaufbau" und dergl. haben diese absolut nichts zu tun, denn der Altersaufbau wirkt noch bis 84 hinein statistisch betrachtet zugunsten der gegenwärtigen Rentenfinanzierung. Also gibt es für die damit eingestandene auch kurzfristige "Unsicherheit" der Renten bloß folgende Gründe: 1. wirkt die Lohnsenkung der vergangenen Jahre nachhaltig in der Rentenversicherung; 2. hat die Sozialpolitik diese Wirkung kräftig verstärkt durch Kürzungen und Streichungen auf der Einnahmeseite der Rentenversicherung. Da also die "Altersicherung" nicht "gesichert" ist, sollen die lohnabhängig "Aktiven" für diese Folgen der Lohnrückerei der Bourgeoisie auch noch weiter aufkommen mit höheren Lohnabzügen. Grandioses "Umlageverfahren" und schöne "Solidarität der Generationen"!

Es wird notwendig, diesen "Regelkreisen" sehr grundsätzlich entgegenzutreten. Die nebenstehenden Materialien behandeln die von der CDU als "Aufbauleistung" ausgegebene Ent-Sicherung der gesetzlichen Rentenversicherung. Im wesentlichen folgende Interessen können für die Beseitigung des Deckungsvermögens der Rentenversicherung verantwortlich gemacht werden: die Beseitigung von Schuldforderungen der Versicherung an das frühere "Reich"; die Entledigung der Staatsgewalt von der früheren Deckungsverpflichtung der "Grundrente"; die Entlastung der Bourgeoisie auf der Lohnseite; schließlich das nicht gering zu schätzende Interesse der Lebensversicherungskapitalisten.



IN % DER BRUTTOLOHN-SUMME DES JAHRES:

■ = RENTENAUSGABEN (ARBEITER + ANGESTELLTE)

— = RÜCKLAGE DER RENTENVERSICHERUNG

- - - = BUNDESZUSCHUSS AN DIE RENTENVERSICHERUNG

A : STATT ANWARTSCHAFTS- ABSCHNITTSSCHÜSS AB 1957

B : FINANZÄND.GESETZ 67 GIBT ABSCHNITTSSCHÜSS AUF

C : RÜCKLAGE FÜR 3 MONATSAUSGABEN AB 1969

D : RÜCKLAGESOLL NUR NOCH FÜR 1 MONATSAUSGABE AB 1978

Finanzen der Rentenversicherung (I)

1952. Mackenroth liefert das theoretische Dogma für die Trennung der (Lohn-)Kosten der einzelnen Arbeitskraft und ihrer (Renten-) Versorgung im Alter: "Nun gilt der einfache und klare Satz, daß aller Sozialaufwand immer aus dem Volkseinkommen der laufenden Periode gedeckt werden muß. Es gibt keine andere Quelle und hat nie eine andere Quelle gegeben, aus der Sozialaufwand fließen könnte, es gibt keine Ansammlung von Fonds, keine Übertragung von Einkommensanteilen von Periode zu Periode, kein 'Sparen' im privatwirtschaftlichen Sinne - es gibt einfach gar nichts anderes als das laufende Volkseinkommen als Quelle für den Sozialaufwand."

1956. Schon bei gesetzlicher Aufgabe der Verpflichtung zur Bildung eines für alle stehenden und entstehenden Ansprüche ausreichenden Deckungsvermögens war die Auswirkung absehbar. Der damalige CDU-Sozialminister erklärt im Bundestag: "Die Errechnungen sehen vor, daß für die nächsten 30 Jahre in Zehnjahresabschnitten die Finanzierung in der Form sichergestellt wird, daß wir nach Ablauf der ersten zehn Jahre ... mit einer Rücklage von ungefähr 10 Mrd. DM abschließen werden. In der zweiten Etappe werden wir den größten Teil ... zusätzlich verbrauchen müssen, und in der dritten Etappe werden wir daran denken müssen, entweder die Beiträge oder die Staatszuschüsse erhöhen zu müssen. Das ist doch wohl klar."

1967. Das Finanzänderungsgesetz unter Strauß als Finanzminister und Katzer als Sozialminister der Großen Koalition hebt auch die 10-Jahres-Deckung auf. Die "Sozialenquete-Kommission" hat dafür 1966 argumentiert: "Eine ruckhafte Beitragserhöhung des erforderlichen Ausmaßes kann das wirtschaftliche Wachstum nur ungünstig beeinflussen. Im Falle günstiger Konjunktur wird eine derartige Lohnkostenerhöhung ... überwältigt und bewirkt ... einen kumulativen Inflationsprozeß. Bei ungünstiger Konjunkturlage muß die Kostenerhöhung, die dann nicht beliebig überwälzbar ist, depressiv wirken."

1981. Nachdem die Rücklageverpflichtung inzwischen auf eine Monatsausgabe gesenkt ist, kommt eine Wissenschaftlergruppe des Sozialbeirats mit einer Modellrechnung aufgrund der Verhältnisse des Jahres 1979 zu folgender Feststellung: "Mit Hilfe der Modellrechnung läßt sich aber auch die Frage beantworten, welcher Beitragssatz in einer Bevölkerung erforderlich wäre, deren Geburtenzahl konstant und deren Altersaufbau ... sich allein aus bestimmten ebenfalls konstanten Sterbewahrscheinlichkeiten ergibt. Konstruiert man eine solche 'stationäre Bevölkerung' ..., so ergibt sich ein erforderlicher Beitragssatz von 22 v.H. zur dauerhaften Sicherung des in den Prämissen enthaltenen Renten-niveaus von 43,6%."

Kindergeld und Familienbesteuerung

Im Wahlprogramm der CDU/CSU heißt es: "Wir wollen den Familienlastenausgleich verbessern. Diesem Ziel dient die familienfreundliche Ausgestaltung des Steuerrechts durch ein Familiensplitting: Wer Kinder hat, soll weniger Steuern zahlen als derjenige, der keine Kinder hat. Das gilt auch für Alleinerziehende." Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen mit der FDP war noch genauer: "Das Ehegattensplitting soll zum 1.1.1984 kostenneutral in das Familiensplitting umgewandelt werden."

Seit Abschaffung des Kinderfreibetrages durch die Steuerreform 1974 und dessen Ersetzung durch ein einheitliches Kindergeld bemühen sich die Unionsparteien darum, daß der "Familienlastenausgleich" wieder über die Besteuerung geregelt wird. Diese Absicht ist bestärkt worden durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 3.11.1982 zur Besteuerung von Familien, in dessen Begründung hervorgehoben wird: "Es ist ein grundsätzliches Gebot der Steuergerechtigkeit, daß die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ausgerichtet wird ... Die wirtschaftliche Belastung durch Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern ist ein besonderer, die Leistungsfähigkeit der Eltern beeinträchtigender Umstand." Als erster Schritt dahin ist seit Anfang 1983 ein Kinderfreibetrag von 432 DM in die Lohnsteuertabelle eingearbeitet worden. Wie er wirkt, ist aus den nebenstehenden Schaubildern ersichtlich: Bei niedrigen und mittleren Einkommen ist er kaum spürbar, während er für hohe Einkommen schon einen Vorgeschmack für die zu erwartenden Steuerbegünstigungen durch das geplante Familiensplitting abgibt.

Das schon erwähnte Urteil des Bundesverfassungsgerichts weist eigens darauf hin, daß das von Wirtschaftsminister Jaumann entwickelte Modell der Bayerischen Staatsregierung für das Familiensplitting dem "Prinzip der Steuergerechtigkeit" entspreche. Dieses Modell sieht die Einbeziehung von Kindern in das bestehende Ehegattensplitting vor, wobei die Höhe des Splittingfaktors pro Kind noch umstritten ist. Aber selbst bei einem angenommenen Splittingfaktor von 0,6 erreicht die Steuerentlastung erst bei einem Monatsbruttoeinkommen von über 4000 DM die Höhe des jetzigen Kindergeldes einschließlich Steuerentlastung, um dann mit weiter steigendem Einkommen sehr steil anzuwachsen. Die Schlechterstellung der niedrigen und die Bezuschussung der höchsten Einkommen ist so augenfällig, daß der Parlamentarische Staatssekre-

tär im Bundesfinanzministerium Hans-Jörg Häfele am 26.1. verlauten ließ: "Der Splittingvorteil wird selbstverständlich nach oben begrenzt werden." Das wiederum stieß auf schärfsten Protest von FDP und Handelsblatt, so daß Häfele wenige Tage später klarstellen mußte, daß er keineswegs an die Kappung des Steuervorteils des bisherigen Ehegattensplitting denke, wie es die SPD verlange.

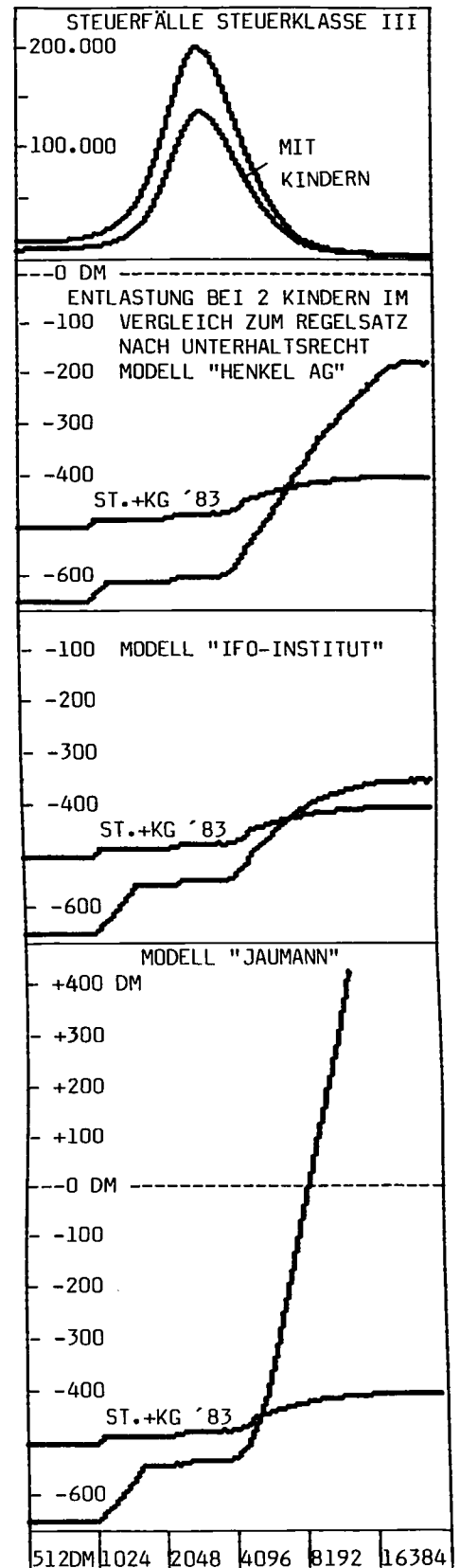
Kapitalistenverbände und Forschungsinstitute arbeiten inzwischen an weiteren Modellen, die die gleiche Wirkung erzielen, aber politisch weniger leicht angreifbar sein sollen. Dr. Meinhard Siehlaff, Mitglied der Geschäftsleitung von Henkel und Steuerexperte der rheinisch-katholischen Industrie, schlägt deshalb vor, beim geplanten Familiensplitting die Ehefrau nur mit dem Faktor 0,9, 0,8 oder 0,7 zu berücksichtigen. Der Vorteil: Die Bezuschussung ganz reicher Familien ist nicht ganz so auffällig und "Kostenneutralität" wird dadurch erreicht, daß kinderlose Ehepaare mit Durchschnittslohn diese Bezuschussung bezahlen. Das Ifo-Institut in München hält es für am klügsten, "wenn wieder Kindefreibeträge mit Abzug von der Bemessungsgrundlage in das Steuerrecht eingeführt würden".

Alle diese Modelle stimmen in folgendem überein:

1. Die Kindergeldkasse - auch in ihrer jetzigen vollkommen verstümmelten Form - wird aufgelöst. Dafür werden Kinder bei der Einkommenssteuer berücksichtigt. Damit soll auch der letzte noch so schwache Hinweis darauf, daß die Lohnabhängigen einen Anspruch auf Zahlung von Kindergeld durch die Kapitalisten haben, weil die Löhne und Gehälter so tief gedrückt worden sind, daß daraus die Aufzucht von Kindern nicht mehr bezahlt werden kann, beseitigt werden.

2. "Kostenneutralität" wird dadurch erreicht, daß für die Masse der Lohnabhängigen die Unterstützungszahlungen - in welcher Form auch immer - gesenkt werden. In den nebenstehenden Vergleichsrechnungen sind wir davon ausgegangen, daß das Kindergeld entfällt. Das ist angemessen, auch wenn die Bundesregierung davon ausgeht, daß dann in vielen Fällen das Sozialamt "einspringen" wird.

3. Weder die jetzige gesetzliche Regelung, noch die geplanten Modelle bezahlen für die Lohnabhängigen auch nur annähernd die tatsächlichen Kosten für die Kindererziehung. In den Schaubildern ist diesem Umstand dadurch Rechnung getragen worden, daß jeweils die Differenz der "Entlastung" zum geltenden Regelsatz nach dem Unterhaltsrecht aufgetragen ist.



1. Modell "Henkel AG": Splittingfaktor Ehemann 1,0; Ehefrau 0,8; 1. Kind: 0,3; 2. Kind 0,2
 2. Modell "Ifo-Institut": Kinderfreibetrag mit $0,6 \cdot \text{Grundfreibetrag}$ je Kind angenommen.
 3. Modell "Jaumann" (Bayerische Staatsregierung): Splittingfaktor Ehemann 1,0; Ehefrau 1,0; Splittingfaktor je Kind 0,6
- Alle Modelle als Vergleich Stkl. III/2 zu Stkl. III/0 berechnet.

Bundestagswahlen

Welche Aufgaben der Revolutionäre nach dem Wahlausgang?



Am 6. März darf gewählt werden. Danach sollen die Löhne weiter gesenkt, die Renten gekürzt, die Rüstung erhöht und die innere Sicherheit weiter polizeiknüppelmäßig befestigt werden. Entweder „im deutschen Interesse“ (SPD) oder „damit es in unserem Land wieder aufwärts geht“ (CDU/CSU). Stimmenverluste der Konservativen und Liberalen und ein Einzug der Grünen in den Bundestag wären zu wünschen. Welche Aufgaben stellen sich den Revolutionären?

Arbeitsintensität

Die westdeutschen Kapitalisten steigern die Ausbeutung mit allen Mitteln

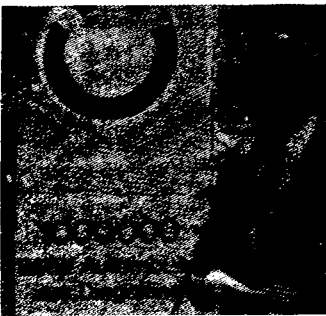
Die westdeutschen Kapitalisten haben die Absicht, das reichliche Angebot an Arbeitskraft, das ihnen jetzt und in den nächsten Jahren zur Verfügung steht, zu nutzen: Schranken, die die Arbeiterbewegung gegen die übermäßige Ausbeutung in Akkord- und Schichtarbeit errichten konnte, sollen eingerissen werden. Neue Produktionsanlagen schaffen den Kapitalisten neue

Möglichkeiten, die Arbeitsintensität zu steigern. Zugleich wollen die Kapitalisten die Bezahlung für die „unqualifizierte“ Arbeit drücken. Ihre hartnäckige Gegenwehr gegen die Beseitigung der untersten Lohngruppen entsteht aus der Absicht, sie wieder aufzufüllen. Der frühzeitige Verschleiß der Arbeitskraft durch diese Methoden zur Steigerung der Ausbeutung zeichnet sich ab.



BMW

„Wir gehören zu den Überlebenden“



„Es gibt auf der Welt genügend Autos, aber nicht genügend BMW“ (BMW-Vorstandsvorsitzender v. Kuenheim). Nachdem der Konzern Ende 1982 erstmals 10 Mrd. DM Umsatz überschritten hat und Europa inzwischen „fast (als) Binnenmarkt“ ansieht, wird der Bau des sechsten Werks in Regensburg in Angriff genommen. Für den

Standort ausschlaggebend sieht BMW an: „Optimalste Verkehrsanbindung, kompetente Stadt- und Landkreisverwaltung“, Nähe zum Werk Dingolfing. Staatsregierung und Stadt zahlen 20% der bis 1985 getätigten Investitionskosten. Vertreter der Direktion erklärten: „Wir glauben nicht nur, zu den Überlebenden zu gehören, wir wissen es!“

Iran

Wo steht das Land vier Jahre nach der islamischen Revolution?

Vier Jahre nach dem Sturz des Schah ist der Iran nach wie vor nicht von imperialistischer Einmischung unabhängig. Der 29 Monate dauernde Golfkrieg muß teuer bezahlt werden. Imperialistische Konzerne, aus der BRD voran, können ihren Einfluß festigen. Der „Wächter“ legt gegen Landreform und staatliches Außenhandelsmonopol sein Veto ein. Die Volksmodjahedin fordern das Ende des Krieges und den Umsturz.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Karnekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Karnekestr. 19

Tel. 0221/517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Karnekestr. 19

Tel.: 0221/517457